

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

H 8040 F
ISSN 1619-1404
25. Jahrgang
Nummer 148
Mai I Juni 2014
3,50 Euro

erster Mai leider nicht nazifrei.

Unser Titelbild zeigt den Aufmarsch der Nazis zum 1. Mai 2014 im Rostocker Niemandsland.

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser!

bei den Europawahlen am 25. Mai wird die extreme Rechte gestärkt werden. Europaweit segeln Rechtsparteien derzeit auf Erfolgskurs – auch in Deutschland. Aber auch bei den in zehn deutschen Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen am gleichen Tag werden die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) und die Neonazi-Partei NPD Wahlerfolge einfahren. Trotz der Empörung über die mörderische Gewalt des NSU, trotz gesteigerter Aufmerksamkeit gegenüber rechten Aktivitäten, trotz stärkerer Repression gegen Neonazi-Strukturen, trotz der Arbeit von engagierten Antifa-Gruppen und Bündnissen gegen Rechts und trotz Massenmedien, die nicht mehr im gleichen Maße wie Anfang der 1990er Jahre rassistische Mobilisierungen vorantreiben, gelingt es offenbar nicht, die extreme Rechte und rassistische Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft effektiv zurück zu drängen. Obwohl Deutschland aus der Euro-Krise wirtschaftlich und politisch gestärkt hervorgegangen ist, fallen chauvinistische und plumpe anti-europäische Hetze auf fruchtbaren Boden.
Während Angehörige der NSU-Opfer am 6. Mai, dem ersten Jahrestag des Prozessbeginns gegen den NSU vor dem Münchner Oberlandesgericht, für mehr Aufklärung demonstrieren, setzen die Landesregierungen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen derweil alles daran, Transparenz zu verhindern. Untersuchungsausschüsse in den beiden Ländern werden verhindert. Die Hochschullehrer Hajo Funke und Micha Brumlik stellten irritiert fest, dass gerade die Grünen – in beiden Ländern an der Regierung beteiligt – immer wieder »eine rückhaltlose Aufklärung [...] hintertreiben« würden (»die tageszeitung«, 25.04.2014). Was gibt es hier zu verbergen? Sind es Kontinuitäten in den Landesgeheimdiensten, die Regierungswechsel überdauern? Aber auch andere tragen nicht mehr zur Aufklärung bei, oder besser: können nicht mehr beitragen. Mit dem ehemaligen V-Mann und wichtigen Neonazikader Thomas Richter alias »V-Mann Corelli« starb Ende März nahe Paderborn ein wichtiger Zeuge im Zeugenschutzprogramm gerade an dem Tag, als er zu neuen Erkenntnissen über frühe Verstrickungen mit dem NSU vernommen werden sollte. Klar ist: Nach einem Jahr NSU-Prozess und bald drei Jahren Aufklärung in Ausschüssen, durch Polizei, AntifaschistInnen und JournalistInnen gibt es noch immer mehr Fragen als Antworten.
Währenddessen wird die NPD angesichts von Verbotsverfahren, »Peniskuchen-Affäre« und Finanzkrisen wieder einmal in den Zeitungen für tot erklärt – und erscheint in der Realität in den laufenden Wahlkämpfen und bei Aufmärschen doch quicklebendig und voller Selbstbewusstsein. Seit 50 Jahren gibt es die Partei nun. Sie ist die dauerhafteste und stabilste Partei der extremen Rechten in Deutschland – und die gefährlichste.

Korrektur DRR 146

Die Bildunterschrift auf Seite 32 muss heißen »Ljublino«, statt »Lublin«.

Korrektur DRR 147

Der Premierminister von Großbritannien heißt David Cameron und nicht James Cameron. Dieser ist Regisseur.

Seite 3 03

Nazis

1. Mai 04
NPD in Brandenburg 06
»Europakongress« der JN 07
Nazi-Immobilie Erfurt 08
NSU: Aufarbeitung in Baden-Württemberg 09
NSU-Prozess: Keupstraße Köln 10
NSU Chronik X 12
Angriffe auf Flüchtlingsheime 14
Prozess »Objekt 21« 16

kurz und bündig 18

Braunzone

Berliner »Dienstagsgespräch« 19
AfD von Erfurt nach Straßburg 20
AfD Thüringen 22
AfD Bayern 23
Sarrazin: neues Buch 24
»Zentrum für Jugend, Identität und Kultur« 25
»Bibel der Tea-Party« 26

International

Nach dem Wiener Akademikerball 27
Antisemitismus: Joe le Corbeau 29
Ukraine – die Ultrarechten 30
Ukrainepolitik der Bundesregierung 32
»Arya«-Mythos 33

Rezensionen 34

»Das bisschen Totschlag«

Mehr Sensibilität beim Umgang mit rechter Gewalt, neue Bewertungskriterien, Überprüfung alter Fälle: Die Wunschliste ist lang, doch auch die ideologische Fahrrinne ist tief. Das Bundesinnenministerium spielt das Ausmaß rechter Gewalt in Deutschland herunter.

von Barbara Manthe



^ *Neonazi in Bad Nenndorf - Kill my enemy*

Er wird es nicht in die Statistik schaffen: Der 34-jährige aus Kasachstan stammende Konstantin M. muss sterben, weil er zur falschen Zeit am falschen Ort ist. Falk H. aus Meiningen (Thüringen), wegen rechter Straftaten bekannt, schlägt ihn am 17. Juli 2013 gegen Mitternacht auf einem Volksfest im bayerischen Kaufbeuren aus rassistischen Gründen tot. Der Neonazi randaliert und pöbelt zuerst gemeinsam mit sechs Kameraden drei Spätaussiedler an, diese setzen sich jedoch zur Wehr. Das spätere Opfer kommt zufällig vorbei und der Thüringer schlägt ihm ohne Ankündigung mit der Faust gegen den Kopf. Der Mann fällt bewusstlos zu Boden, er stirbt am nächsten Tag.

Leichte Erholung

»Das bisschen Totschlag bringt uns nicht gleich um«, singt die Punkband »Die Goldenen Zitronen« 1994, ein sarkastischer Abgesang auf die damalige gesellschaftliche Stimmung, als sich Neonazis und WutbürgerInnen vor Flüchtlingsheimen zusammenrotteten und Molotow-Cocktails auf Wohnhäuser schleuderten.
»Das bisschen Totschlag bringt uns nicht gleich um«, sagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zwanzig Jahre später, als er am 29. April 2014 die Zahlen politisch motivierter Straftaten für das Jahr 2013 vorstellt – zumindest sinngemäß. Wörtlich sagt er: »Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2013 in Deutschland deutlich angestiegen«. Insgesamt werde »politisch links motivierte Gewalt zu einem größeren Problem«. Überdurchschnittlich hoch fiele mit plus 40 Prozent der Anstieg bei Straftaten aus dem linken Spektrum aus. Die Entwicklung sei »inakzeptabel«.
Hans-Georg Maaßen, Präsident des »Bundesamts für Verfassungsschutz«, zieht Anfang Mai gleich: Er betont gegenüber dem »Tagesspiegel« ausdrücklich den »starken Anstieg im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität«. Es gebe eine »Gewaltspirale bei Linksextremen«; Rechten dagegen seien in letzter Zeit »durch Gerichtsurteile, Versammlungsverbote und demokratische Proteste ihre Grenzen aufgezeigt« worden.
Eine »leichte Erholung« hatte Ende April auch de Maizière bei der politisch motivierten Kriminalität von rechts verzeichnet. Zwar von einem höheren Niveau aus sei die Gesamtzahl der Straftaten im Jahr 2013 mit minus 3,3 Prozent leicht rückläufig. »Kein Grund zur Entwarnung« sagt de Maizière, immerhin. Ein Tötungsdelikt für das Jahr 2013 findet sich in der Statistik nicht.
Am darauf folgenden Tag, am 30. April, beginnt vor dem Landgericht Kempten der Prozess gegen Falk H. Eine Woche später fällt das noch nicht rechtskräftige Urteil: elf Jahre Haft wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Einen rechten Hintergrund kann das Gericht nicht erkennen.

»Abstrus«

Die Statistik des Bundesinnenministeriums zeigt: Neben dem genannten Anstieg von 40 Prozent auf 8.673 Straftaten verzeichnet sie noch einen Anstieg politisch links motivierter Gewalttaten um 28,5 Prozent. Da könnten die 17.042 Straftaten von rechter Seite tatsächlich glatt überlesen werden.
Wenige Tage später meldet »Spiegel Online«, der Anstieg linker Kriminalität sei eine »Mär«: Die wachsende Zahl der Straftaten sei vor allem Verfahren wegen Sitzblockaden gegen Neonaziaufmärsche geschuldet. Die Verstöße waren von 802 auf 1.924 angewachsen. Das Nachrichtenmagazin zitiert Polizeikreise, die die Statistik aus dem eigenen Haus als »abstrus« bezeichnen. Selbst die Zeitschrift »Focus«, nicht unbedingt der Hofberichterstattung für Linke verdächtig, titelt: »Statistiken dramatisieren linksextreme Gefahr«.
Opferberatungsstellen teilen mit, dass das Ausmaß rechter Gewalt zumindest in Ostdeutschland im Jahr 2013 deutlich angestiegen ist – um 18 Prozent. Weil es in weiten Teilen Westdeutschlands kein gutes Netz an Dokumentations- und Monitoringstellen gibt, fehlen hier verlässliche Zahlen.

Hinter den Zahlen steht politisches Kalkül

Gerade weil derzeit Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter alte Fälle versuchter oder vollendeter Tötungsdelikte auf eine rechte Motivation überprüfen und der polizeiliche Kriterienkatalog für extrem rechte Gewalttaten überarbeitet wird, stellt sich die Frage, was den Innenminister davon abhält, Konsequenzen aus den Taten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) und kontinuierlich andauernder rechter Gewalt zu ziehen. Eine Erklärung drängt sich auf: Sein Statement lässt sich als Vorstoß interpretieren, gegen die leichte Kurskorrektur der neuen Bundesregierung weg von einer aggressiv formulierten Extremismustheorie hin zu einer etwas moderateren Herangehensweise zu halten.

»Spontan und unreflektiert«

Das Verschweigen rechter Gewalt hat eine lange Tradition, vor allem, wenn es sich bei den Motiven für die Taten um ein Konglomerat aus rassistischen und menschenverachtenden Einstellungen, Aggression und Machtgelüsten handelt. Die Betroffenen gehören zudem in der Regel nicht der gesellschaftlichen Oberschicht an, sondern stehen ohnehin am Rande der Gesellschaft. Rechte Gewalt wird dann als unpolitische Gewalt interpretiert, als Kneipenschlägerei, Cliquenstreit oder alkoholbedingter Ausfall. »Von Rechtsextremisten geht Gewalt sehr viel häufiger spontan und unreflektiert aus«, meint auch Maaßen.
Das Ausmaß rechter Gewalt unter den Tisch zu kehren nützt: Niedrige Zahlen lassen die Regierung besser dastehen, können als Indikator für eine demokratische und tolerante Gesellschaft gewertet werden. Den überregionalen Medienwirbel nach einem von Neonazis begangenen Mord, wer will den schon? Die örtliche Polizei, der Bürgermeister oder die Dorfbevölkerung wahrscheinlich nicht. Es kommt ja auch immer etwas Schuldbewusstsein auf, wenn in der eigenen Stadt oder dem eigenen Dorf etwas passiert. Lokale Befindlichkeiten sind jedoch keine Entschuldigung für die Darstellung des Bundesinnenministeriums, einer wohl kalkulierten Verharmlosung rechter Gewalt.
»Lass uns endlich mal zur Tagesordnung übergeh´n«, singen die »Goldenen Zitronen«. De Maizière kann sicher zustimmen.

Selbsterkenntnis: »Wenig attraktiv«

Der 1. Mai ist mittlerweile ein fester Termin im Veranstaltungskalender der extremen Rechten. Wegen der Gegenproteste liefen jedoch nicht alle Märsche wie geplant. Eine Stadt setzte ein Zeichen – gegen den Protest.

von Robert Andreasch, Ernst Kovahl, Andreas Speit und Larissa Schultz



^ *1. Mai 2014 – Dortmund*

Den internationalen Tag der Arbeit wollten verschiedene extrem rechte Parteien und Kameradschaftsnetzwerke in mehreren Städten erneut zum »nationalen Tag der deutschen Arbeit« werden lassen. Den Marsch in Rostock brach die NPD jedoch frühzeitig ab. In der mecklenburg-vorpommerschen Hansestadt wurde der Aufmarsch nicht nur von Gegenprotesten beeinflusst. Stoppen, warten, ausharren mussten die Parteimitglieder und »freien KameradInnen« auch in anderen Städten.

Vor einer Kreuzung an der Rövershäger Chaussee in Rostock hatte den Anmelder des Aufmarsches, David Petereit, am Nachmittag die Geduld verlassen. Drei Kilometer waren die rund 480 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Arbeit –Heimat – Zukunft – Wir kämpfen für Deutschland« durch den Stadtteil Dierkow gezogen. Bei strahlendem Sonnenschein wetterte der NPD-Landtagsabgeordnete und Landesvize über die Polizei, denn erneut hatten die Proteste eine Änderung der Route erzwungen, musste wegen Blockaden in der Innenstadt auf der anderen Seite jenseits der Warnow gewartet werden. An der Kreuzung löste Petereit die Veranstaltung auf. Der Polizeieinsatzleitung warf er vor, dass ihr »nicht können« ein »nicht wollen« sei. Das Lächeln des Einsatzleiters vor Ort zu dem Vorwurf, so der NPD-Landesverband auf seiner Webseite später, hätte seinen »Geduldsfaden endgültig« reißen lassen. Sofort setzen sich kleine Gruppen ab, andere bedrohten JournalistInnen.

Einer der Granden der Partei aus Mecklenburg-Vorpommern, der NPD-Bundesvorsitzende und Chef der Landtagsfraktion, marschierte nicht mit: Udo Pastörs war in Duisburg bei der NPD als Redner geladen.

Duisburg

Auch in der nordrhein-westfälischen Stadt verkürzte die Polizei die Marschroute wegen Blockaden. 400 DemonstrantInnen hatten sich den 150 Aufmarschierenden entgegen gestellt. Am Hauptbahnhof kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und GegendemonstrantInnen. Diese hatten zwei Verletzte zur Folge, sagte ein Polizeisprecher. Unter dem Motto »Arbeitsplätze schaffen statt Asylflut fördern« zogen die NPD-AnhängerInnen durch die Innenstadt. Mit dabei das »Flaggschiff« der Partei, der LKW auf dem die Parole »D-Mark statt Euro-Pleite« prangt. Die Kreisvorsitzende und Spitzenkandidatin für den Stadtrat, Melanie Händelkäs, klagte über die vermeintliche Armutseinwanderung »durch Zigeuner«. Pastörs legte dar, dass die »Ausbeutung der arbeitenden deutschen Bevölkerung ihren Zenit überschritten« habe. »Die da oben, wir hier unten« war der Tenor seiner Rede. Dieses »System ist pleite, nur eine inländerfreundliche Politik« sei die Rettung, wusste Pastörs kurz vor der Rückkehr zum Hauptbahnhof zu verkünden.

Dortmund

In Dortmund nutze »Die Rechte« um ihren Bundesvorsitzenden Christian Worch den Termin auch, um Wahlwerbung zu machen. Bei der Europawahl tritt die Partei mangels Unterschriften nicht an, zur Kommunalwahl allerdings schon. Im Stadtteil Westerfilde sprach – wenig überraschend – der Spitzenkandidat zur Stadtratswahl, Siegfried Borchert, vor den rund 450 Mitmarschierenden. Auch Dennis Giemsch, der zweite auf der Liste, griff zum Mikrofon. Die Anreise der AnhängerInnen von »Die Rechte« über den S-Bahnhof Westerfilde hatten zuvor mehrere hundert Protestierende verhindert, die ab dem Vormittag den Bahnsteig blockierten. Die Polizei verzichtete auf die Räumung. Insgesamt waren über 1.000 Menschen gegen den Marsch auf den Straßen.

Rostock

In Rostock wollte sich die NPD nicht weniger als »soziale Heimatpartei« gerieren. Seit Jahren reihen sich die Aufmärsche zum 1. Mai in die Strategie, soziale Themen aufzugreifen, ein. In den Vorgärten der Einfamilienhäuser entlang der Route fanden die Parolen jedoch wenig Wiederhall. »Muss das bei uns in der Straße sein«, sagte ein Mann genervt, der gerade Steinplatten verlegte. »Spinner, einfach nur Spinner«, kommentierte eine Frau über ihren Gartenzaun. Der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke hetzte über den Lautsprecherwagen über »die Zigeuner« und »die Armutseinwanderung«. »Stimmt schon«, stimmte prompt ein Paar auf dem Fußweg zu. »Aber die wähle ich nicht«, verriet die männliche Begleitung. Wem er am 25. Mai bei der Europa- und Kommunalwahl seine Stimmen geben will, wollte er nicht sagen. Eine vermeintliche Alternative liegt nahe: die »Alternative für Deutschland«. Deren Wahlplakate mit einer ähnlichen Wortwahl wie die der NPD gegen die »Einwanderung in die Sozialsysteme« hingen an Laternenmasten. Unter den Marschierenden, in trauter Einheit mit Parteikadern wie Manfred Börm, war auch Thomas Wulff – bis vor kurzem NPD-Landeschef in Hamburg. Sein Bekenntnis: »Ich bin Nationalsozialist« hatte dem Landesverband gefallen, der Bundesführung jedoch nicht: Sie warf Wulff aus der Partei. Prompt legte dieser Beschwerde ein. Sein Credo: »Keine Entnazifizierung der NPD.«

In Rostock nahmen an diesem Tag über 2.000 DemonstratInnen an den Protesten teil. Im Vorfeld hatte die Stadt Rostock allerdings nahezu alle Gegenaktionen verboten. Erst in der Nacht zu dem Feiertag hatte das Oberverwaltungsgericht Greifswald zwei Demonstrationen des Bündnisses »1. Mai Rostock nazifrei« zugelassen. »Wir sind fassungslos, wie die Stadt versucht, friedlichen Protest zu unterbinden. Andere Städte haben gezeigt, dass ein breiter Protest gegen die NPD sehr gut gemeinsam mit der Stadt funktionieren kann«, sagte Claudia Barlen vom Bündnis. Ein Demokratiefest, das 150 Initiativen aus allen Stadtteilbegegnungszentren, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Jugendverbänden und Sportvereinen trugen, blieb dagegen untersagt. Mit einem offenen Brief hatte Imam Jonas Do-



gesch, Sprecher des »Migranet MV« (Netzwerk der MigrantInnenorganisationen in MV), versucht, die Verwaltung zum Umdenken zu bewegen. Die Verbote seien ein »verheerendes Signal«, schrieb Dogesch. Nach der OVG-Entscheidung konnten am Vormittag am S-Bahnhof Lichtenhagen und S-Bahnhof Lütten-Klein Kundgebungen beginnen. Dort in direkter Sichtweite des Sonnenblumenhauses – Schauplatz der rassistischen Progrome vom August 1992 – sollte der NPD-Marsch am Mittag starten. Um kurz nach 12 Uhr war dann offensichtlich, dass die GegendemonstrantInnen am S-Bahnhof bleiben und die NPD nicht hinkommen würden. Am S-Bahnhof in Dierkow auf der andere Seite der Warnow verzögerte der Protest den Beginn des Aufmarsches erneut. Neben dem Lautsprecherwagen wartend, hielten drei Frauen ein Transparent des »Ring Nationaler Frauen« (RNF) hoch. »Erziehung ist Arbeit. Mütter verdienen ein Gehalt«, war dort zu lesen. Laut zu hören Frank Rennicke – vom Band.

Erfurt

In Erfurt hingegen sagte die NPD einen Aufmarsch ab. Bereits im Juni 2013 hatte sie unter dem Motto »Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen« einen Aufzug in der thüringischen Landeshauptstadt mit 500 Personen angemeldet. Zu groß war bei der Partei offenbar die Angst, kurz vor der Thüringer Kommunalwahl, bei der sich die NPD Zugewinne erhofft, mit möglichen Auseinandersetzungen Negativschlagzeilen zu produzieren oder in antifaschistischen Blockaden stecken zu bleiben, so wie schon am 1. Mai 2007 und 2013. Die NPD lud dieses Jahr nur zu Bier und Bratwurst in die Eisenacher Kneipe »Bully Eye« ein. Etwa 30 Personen waren in das Lokal gekommen. Die Kameradschaftsszene des Bundeslandes hatte schon vor der Absage nach Plauen mobilisiert.

Plauen

In der sächsischen Stadt oblag die Marschplanung dem »Freien Netz Süd« (FNS) und der »Revolutionären Nationalen Jugend« (RNJ). Unter dem Motto »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!« kamen über 500 TeilnehmerInnen zusammen. Vor Ort sprachen die OrganisatorInnen um Anmelder Norman Kempken nur noch von der neuen Partei »Der III. Weg« (DIIIW) als Veranstalterin. Ein heftiger Hagelschauer störte die erste Zwischenkundgebung. Eine Blockade nötigte die Polizei, eine Ausweichroute zu finden. Im Aufzug gaben sich die überwiegend männlichen Marschierer dennoch kämpferisch, reckten die Fäuste hoch und brüllten: »Erster Mai, seit ’33 arbeitsfrei«, »Plauen erwache!« und immer wieder »Nationaler Sozialismus jetzt, jetzt, jetzt!«. Matthias Fischer, Tony Gentsch, Klaus Armstroff und Rico Döhler heizten die Stimmung mit radikalen Phrasen an. Paavo Laitinen vom finnischen »Nationalen Widerstand«, hetzte über »jene, die dieser elitären Loge angehören«, die die Demokratie kontrolliere. Philippe Eglin aus Basel wurde noch deutlicher: »Eine kleine Clique auf der Welt regiert doch die ganze Welt. Sei es mit der Wirtschaft, mit dem Zins oder mit dem Zinseszins«. Ein Teilnehmer wies mit seinem T-Shirt-Aufdruck auf das historische Vorbild hin: »Hitler – Ausschließlich Hitler«. Die kleine Trommlergruppe um Matthias Bauerfeind ging dem Marsch mit dumpfen Schlägen voran. Fischer hatte sich das rote »Arbeit adelt«-T-Shirt aus den Zeiten der verbotenen »Fränkischen Aktionsfront« (FAF) übergezogen. Im hinteren Teil des Aufmarsches hatten sich überwiegend ostdeutsche MitstreiterInnen eingereiht. Ihr schwarz-weiß-rotes Transparent »Arbeit Freiheit Recht durch Nationalen Sozialismus« war mit der Abkürzung »WWT Thüringen« unterschrieben – das Kürzel für »Weiße Wölfe Terrorcrew« war bisher in dem Bundesland nicht verwendet worden. Anwesend waren auch »Gäste« aus Ungarn mit dem Banner der »Német Magyar Barátság« (»Deutsch-Ungarische Freundschaft«) sowie einer großen rot-weiß-gestreiften »Arpad«-Fahne, dem Symbol der faschistischen »Pfeilkreuzler«.

Tschechien

Nicht weit von Plauen entfernt, in Ústí nad Labem hatte die »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«, DSSS) und deren Jugendorganisation »Dělnická mládež« (»Arbeiterjugend«, DM) unter dem Motto »Die Zukunft gehört der Tschechischen Krone, nicht dem Euro« zu ihrem Aufmarsch geladen. Unter den 250 TeilnehmerInnen waren auch zwei Dutzend aus Deutschland anwesend. Darunter die Chemnitzer NPD-Stadträtin Katrin Köhler, der sächsische JN-Landesvorsitzende Paul Rzehaczek und der brandenburgische JN-Landesvorsitzende Pierre Dornbrach.

»Pro NRW«

Am Abend des 1. Mai bildeten in Duisburg 100 AktivistInnen von »Pro NRW« eine Lichterkette um die SPD-Parteizentrale. Mit dem Protest wollte die Partei gegen die vermeintlich zu lasche Einwanderungs- und Asylpolitik der SPD protestieren. Die Aktion markierte den Abschluss des »Pro-NRW«-Kundgebungstages im Ruhrgebiet. Bereits am Nachmittag hatten sie zwei Standkundgebungen gegen ein AsylbewerberInnenheim in Essen-Frintrop und ein geplantes Asylprojekt in Altenessen ausgerichtet. Der Protest verhinderte aber, dass die Reden zu hören waren.

Ende des Tages

Auf dem Rostocker Bahnhof griffen Neonazis GegendemonstrantInnen an, die auf die Abfahrt eines Zuges warteten, konnten aber von diesen zurückgedrängt werden. Die NPD um den Landesvorsitzenden Stefan Köster, der ebenfalls mitmarschiert war, feierte den Tag später nicht als Erfolg. Auf der Webseite erklärte der Landesverband: »Rückblickend bleibt die Demonstration mit einem durchwachsenen Ergebnis in Erinnerung. Die Route war letztendlich wenig attraktiv«. Dieser 1. Mai war nicht ihr 1. Mai.

Wahlen 2014: Die NPD in Brandenburg

Nach dem Wahljahr 2013, in dem die brandenburgische NPD immerhin ihre WählerInnenstimmen konstant halten konnte, geht es nun in die heiße Phase des Superwahljahres 2014. Es wird sich zeigen, ob es die NPD schafft, ins Landesparlament einzuziehen und die Lücke zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu schließen, worauf sie seit zwei Jahren hinarbeitet.

von Ney Sommerfeld

Einer internen Auszählung zufolge hat der NPD Landesverband Brandenburg nur etwa 250 Mitglieder, aufgeteilt auf acht Kreisverbände und 23 Stützpunkte beziehungsweise Stadt- und Ortsverbände. Die märkische NPD hat mehr als 22 Mandate in 18 kommunalen Parlamenten, ohne jedoch in einem davon eine Fraktion zu bilden.



^ *Klaus Beier und Ronny Zasowk*

Die NPD Brandenburg: Gliederung und wichtigste Persönlichkeiten

Bereits seit 2004 ist Klaus Beier Landeschef der Brandenburger NPD. Als Mitglied des Vorstandes der Bundes-NPD gehört er zum engen Führungskreis der Bundespartei. Neben Beier hält vor allem der Cottbusser Vize-Vorsitzende Ronny Zasowk in Brandenburg die Fäden zusammen. Er ist ebenfalls auf Bundesebene, hier als Verantwortlicher für den Bereich Bildung, aktiv. Schatzmeisterin des Landesverbandes ist die NPD-Kreistagsabgeordnete des Landkreises Oder-Spree Manuela Kokott. Enorm wichtig für die Parteiarbeit ist ebenso der Vorsitzende des Kreisverbandes Havel-Nuthe und »Organisationsleiter« des Landesverbandes Michel Müller. Seit 2013 gehören außerdem Aileen Rokohl (Barnim), Lore Lierse (Oberhavel), Florian Stein (Oder-Spree) und Thomas Salomon (Oberhavel) zum Vorstand des Landesverbands.

Themenschwerpunkte: Raus aus dem Euro und die Asylkampagne

Zentrales Thema 2012 in Brandenburg war die »Raus aus dem Euro«-Kampagne. Mit mehreren Aktionen versuchte die Landes-NPD, im Zuge der Finanzkrise die in der Bevölkerung verbreitete Skepsis gegenüber der Euro-Politik für sich auszunutzen. Mit mehreren Aufmärschen in Frankfurt (Oder), Cottbus, Brandenburg an der Havel und Potsdam unternahm die NPD den Versuch, dieses Thema, auch im Hinblick auf kommende Wahlen, für sich zu besetzen. Keiner der Aufmärsche konnte erfolgreich beendet werden, da antifaschistische Blockaden die Aufmärsche verkürzten oder gänzlich verhinderten.

Bei der Bundestagswahl 2013 und den Wahlkämpfen 2014 ist die Anti-Asyl-Kampagne zentrales Thema der NPD. Letztes Jahr führte sie hierzu in mehreren Städten spontane Kundgebungen durch, die »Aktion Tausendfüßler«. Nach dem »Kleeblatt«-Fiasko änderte die märkische NPD ihre Aktions-Strategie: Man verzichtete bewusst auf einen angekündigten Auftritt und meldete zeitnah kleinere Kundgebungen oder Wandermahnwachen an, um so den Anti-Nazi-Protest zu umgehen.

Ein neues Betätigungsfeld der NPD Brandenburg ist die Agitation im Internet. Vielerorts wurden im Zuge der Unterbringungsproblematik von Geflüchteten scheinbare »Bürgerinitiativen« gegründet, die gegen die Entstehung von Asylheimen Stimmung machten. Mitte 2013 entstanden »Nein zum Heim«-Facebook-Seiten für Pätz, Gransee, Oranienburg, Friesack, Falkensee, Bad Belzig, Hennigsdorf, Rathenow und Premnitz. Auf den Seiten versuchen die Administratoren einen unscheinbaren Eindruck zu erwecken und distanzieren sich von der NPD. Gleichzeitig werden Kundgebungen und Demonstrationen wie in Pätz oder Bad Belzig, die durch solche Seiten beworben werden, ausschließlich durch die NPD organisiert und durchgeführt. Großen Zuspruch in der Bevölkerung finden diese Aktionen jedoch nicht. Auf Veranstaltungen bleibt man daher eher unter sich.

Der Marsch in die Parlamente

Zur Kommunalwahl in Brandenburg am 25. Mai tritt die NPD mit 115 KandidatInnen an. Jahrelang hat es der märkischen NPD an fähigem Personal gefehlt, um die Orte, wo sie ein hohes Ergebnis erzielen konnten, zu besetzen. Dies soll sich 2014 ändern. So tritt die NPD beispielsweise zum ersten Mal in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster an. Bei der Bundestagswahl 2013 wurden dort die meisten Stimmenanteile erzielt. Auch versucht die NPD ihr Saubermann-Image aufrechtzuerhalten. Auf KandidatInnen mit schmutziger Wäsche will man verzichten, mit wenigen Ausnahmen.

Auf dem Landesparteitag im März wurden die KandidatInnen für die Landtagswahlen gewählt. 15 Personen schickt die NPD ins Rennen, darunter alles bekannte FunktionärInnen aus dem Landesvorstand und den Kreisverbänden. Als Wahlleiter wurde der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke präsentiert. Die Kontakte nach Berlin sind nicht neu. Sebastian Schmidtke, der ursprünglich aus Eggersdorf bei Strausberg kommt, war Mitte der 2000er Jahre Führer des mittlerweile aufgelösten »Märkischen Heimatschutzes« (MHS).

Laut eigener Angabe will die NPD eine regelrechte Materialschlacht in Brandenburg führen. Außerdem wurden 100 Kundgebungen angekündigt. Tatsächlich beginnt die NPD ihren Wahlkampf deutlich früher als andere Parteien. Während manche Parteien noch wenig Werbung gemacht haben, steht die NPD in den Startlöchern und plakatiert flächendeckend in den Ortschaften.

Ein weiterer Umstand, der den Einzug der NPD in die Parlamente begünstigen könnte, ist das gesenkte Wahlalter. Zu den Landtags- und Kommunalwahlen können in Brandenburg nun auch 16-Jährige wählen. Dies könnte der NPD neue Stimmen bringen. Besonders besorgniserregend war das Ergebnis der U-18-Wahlen: Landesweit stimmten 5,7 Prozent der SchülerInnen, welche an dem Projekt teilnahmen, für die NPD. In Cottbus und Spree-Neiße wurden Ergebnisse bis zu 11,5 Prozent erzielt. In Spremberg wurde die NPD in einem Freizeitclub sogar stärkste Kraft.

Fazit

Das Superwahljahr stellt die Bevölkerung in Brandenburg auf eine harte Probe. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre steigen die Chancen der NPD in den Landtag einzuziehen. Es wird sich zeigen, ob sich die jahrelange Arbeit für die NPD gelohnt hat.

»Schulterschluss der europäischen Nationalen«

Zwei Monate vor der Europawahl Ende Mai haben die »Jungen Nationaldemokraten« zu ihrem »Europakongress« geladen. Auch der »Rechte Sektor« aus der Ukraine und die »Goldene Morgenröte« aus Griechenland waren eingeladen.

von Antje Kramer





^ *Michael Schäfer begrüßt die Gäste – einer von ihnen ist Nick Griffin von der BNP*

Nachdem zunächst nach »Mitteldeutschland« und in den »Großraum Leipzig« eingeladen wurde, fand der für den 22. März 2014 geplante »Europakongress« der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) schließlich in der Gemeinde Kirchheim in Thüringen statt. Ähnliche Kongresse hatte die JN schon mehrfach veranstaltet, unter anderem 1997 in Leipzig und 2007 weniger erfolgreich in Riesa. »Viele Nationen – ein Ziel« und »Vision Europa« titelten Flyer und Aufruf in diesem Jahr. 150 Personen, überdurchschnittlich viele davon aus den neuen Bundesländern, waren in das Hotel »Fachwerkhof Kutz« angereist. Davor protestierten 200 Menschen, eine Blockade gelang ihnen allerdings nicht. Den zahlenden Gästen wurden RednerInnen zahlreicher extrem rechter und neonazistischer Organisationen aus dem europäischen Ausland versprochen, die beiden interessantesten hatten jedoch kurzfristig abgesagt: VertreterInnen des ukrainischen »Rechten Sektors« hatten angeblich keine Ausreisegenehmigung erhalten, die griechische Neonazipartei »Goldene Morgenröte« war offenbar mit Vorbereitungen auf ein erwartetes Verbotsverfahren beschäftigt. Somit fehlten ausgerechnet jene, die aktuell politische Erfolge – sei es bei Wahlen oder auf der Straße – vorweisen und so für die deutsche Rechte Vorbild sein könnten. Anwesend hingegen waren mit der tschechischen DSSS-Jugendorganisation »Dělnická mládež« (»Arbeiterjugend«, DM) und dem zur italienischen »Casa Pound«-Bewegung gehörenden »Blocco Studentesco« (Studentischer Block), vertreten durch Fabio Di Martino, zwei Strukturen, zu denen die JN bereits Verbindungen pflegt. So hatte der DM-Vorsitzende Erik Lamprecht, der auch den »Europakongress« besuchte, beim »NPD-Sommerfest« der sächsischen NPD am 14. Juni 2012 eine Rede gehalten. Kontakte zur »Casa Pound« hatten der JN-Vorsitzende Andy Knape, sein Vorgänger Michael Schäfer und der stellvertretende Vorsitzende und Bundesgeschäftsführer Julian Monaco bei einem Besuch im Sommer 2012 geknüpft. Ebenfalls aus dem studentischen Milieu war ein Vertreter der flämisch-separatistischen »Nationalistischen Studentenvereinigung« (NSV) anwesend, weiterhin Fredrik Hagberg von der pan-skandinavischen »Nordisk Ungdom« (»Nordische Jugend«) sowie VertreterInnen der »Partei der Dänen« und »Partei der Schweden«, namentlich Daniel Carlsen und Dan Eriksson. Beide Parteien sind in ihren Heimatländern allerdings unbedeutend, am rechten Rand der dortigen Parteienspektren dominieren die »Dänische Volkspartei« und die »Schwedendemokraten«.

Mehr als Splitter?

Verwirrung gab es um die Teilnahme der »Identitären«. Die angekündigte »Identitäre Bewegung Deutschland« (IDB) hatte sich vorab distanziert, Medienberichten zufolge sprach dennoch ein »Identitärer« auf dem Kongress. Und die JN ließ es sich nicht nehmen im Nachgang davon zu berichten, dass »Vertreter der IBD jedoch ebenfalls am Europakongress teil« [-nahmen]. Weiterhin auf dem Programm standen RednerInnen der dem Lager der HolocaustleugnerInnen nahestehenden »Europäischen Aktion« (s. drr Nr. 144) und schließlich der »Partei National Orientierter Schweizer«, einer weiteren extrem rechten Splitterpartei. Etablierte Parteien waren nicht anwesend – eine Ausnahme stellte der Europaabgeordnete und Vorsitzende der »British National Party« (BNP), Nick Griffin, dar. Die Veranstaltung in Kirchheim diente hauptsächlich der Vorbereitung auf die Europawahlen im Mai. So standen auch die – nach Abschaffung der Drei-Prozent-Hürde nicht chancenlosen – NPD-Spitzenkandidaten Udo Voigt und Olaf Rose hinter dem Rednerpult. Tenor der Vorträge sei die Forderung nach »einem europäischen Bündnis nationalistischer, nicht zu den bereits etablierten Rechtsparteien gehörender Kräfte« im Europaparlament gewesen, berichtete Johannes Schüller, ein Autor des »neurechten« Blogs »Blaue Narzisse«. Für Schüllers Begleiter, Sören Oltersdorf, der für die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei den Kommunalwahlen in Dresden antreten wollte, hatte der Kongress Konsequenzen. Wenige Tage nachdem seine Teilnahme am »Europakongress« publik wurde, trat Oltersdorf aus dem Dresdner AfD-Kreisvorstand zurück.

Noch ein rechtes Bündnis?

In Kirchheim haben BNP und NPD ihre Strategie für die nächste Legislatur-Periode des EU-Parlaments abgesteckt. Beide streben ein Bündnis ähnlich der Rechtsfraktion aus dem französischen »Front National«, der »Freiheitlichen Partei Österreichs« und der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« an. Die formelle Bildung einer europäischen Partei oder Fraktion erfordert allerdings die parlamentarische Verankerung in mindestens sieben Mitgliedsstaaten. Viel Spielraum bei der Wahl der MitstreiterInnen – vorausgesetzt diese bekommen ein EU-Mandat – wird nicht bleiben. Einer von vielen Streitpunkten könnte der Konflikt in der Ukraine sein: Nicht nur der faschistische ukrainische »Rechte Sektor«, auch Mitglieder von »Nordisk Ungdom« und der »Partei der Schweden« kämpften auf dem Maidan-Platz für eine nationale Revolution. Andere wie die BNP, verurteilen die derzeitige ukrainische Regierung als illegal und stellen sich auf die Seite Russlands, gegen die »faschistischen Aggressoren USA und EU«.

Nazi-Kneipe mit NPD-Büro



RechtsRock, Vorträge, ein Klamottenvertrieb und das »Bürgerbüro« der NPD: In der Erfurter »Kammwegklause« findet die Neonazi-Szene alles, was das braune Herz begehrt.

von Ernst Kovahl

Im Südosten Erfurts liegt zwischen hohen Wohnblocks die »Kammwegklause«. Seit Ende 2012 ist die Kneipe in der Tungerstraße Treffpunkt der lokalen Neonaziszene. Regelmäßig finden hier Liederabende, politische Vorträge und NPD-Veranstaltungen statt. Und jüngst eröffnete die NPD hier ihr erstes »Bürgerbüro« in Thüringen.

RechtsRock und Politik

In der Öffentlichkeit fiel die »Kammwegklause« als rechter Szene-Treff erstmals am 5. April 2013 auf, als 30 Neonazis lautstark eine Geburtstagsparty feierten. Am 13. April sollte dann SKD (»Sonderkommando Dirlewanger«, Thüringen) dort auftreten. Doch die Veranstaltung wurde von der Polizei aufgelöst, als volksverhetzende Parolen skandiert wurden. Seit Juli 2013 organisieren die »Freien Kräfte Erfurt« (FKE) in dem Lokal monatlich Veranstaltungen mit 50 bis 70 TeilnehmerInnen. Von den 25 im Jahr 2013 registrierten RechtsRock-Events in Thüringen fanden fünf in der »Kammwegklause« statt: Am 20. Juli spielte »Oiram«, am 31. August trat ein namentlich unbekanntes Liedermacher-Duo auf, am 28. September kamen der Sänger der Thüringer Band »Kinderzimmerterroristen« (KZT), Steven Hinrich, und der Liedermacher Maik Krüger (Sachsen). Wenige Tage später, am 5. Oktober, war der Sänger von »Sleipnir«, Marco Bartsch (Nordrhein-Westfalen), zu Gast und an Silvester 2013 standen neben Hinrich auch »Brauni & Klampfe« (Thüringen) sowie »Resistencia« (Baden-Württemberg) auf der Bühne. Laut den Behörden werden die Konzerte zumeist von den Erfurter Neonazis Dirk Bachmann, Christoph Hilbig und Enrico Biczysko organisiert.

Der karg eingerichtete Saal der Kneipe wird auch für politische Veranstaltungen genutzt. Am 4. Januar 2014 fand der »Neujahrsempfang« der Thüringer NPD statt und am 25. Januar 2014 stellte der frühere NPD-Chef Udo Voigt sein Buch »Der Deutschen Zwietracht mitten ins Herz« dort vor. Zeitgleich kündigte die NPD die Eröffnung ihres ersten »Bürgerbüros« in der Kneipe an. Ihre Plakate zieren seitdem einige der Kneipenfenster, im Internet veröffentlichte sie ein Bild des kleinen Büroraumes.

Macherin

Die »Kammwegklause« wird von der 1966 geborenen Gabriele Völker betrieben. Sie gehört zum Kreis der »Freien Kräfte Erfurt«, nahm mehrfach an Veranstaltungen und Aufmärschen der Szene teil und ist 2011 wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Eigentümer des Beton-Flachbaus ist Manfred Stein, Vermieter mehrerer Immobilien und Kleinkünstler aus Erfurt. Mit den Neonazis will er politisch nichts zu tun haben. Aber von der Lokalpresse mit Kritik an der Vermietung an Nazis konfrontiert, sagte er der »Thüringer Allgemeinen«: »Wenns ums Geld geht, dann pfeif' ich auf die Moral.«.

Rechtes Hooligan-Milieu

An der Rückwand der »Kammwegklause« prangt ein großes Graffito: »Patriot – Freiheit ist mehr als ein Wort«, umrandet von einem Zahnkranz, den ganz ähnlich schon die NS-Organisation »Deutsche Arbeitsfront« für ihr Emblem nutzte. Es ist Werbung für eine Bekleidungsmarke, die der 1982 geborene Enrico Biczysko produziert und über seinen Online-Shop vertreibt. Im Mai 2013 meldete er ein Kleinunternehmen zum Verkauf von Kleidung, CDs und Postern an. Als Sitz seiner Firma gibt er die Adresse der »Kammwegklause« an, dort bot er auch seine Produkte an. Seit Februar 2014 werden die Trainingshosen, T-Shirts und Pullover, deren Gestaltung sich an ein rechtes Hooligan-Milieu wendet, nur noch im Internet über Biczyskos Website »Pat-Riot« vertrieben. Der Erfurter kommt aus dem Hooligan-Milieu, zählt zu den FKE und der »Aktionsgruppe Erfurt«, meldete mehrere Neonazi-Kundgebungen an, war im September 2011 Mitbegründer des Neonazi-Sportvereins »Mach dich Fit e. V.« und ist heute in der NPD aktiv. Der Monteur ist seit November 2013 stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Erfurt-Sömmerda und tritt nun als Spitzenkandidat der Partei in Erfurt zur Stadtratswahl am 25. Mai an. Im Internet posierte er in der Vergangenheit mit T-Shirt-Aufdrucken wie »Hoonara Erfurt«, eine Anspielung auf eine Neonazi-Hooligangruppe aus Chemnitz (»Hooligans – Nazis – Rassisten«), oder »Drink, Fuck and Fight«. Seit er aber bei der NPD aktiv ist, versucht er sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben. Die Szene-Kleidung wich schlecht sitzenden Anzügen. Bis zum Sommer vergangenen Jahres war er als stellvertretender Vorsitzender und »Beauftragter für Jugend und Sport« führend in dem Neonazi-Verein »Pro Erfurt e. V.« aktiv, eine 2008 in Konkurrenz zur NPD von dem früheren Geheimdienst-Spitzel Kai-Uwe Trinkaus gegründete Kleinstorganisation (s. drr Nr. 146).

Schulterschluss

Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen im Mai und den Landtagswahlen im September haben NPD und militante »Kameradschaften« in Thüringen wieder den Schulterschluss gesucht, so auch in der Landeshauptstadt Erfurt. Hier existierten zuvor nebeneinander eine weitgehend inaktive NPD unter dem Vorsitz von Frank Schwerdt und eine aktivistische militante Szene, die sich um »Pro Erfurt« sammelte. Die Selbstenttarnung des Ex-Spitzels Trinkaus im Dezember 2012, der Streit um einen Aufmarsch »Freier Kräfte« in Erfurt am 1. Mai 2013 und die Aussicht auf Posten und Jobs nach möglichen Wahlerfolgen dürften Gründe für die Übertritte von »Pro Erfurt« zur NPD gewesen sein. Für die Partei bedeutete das eine personelle Auffrischung sowie eine engere Anbindung an militante Neonazis, die RechtsRock-Szene und rechte Hooligans. Die »Kammwegklause« spielt hierbei eine wichtige Rolle – hier treffen sich alle.

Nichts Neues im Südwesten

Am 12. Februar 2014 stellten die Landesregierung und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg den Bericht »Bezüge der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nach Baden-Württemberg« vor. In dem Bundesland wurde 2007 Michèle Kiesewetter Opfer der Neonazi-Gruppe. Aufklärung gibt es bis heute kaum.

von Lucius Teidelbaum



Der Druck war zu groß geworden. Während es in Bayern, Sachsen und Thüringen eigene Untersuchungsausschüsse zur Aufklärung der Verbrechen des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gab, blieb es in Baden-Württemberg lange Zeit seltsam still. Obwohl die neue rot-grüne Landesregierung mögliche Versäumnisse der Polizei oder des Inlandsgeheimdienstes (»Verfassungsschutz«) problemlos den CDU-geführten Vorgänger-Regierungen hätte anlasten können, stellte sich auch der neue Innenminister Reinhold Gall (SPD) in Sachen Aufklärung quer. Das Einsetzen der »Ermittlungsgruppe Umfeld« (»EG Umfeld«) aus neunzehn PolizeibeamtInnen war letztlich nur ein Zugeständnis vom Ministerium auf zunehmende öffentliche Kritik, da immer mehr Spuren im Fall des NSU in den Südwesten führten.

Vollkommene Ahnungslosigkeit

Der vorgelegte Bericht enthält kaum neue Erkenntnisse. Vieles wirkt wie eine Zusammenstellung von Fakten, die bereits in den Medien zu erfahren waren. Nur 41 der 221 Seiten des Berichts befassen sich mit eigenen Ergebnissen der Ermittlungsgruppe. Das Fazit: Alles in Ordnung, es gibt nichts mehr zu tun. Ob es eine zweite, geheim gehaltene Fassung des Berichts gibt, die mehr Informationen enthält, ist völlig unklar.

Der Bericht geht davon aus, dass der NSU lediglich aus Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bestand und kein Netzwerk war, das zum Beispiel vor Ort bei den Taten half. So heißt es zu dem 2007 in Heilbronn verübten Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter, dass Hinweise für eine Beteiligung »ortskundiger Dritter« fehlen würden. Doch es gibt ZeugInnen-Aussagen, die die Beteiligung weiterer Personen nahe legen. Kritiklos wird auch die These von der Münchener Staatsanwaltschaft übernommen, Kiesewetter und ihr schwer verletzter Kollege seien zufällig Opfer geworden. Dabei führt eine mögliche Spur zu mehreren Kollegen der Ermordeten, die Mitglied im »Ku-Klux-Klan« (KKK) waren. In dem Bericht wird auch verschleiert, dass der Gründer dieser KKK-Gruppe ein V-Mann des »Verfassungsschutzes« war. Vermutungen werden in dem Bericht zu Gewissheiten, viele Erkenntnisse bleiben vage: Zwar zählt der Bericht mindestens 30 Besuche von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt in Ludwigsburg zwischen 1993 und 2001 auf, weiß aber sonst kaum mehr darüber zu berichten.

Wiederholt wurden die Behörden in Baden-Württemberg kritisiert, teils rassistisch ermittelt zu haben. So ging die Polizei nach einer »Operativen Fall-Analyse« zu der später dem NSU zugeordneten Mordserie fälschlich vom Wirken einer türkischen Mafia aus. Und beim Mord an Kiesewetter hatten die Behörden ohne handfeste Belege eine Spur ins »Zigeunermilieu« vermutet. Vehement nimmt das Gutachten nun aber die Polizei vor Kritik in Schutz. Unter anderem heißt es: »Eine gezielte, die Sinti und Roma diskriminierende Medienstrategie der Polizei gab es nicht. Diese Bewertung wurde im Januar 2014 bei einer Besprechung im Innenministerium Baden-Württemberg auch mit Vertretern des Zentralrates der deutschen Sinti und Roma erörtert.« 2012 hatte aber der Präsident des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, die antiziganistischen Verdächtigungen ausdrücklich bedauert. In dem Gutachten heißt es zu den Vorwürfen, dass es in der Polizei institutionellen Rassismus gäbe, lapidar: »Diese Annahme ist für die Polizei Baden-Württemberg zurückzuweisen.«

Kein Untersuchungsausschuss

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss bleibt in Baden-Württemberg weiterhin notwendig, denn der Bericht der »EG Umfeld« ist nicht zufriedenstellend. Innenminister Gall und andere versuchen dagegen, die Einrichtung eines Ausschusses weiter zu verhindern. Besonders Teile der Grünen unterstützten die Forderung nach mehr Aufklärung. Derzeit scheinen sie sich aber mit einem Kuhhandel zufrieden gegeben zu haben. Ihnen reicht offenbar das Versprechen zur Einrichtung eines Landtags-Sonderausschusses zum Thema »Rechtsextremismus« oder einer Enquètekommission. Diesen würden aber, anders als einem Untersuchungsausschuss, weniger Zeit und keine Zwangsmittel zur Aktenvorlage oder Anhörung von ZeugInnen zur Verfügung stehen. Außerdem würden sich der Sonderausschuss oder die Kommission nicht nur der NSU-Aufklärung widmen. Dass selbst bisher kritische Abgeordnete verlauten lassen, für die Abgeordneten seien nach dem Bericht »keine Fragen offen«, mutet seltsam an. Die Medien und viele ExpertInnen hat dieser allerdings nicht zufrieden gestellt.

Leider wird nur selten die Frage gestellt, warum sich der Innenminister so vehement gegen einen Untersuchungsausschuss wehrt. Eine mögliche Erklärung könnte in dann eventuell sichtbar werdenden V-Leute-Skandalen liegen. Ein Beispiel: Letztes Jahr wurden der Presse detaillierte Berichte über die Neonazi-Anwältin Nicole Schneiders aus Baden-Württemberg zugespielt. Die Berichte stammten offenbar aus dem unmittelbaren Umfeld von Schneiders und waren für den Inlandsgeheimdienst angefertigt. Gibt es hier also InformantInnen, die nach dem Regierungswechsel nicht abgesetzt wurden und bis heute weiter für den Geheimdienst arbeiten? Falls das zutrifft, dann gäbe es eine V-Person im direkten Umfeld einer Anwältin aus dem Münchener NSU-Prozess. Schneiders ist eine der beiden Anwaltsvertretungen von Ralf Wohlleben, einem der Hauptbeschuldigten in dem Verfahren. Die Bespitzelung einer Rechtsanwältin könnte den ganzen Prozess gefährden.

Kölner Keupstraße im NSU-Prozess



Zehn Jahre nach dem Bombenanschlag in der Keupstraße im Kölner Stadtteil Mülheim wird die Beweisaufnahme zu dieser Tat des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) im Prozess gegen Beate Zschäpe und vier NSU-Unterstützer beim Oberlandesgericht (OLG) München beginnen.

von Alexander Hoffmann, Nebenklagevertreter

Am 9. Juni 2004 kurz vor 16 Uhr explodiert eine auf einem Fahrrad montierte Nagelbombe vor einem Friseurgeschäft mitten in der Keupstraße. Offiziell werden 22 Menschen verletzt. Drei davon sind so schwer verletzt, dass sie intensivmedizinisch behandelt werden müssen. Viele Verletzte melden sich nicht, weil die einsetzende Ermittlungsarbeit der Polizei deutlich macht, dass sie nicht als Opfer, sondern als TäterInnen behandelt werden: Die Behörden ermitteln fast ausschließlich gegen AnwohnerInnen der Keupstraße. Erst im November 2011 wird bekannt, dass der Anschlag auf das Konto des NSU geht. Der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier Unterstützer in München läuft seit mehr als einem Jahr. Die zeitliche Planung des Vorsitzenden hatte ursprünglich vorgesehen, die einzelnen zehn Morde sowie den Anschlag in der Kölner Probsteigasse innerhalb von fünf Monaten abzuarbeiten. Zur Zeit hängt der Prozess aber in der Beweisaufnahme zum Entstehen der terroristischen Vereinigung »NSU« nach dem Abtauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sowie zu deren Struktur, UnterstützerInnen und Arbeitsweise fest. Das Schweigen, Lügen und Beschönigen der ehemaligen FreundInnen und KameradInnen des »Trios« ist enorm aufwändig. Immerhin ist inzwischen deutlich geworden, dass das Netzwerk der MittäterInnen und UnterstützerInnen keineswegs nur ein Netzwerk persönlicher FreundInnen, sondern politisch-ideologisch motiviert war.

Ein Neonaziattentat wird den Opfern angelastet

Der Anschlag in der Keupstraße ist auf drei Ebenen für die Bedeutung der Mordserie des NSU exemplarisch: Das Attentat mit einer Sprengladung von bis zu 5,5 kg Schwarzpulver, um das herum mehr als 700 Zimmermannsnägel mit 10 cm Länge platziert waren, war darauf ausgerichtet, möglichst viele Menschen in der überwiegend von EinwanderInnenfamilien aus der Türkei bewohnten und frequentierten Einkaufs- und Restaurantstraße zu töten oder schwer zu verletzen. Die zeitliche Planung – die Bombe wurde an dem heißen Sommertag kurz vor 16 Uhr gezündet – zielte darauf, neben Erwachsenen auch Kinder und Jugendliche zu töten. Die Bauart der Bombe ließ keinen Zweifel daran zu, dass hier wahllos AnwohnerInnen getroffen werden sollten. Dieser Anschlag richtete sich gegen »Nichtdeutsche«. Weil eine Differenzierung zwischen den verschiedenen, in der Keupstraße wohnenden Menschen nicht möglich war, hätten Verdächtige mit Wohnsitz und Familie in dieser Straße ausscheiden müssen, ein rassistisches Motiv deutscher Nazis drängte sich auf.

Gleichwohl schickten die beiden Polizeibeamten, die offiziell als erste am Tatort waren, noch am 9. Juni 2004 gegen 21 Uhr einen ersten Bericht an die Kriminalpolizei und die gerade gegründete Sonderermittlungsgruppe, der als mögliche Täter des Bombenanschlages ausschließlich BewohnerInnen der Keupstraße und organisierte türkische Kriminelle in Betracht zog. Bereits am 10. Juni 2004 trat der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) öffentlich auf und teilte mit, es lägen Hinweise vor, auf Grund derer eine politische, rassistische Tatmotivation ausgeschlossen werden könne.

Dabei wäre der Bombenanschlag in der Keupstraße auf den ersten Blick als Neonazianschlag erkennbar gewesen. Durch die sehr schnell gefundenen Videoaufnahmen des in Tatortnähe liegenden Senders »VIVA«, der mit zwei Videokameras kontinuierlich die Straße aufzeichnet, konnten auch zeitnah zwei Fahrradfahrer als mögliche Täter festgestellt werden; die Parallelität zu den anderen NSU-Morden hätte offensichtlich sein müssen. Allerdings zeigten sowohl die öffentlichkeitswirksame Intervention des Bundesinnenministeriums als auch die ständigen Hinweise der Polizei auf neue »Spuren« Wirkung. Viele Menschen gingen davon aus, dass die Ermittlungsbehörden tatsächlich konkreten Hinweisen nachgehen würden. Dass diese systematisch und mit unglaublichem Aufwand ihre rassistischen Vorurteile auslebten und konkrete Hinweise auf eine Begehung durch Nazis aktiv ignorierten, konnten sich die wenigsten vorstellen.

In der Keupstraße jedenfalls ging die Angst um:

- vor der Polizei, die jeden Stein umdrehte, jedes Geschäft durchleuchtete, jedeN VerwandteN, politische Hintergründe und Steuererklärungen, Einreisen und Ehen überprüfte.
- vor den NachbarInnen und MitbewohnerInnen, weil irgendwann die Behauptungen der Polizei, die »Kurden«, die »Grauen Wölfe« oder türkische Kriminelle hätten hier eine Abrechnung durchgeführt, Misstrauen und Ängste schürten.
- vor Neonazis, die scheinbar selbst nach einem solchen Anschlag nicht verfolgt wurden.

Keine glaubhafte Entschuldigung

Durch dieses gegenseitige Misstrauen wurde die Möglichkeit der Betroffenen zerstört, als Kollektiv »Keupstraße« aufzutreten und sich gegen die Kriminalisierung zu wehren, eigene, gemeinsame Forderungen zu stellen sowie gemeinsam die Erfahrungen aufzuarbeiten. Einzelne versuchten ihre Rechte als Verletzte des Anschlages durchzusetzen. Andere wurden in der von Gewerbetreibenden gegründeten IG Keupstraße e.V. aktiv, die versuchte von der Stadt Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Straße zu erhalten. Durch die Furcht vor weiteren Anschlägen waren die Geschäfte – Gaststätten, Läden und Dienstleister – in ihrer Existenz bedroht, und damit die wirtschaftliche Grundlage vieler BewohnerInnen. Doch eine gemeinsame Perspektive entstand nicht.



Insoweit entsprach die Situation in der Keupstraße dem, was viele MigrantInnen in den Jahren der NSU-Morde erlebten: Angst, das Gefühl von den deutschen Behörden als BürgerInnen zweiter Klasse behandelt zu werden, als Verdächtige, nicht als Opfer, und Misstrauen gegenüber ihrer Umgebung. An dieser Stelle waren die mörderischen Aktivitäten des NSU erfolgreich, denn es gelang hierdurch, die Spaltung zwischen »Deutschen« und »EinwanderInnen« zu verstärken, das Vertrauen von EinwandererInnen, egal ob mit oder ohne deutschen Pass, in die deutschen Behörden zu zerstören. Die Aufdeckung der Täterschaft durch das Bekennervideo des NSU änderte an dieser Situation zunächst wenig. Natürlich war die Tatsache befreiend, endlich die Bestätigung zu haben, dass niemand aus der Keupstraße den Anschlag begangen hatte. Aber die sieben Jahre hatten ihre Wirkung entfaltet. Immerhin konnten sich einige noch entscheiden, ihr bisheriges Schweigen zu durchbrechen und sich als Opfer des Anschlages zu erkennen zu geben. Andererseits folgte auf das allgemeine staatliche Betroffensein bis heute weder eine glaubhafte Entschuldigung für die Ausgrenzung, noch eine tatsächliche Wiedergutmachung. Die wenigen tausend Euro, die als Entschädigung für Verletzungen und Leid angeboten und ausgezahlt wurden, erschienen als billiges Schweigegeld. Die Erklärungen führender PolitikerInnen, es würde alles getan, um die Mordserie vollständig aufzuklären, waren bloße Ankündigungen.

Mögliche Abtrennung vom Hauptprozess

Das Misstrauen gegen die Ermittlungsbehörden wurde noch einmal bestärkt, als kurz nach Prozessstart in München die Drohung erhoben wurde, den »Tatvorwurf Keupstraße« vom Prozess abzutrennen. Dies hätte bedeutet, dass der Vorwurf der Zündung der Bombe in der Keupstraße gegen Beate Zschäpe, irgendwann nach Beendigung des Strafprozesses in München in einem eigenständigen Prozess verhandelt hätte werden müssen.

Vorangegangen waren Beschwerden von Verletzten des Anschlages, dass die Polizei niemals flächendeckend alle möglichen Opfer des Anschlags über ihre Rechte als NebenklägerInnen informiert hatte. Im Januar 2013 hatten immerhin erste Tatopfer erreicht, dass sie als NebenklägerInnen zugelassen wurden, weil das OLG die Tat als versuchten Mord gegen alle in der direkten Umgebung aufhältigen Personen wertete. Alle diese Personen waren nebenklageberechtigt. Das Münchner OLG befürchtete nun, es könnte eine Vielzahl weiterer NebenklägerInnen hinzukommen und dadurch die Hauptverhandlung in den ohnehin begrenzten Räumen des Münchener Landgerichts unmöglich machen.

Mit einem Minimum an strafprozessualem Sachverstand musste klar sein, dass eine solche Abtrennung bedeuten würde, dass der Anschlag Keupstraße nie verhandelt werden würde: zum einen, weil ein weiterer Prozess parallel zu dem in München nicht durchführbar wäre; zum anderen, weil nach erfolgreicher Verurteilung von Zschäpe in München kein strafrechtliches Bedürfnis mehr für eine weitere Strafe bleiben würde. Das Verfahren würde in einigen Jahren still und leise im Hinblick auf die Verurteilung der Angeklagten Zschäpe durch das OLG München eingestellt werden. Doch der politische Preis für die relative Beruhigung der Hauptverhandlung war dem OLG München zu hoch, es blieb bei der Drohung mit Abtrennung. Die Abtrennung hätte den Prozess gegen die NebenklägerInnen gewendet und ihm jegliche gesellschaftliche Ausgleichsfunktion genommen.

Beweisaufnahme kurz nach dem 10. Jahrestag

Die Beweisaufnahme zum Nagelbombenanschlag in der Keupstraße wird nun kurz nach dem 10. Jahrestag erfolgen. Neben dem BekennerInnenvideo liegen einige Beweise dafür vor, dass die Keupstraße ausgespäht, ein Mietauto für die Tat verwendet wurde und dass »das Trio« die Pressereaktion auf den Anschlag dokumentiert hat. Die Frage der Verurteilung von Beate Zschäpe stellt sich hier genau wie in den Mordfällen: War sie gleichberechtigtes, mitbestimmendes Mitglied und hatte damit auch zumindest eine geringe Tatherrschaft? Es ist anzunehmen, dass das Gericht diese Frage mit ja beantworten wird, nicht nur aufgrund der Beweislage, sondern auch aus Staatsräson.

Für viele BewohnerInnen der Keupstraße ist dies aber nicht die Hauptfrage. Sie versuchen nun, mit einer großen Mobilisierung nicht nur zum Prozess, sondern auch zum Jahrestag, unter dem Motto »Keupstraße ist überall« (www.keupstrasse-ist-ueberall.de) ihre Position sichtbar zu machen. Wer den Opfern der NSU-Verbrechen gerecht werden will, muss zweierlei liefern: rückhaltlose Aufklärung über jede staatliche Schmerzgrenze hinweg und zwar nicht nur bezüglich des Neonazi-Netzwerkes, der beteiligten V-Leute und staatlichen Stellen, sondern auch bezüglich einer Polizei, die aus Opfern TäterInnen macht, die rassistische Vorstellungen als Leitbild ihrer Ermittlungen benutzt und bis heute keine Konsequenzen ihrer bewussten und systematischen Aufklärungsvereitelung erleiden musste.

Aus diesem Grunde wird der Jahrestag des Anschlages in der Keupstraße auch nicht nur mit großen Konzerten der »AG Arsch Huh« am Pfingstwochenende, sondern auch mit zahlreichen Veranstaltungen in der Keupstraße selbst begangen. Es bleibt zu hoffen, dass die AktivistInnen aus der Keupstraße durch alle Veranstaltungen zum Jahrestag in ihrem Kampf um die Überwindung ihrer Opferrolle tatsächlich unterstützt werden, und der Gedenktag nicht nur dazu führt, dass sich die deutsche »Zivilgesellschaft« selbst feiert.

Eine Chronik des NSU – X

(23. Oktober 2013 bis 9. Mai 2014)

von Ernst Kovahl

23. Oktober: Im Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder und UnterstützerInnen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) beantragt die Nebenklage Ermittlungen zur Rolle des hessischen Geheimdienstlers Andreas Temme. Er war am Tag des Mordes an Halit Yozgat am Tatort. An seinem damaligen Weg zur Arbeit lagen mehrere Orte, die auf Plänen des NSU als mögliche Tatorte gekennzeichnet waren.

24. Oktober: Hamburg beschließt, eine Straße nach dem 2001 vom NSU ermordeten Süleyman Tasköprü zu benennen.

30. Oktober: An die Kanzlei des Cottbuser Anwalts Olaf Klemke, der im NSU-Prozess den Neonazi Ralf Wohlleben vertritt, wird der Slogan »Nazi-Anwalt aufdecken« gesprüht.

2. November: 1.000 Menschen demonstrieren in Berlin anlässlich des zweiten Jahrestages der Aufdeckung des NSU unter dem Motto »Das Problem heißt Rassismus« gegen Neonazis, Rassismus und die Sicherheitsbehörden. In Heilbronn gehen 500 Menschen mit der Forderung »Naziterror und Rassismus bekämpfen! Verfassungsschutz auflösen!« auf die Straße.

5. November: Im NSU-Prozess schildern Angehörige von Mehmet Kubasik, wie sie nach dessen Ermordung durch den NSU als mitschuldig verdächtigt wurden.

8. November: In München werden Gedenktafeln für die beiden NSU-Opfer Habil Kiliç und Theodoros Boulgarides eingeweiht.

13. November: Ein Gutachten der Zeitschrift »Stern« kommt zu dem Schluss, dass Beate Zschäpe Co-Autorin eines Manifestes des NSU war. NebenklageanwältInnen im NSU-Prozess wollen das Gutachten als Beweismittel heranziehen.

16. November: 350 Menschen demonstrieren in Schwäbisch Hall anlässlich des zweiten Jahrestages des Auffliegens des NSU gegen Nazi-Terror und Behördenversagen.

21. November: Der Neonazi André Kapke sagt im NSU-Prozess, der Geheimdienstspitzel und Gründer des »Thüringer Heimatschutz« (THS) Tino Brandt habe ihm bei der Beschaffung von Pässen und Autos für die späteren NSU-Mitglieder geholfen.

29. November: 500 Menschen demonstrieren in Göttingen unter dem Motto »2. Jahrestag der Aufdeckung des NSU – Rassismus bekämpfen – Verfassungsschutz auflösen!«.

4. Dezember: Im NSU-Prozess sagt ein Ex-Spitzel des Hessischen Geheimdienstes aus, der von Andreas Temme geführt wurde. Temme, der während des NSU-Mordes 2006 an Halit Yozgat in Kassel am Tatort war, habe damals auffallend nervös gewirkt.

19. Dezember: Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring sagte im Landtag während einer Debatte zum NSU: »Die Morde sind außerhalb des Freistaats geschehen. Gefasst wurden die Mörder in Thüringen, von unserer Polizei. Unsere Polizei hat nicht versagt.«

30. Dezember: CDU und SPD in Zwickau wollen kein Denkmal für die NSU-Opfer. Man könne nichts dafür, dass die Neonazi-Gruppe in der Stadt gelebt habe.

7. Januar: Der Innenpolitiker Wolfgang Bosbach (CDU) begründet seine Forderung nach der Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverbindungen mit der missglückten Fahndung nach dem NSU.

10. Januar: Die »Gewerkschaft der Polizei« lobt den Polizisten Marko Grosa für seine Bereitschaft, im Thüringer Untersuchungsausschuss (UA) zum NSU gegen seinen Dienstherren auszusagen. Grosa berichtete, er sei 2003 von seinem damaligen Vorgesetzten und heutigen Präsidenten des Landeskriminalamtes (LKA) Werner Jakstat angewiesen worden, bei seinen Ermittlungen zum NSU nichts herauszufinden.

16. Januar: Im NSU-Prozess sagt der Polizist Martin Arnold aus, der 2007 den NSU-Anschlag in Heilbronn auf ihn und seine Kollegin Michèle Kiesewetter schwer verletzt überlebte. Er hat kaum Erinnerungen an die Tat.

22. Januar: Die »Gewerkschaft der Polizei« in Baden-Württemberg fordert einen UA zum NSU-Mord an Michèle Kiesewetter in Heilbronn.

24. Januar: Die »Linke« im Thüringer Landtag macht öffentlich, dass das Berliner LKA den Neonazi und früheren Polizeispitzel Nick Greger Ende 2012 besuchte und dabei angeblich bedrohte, damit er keine Aussagen zu einem Brandenburger Spitzel macht.

4. Februar: Rassistische Ermittlungen wirft der »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma« der Polizei bei der Fahndung nach den MörderInnen von Michèle Kiesewetter vor und erstattet Anzeige. In Polizeiakten sei die Rede von »Negern« und »Zigeunern«, die »typischerweise lügen«.

10. Februar: Thüringens Ex-Innenminister Christian Köckert (CDU) sagt vor dem NSU-UA, die Behörden hätten die Gefährlichkeit der NSU-Mitglieder nicht erkannt. Sie seien kein vorrangiges Ziel der Fahndung gewesen.

11. Februar: Der Stadtrat von Köln beschließt, zehn Jahre nach dem NSU-Nagelbombenanschlag in der Keupstraße ein Denkmal zu bauen.

12. Februar: Laut dem Bericht der »Ermittlungsgruppe Umfeld« des LKA Baden-Württemberg zum NSU sei keine weitere Aufklärung nötig. Es gebe kein Unterstützungsnetzwerk in dem Land.

17. Februar: Der Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses versucht zu klären, wie der militante Neonazi Nick Greger (»VP 598«) 2001 als Spitzel des Berliner LKA angeworben wurde. Greger hatte Kontakt zu dem Spitzel »Piato« (Carsten Szczepanski) aus dem Umfeld des NSU.

Innensenator Frank Henkel (CDU) streitet ab, dass Greger Informationen zum NSU hatte.

20. Februar: Dem »Stern« sagte Gamze Kubasik, Tochter des 2006 in Dortmund vom NSU ermordeten Mehmet Kubasik, sie sei von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) enttäuscht. Deren Versprechen von »rückhaltloser Aufklärung« sei nicht eingelöst worden.

20. Februar: Anlässlich der Debatte im Bundestag zu den Schlussfolgerungen aus dem NSU-UA fordert die Kampagne »Verfassungsschutz abschaffen!« die Auflösung der deutschen Geheimdienste. In einem gemeinsamen Antrag aller Bundestagsfraktionen werden noch einmal die Empfehlungen des Abschlussberichts des NSU-UA bekräftigt.

24. Februar: Der »Zentralrat der Muslime in Deutschland« fordert als Konsequenzen aus der NSU-Affäre die Einführung eines »Antirassismus-Beauftragten« und eines »Nachrichtendienstbeauftragten«. Die Vorhaben der Bundesregierung seien nicht ausreichend.

25. Februar: Der MDR berichtet, nach dem Abtauchen des NSU 1998 sei das Handy von Uwe Böhnhardt vier Wochen lang abgehört worden. Die Staatsanwaltschaft Gera habe angewiesen, die aufgezeichneten Gespräche zu löschen.

25. Februar: Die »Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates« fordert Deutschland zu strikteren Maßnahmen gegen Rassismus auf. Der NSU zeige die Ineffektivität der deutschen Behörden im Kampf gegen rassistische Gewalt.

26. Februar: In Rostock wird durch die Stadt ein Mahnmal für das NSU-Opfer Mehmet Turgut eingeweiht.

10. März: Vor dem Thüringer NSU-UA sagt die Polizistin und ehemalige Partnerin des Onkels der vom NSU ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter aus. Sie sei nach Erhalt der Ladung in den UA von zwei Männer einer Behörde bedroht worden. Ihr sei geraten worden, sich nicht zu erinnern. Ihr heutiger Ehemann hatte Kontakte in die Neonazi-Szene.

12. März: Die »Berliner Zeitung« berichtet, der hessische Geheimdienstler Andreas Temme, der 2006 während des Kasseler NSU-Mordes am Tatort war, sei dienstlich mit den damals sogenannten »Ceska-Morden« befasst gewesen.

15. März: Thüringen spendet den Angehörigen der NSU-Opfer 50.000 Euro unter anderem für Reisen zum NSU-Prozess. Einen Gedenkort für die Opfer gibt es in Thüringen bisher nicht.

19. März: Als Konsequenz aus dem NSU fordern die »Piraten« im Landtag von Schleswig-Holstein die Abschaffung des Geheimdienstes. CDU, FDP, Grüne und SPD sprechen sich für den Erhalt aus.

27. März: Der frühere V-Mann-Führer Norbert Wießner des Gründers des THS Tino Brandt sagte im NSU-Prozess, der enge Bekannte der späteren NSU-Mitglieder sei ein »unheimlich kooperativer« Spitzel gewesen.

27. März: Vor dem Thüringer NSU-UA bestreitet Innenminister Jörg Geibert (CDU), einen aussagewilligen Beamten unter Druck gesetzt und als »Verräterschwein« bezeichnet zu haben. Zuvor war der Chef des Thüringer LKA von einem anonymen Zeugen beschuldigt worden, die Fahndung nach dem NSU behindert zu haben.

1. April: Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Angehörigen der NSU-Opfer, kritisiert den NSU-Prozess: »Die Opferfamilien sehen sich im Prozessgeschehen am Rande stehend. Sie sind zur Teilnahme aufgefordert, doch jede aktive Anwesenheit ist ihnen durch die Strafprozessordnung verwehrt.«

1. April: Mehr als zwei Jahre nach ihrem Tod erhält der Thüringer NSU-UA den Obduktionsbericht der NSU-Mitglieder Böhnhardt und Mundlos. Anders als bisher behauptet, fanden sich in deren Lungen keine Rußpartikel ihres brennenden Wohnmobils, was die bisherige Selbstmordthese in Frage stellt.

6./7. April: In Kassel wird der Gedenkstein für die Opfer des NSU mit Farbe beschmiert.

15. April: Im NSU-Prozess sagt erneut der hessische Ex-Geheimdienstler Andreas Temme aus, der beim NSU-Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel am Tatort war und den Mord nicht bemerkt haben will. Halit Yozgats Vater entgegnete ihm vor Gericht: »Ich glaube Dir überhaupt nicht.«

16. April: Die niedersächsische Landesregierung legt ihren Bericht »Reform des niedersächsischen Verfassungsschutzes« vor. Verbände türkischer MigrantInnen kritisieren, dass keine Auseinandersetzung mit Rassismus in Ämtern stattfindet.

17. April: Die Görlitzer Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen wegen des Verschwindens von NSU-Akten zu Banküberfällen des NSU ein. Strafbares Verhalten sei nicht erkennbar, zudem sei die Verjährungsfrist abgelaufen.

25. April: Der »Blick nach rechts« berichtet, dass sich der Angeklagte im NSU-Prozess André Eminger zum Zeitpunkt des NSU-Nagelbombenanschlags 2004 in der Nähe des Kölner Tatortes aufhielt.

29. April: Der Hamburger Senat legt seinen öffentlichen Bericht zu den »Ermittlungen, Aufarbeitung, Konsequenzen in Hamburg« im Zusammenhang mit dem NSU vor.

30. April: Grüne und SPD setzen im Landtag von Baden-Württemberg eine »Enquete-Kommission »Rechtsextremismus/NSU« ein. Die CDU stimmte dagegen und beklagte, dass in der Kommission »Linksextremismus« und »religiös bedingter Extremismus« nicht bearbeitet würden.

2. Mai: Die »Piraten« im Landtag von Nordrhein-Westfalen kündigen an, im Juni einen Antrag für einen UA zum NSU einzubringen. Unterstützung erhalten sie möglicherweise von der CDU, die den Vorschlag »wohlwollend« prüft. Die Koalition aus SPD und Grünen sowie die FDP lehnen einen UA ab.

7. Mai: Am ersten Jahrestag des Beginns des NSU-Prozesses demonstrieren in Regensburg 300 Menschen unter dem Motto »Gegen Naziterror, rassistische Zustände und den Verfassungsschutz«.

9. Mai: Der Thüringer NSU-UA kritisiert, dass das Innenministerium in Erfurt im März Dokumente des Ausschusses ohne Erlaubnis an den Generalbundesanwalt übergeben hat, um zu prüfen, ob Dokumente illegal weitergegeben wurden. Zuvor hatte ein NSU-Nebenkläger dem Ausschuss Dokumente aus dem Prozess übergeben, die dem Gremium von der Justiz bis dahin vorenthalten waren.

Detaillierte Protokolle der Verhandlungstage im NSU-Prozess unter: www.nsu-watch.info

Deutschland: Ignoranz gegenüber Rassismus

Seit 2013 rollt eine Protestwelle gegen Flüchtlingsunterkünfte durch Deutschland. Auch Straf- und Gewalttaten nehmen in diesem Zusammenhang zu. Doch zahlreiche Brände und mutmaßliche Anschläge gegen Asylunterkünfte fehlen in den offiziellen Statistiken. Rassistische Motive werden offenbar vorschnell ausgeschlossen. Ein systematisches Problem, wie unterschiedliche Stellen kritisieren.

von Sören Frerks

»Europarat wirft Deutschland Ignoranz von Rassismus vor«, titelt »Spiegel Online« am 25. Februar 2014 anlässlich eines Berichts der »Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz« (ECRI). Darin werden unter anderem fehlende Maßnahmen der deutschen Behörden gegen die Diskriminierung von MigrantInnen und »Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender« bemängelt. Hauptkritik: Bis heute existiere in der Bundesrepublik kein generelles und gesetzlich festgeschriebenes Diskriminierungsverbot. Zudem fehle es an staatlichem Schutz für Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung. Auch für Betroffene des »Racial Profiling«, Polizeikontrollen aufgrund der Hautfarbe, gebe es keine Unterstützung. Das ECRI fordert deren Verbot.

Im Zusammenhang mit dem Report prangert das »Deutsche Institut für Menschenrechte« das seit langem »fehlende Gesamtkonzept Deutschlands bei der Bekämpfung von Rassismus« an. Dafür sei ein systematisches Defizit verantwortlich, das sich vom Strafgesetz bis hin zur politischen Bewertung rassistischer Diskriminierung und Gewalt durchziehe. Rassistische Motive und insbesondere die »Aufstachelung zum Hass« seien strafrechtlich unzureichend erfasst, weswegen die ECRI eine Reform des »Systems für die Erfassung und Nachverfolgung« rassistischer Vorfälle anmahnt. Rassismus solle als strafverschärfendes Tatmotiv gesetzlich explizit verankert werden. 2012 wurde eine dahingehende Gesetzesinitiative im Bundestag von einer Mehrheit aus CDU und FDP jedoch abgelehnt.

Für die polizeilichen Ermittlungen bedeutet dies, dass die Hintergründe von Straftaten nicht ausreichend gewürdigt werden. Die Überprüfung der ECRI ergab, dass bei 120 »fremdenfeindlichen« Taten nur in 16 von 79 Urteilen rassistische Motive berücksichtigt wurden. Eine Schieflage, die sich auch bei den offiziell registrierten Todesopfern rechter Gewalt feststellen lässt: Während Opferberatungsstellen und JournalistInnen seit 1990 zwischen 152 und 189 Getötete recherchierten, geht die Bundesregierung von 63 Personen aus (s. drr Nr. 146). Zwar will das Bundesinnenministerium nach langer Debatte bis zum Sommer dieses Jahres 628 ungeklärte Gewaltfälle und 150 als unpolitisch beurteilte Straftaten nochmals nach rassistischen oder »rechtsextremen« Hintergründen untersuchen. Trotzdem bleibt das Definitionssystem »Politisch motivierte Kriminalität« (PMK) bestehen; und das, obwohl zahlreiche KritikerInnen es als Kern des Problems betrachten. Im 2013 von der Opferperspektive Brandenburg veröffentlichten Sammelband »Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt« werden dem Erfassungsschema »gravierende Konstruktionsmängel« bescheinigt.

Unerwähnte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Die Auswirkungen der behördlichen Zählweise auf die offiziellen Statistiken rassistischer und »rechtsextremer« Vorfälle sind enorm und beeinflussen nicht zuletzt die politische Bewertung der gegenwärtigen Situation – auch von Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Im Jahr 2013 zählte das BKA in diesem Zusammenhang insgesamt 58 Straf- und Gewalttaten – und damit mehr als doppelt so viele wie 2012, als es noch 24 waren. Das Medienecho auf diese Meldung war immens. Zuvor ergab eine Kleine Anfrage der Partei »Die Linke« (Drucksache 18/2013) bereits 42 strafbare Aktionen zwischen Januar und November 2013. Gleichwohl betonte das Bundesinnenministerium, dass darunter »ein erheblicher Anteil von Delikten wie z. B. Propagandadelikte, Volksverhetzungen oder etwa Beleidigungen zählt, die nicht als Angriffe bzw. Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte im engeren Sinne zu werten sind.« In der Tat, im Bereich von Brandstiftung, Sachbeschädigung, Sprengstoffexplosion, Körperverletzung und Hausfriedensbruch, waren es 18 Straftaten. Allerdings mindert das nicht die Bedrohungslage für Flüchtlinge, denn einerseits nahmen Proteste und gewalttätige Aktionen im letzten Jahr deutlich zu (s. drr Nr. 146) und andererseits unterschlägt das PMK-Definitionssystem erneut eine ganze Reihe an Vorfällen. »Die Linke« berichtet in der Broschüre »Rassismus im Aufwind« von 21 Straf- und Gewalttaten, davon 19 Angriffe und Anschläge, die bisher nicht auftauchen.

Sachsen-Anhalt

Allein in Vockerorde (Landkreis Wittenberg) wurden am 30. März, 10. Mai und 4. Juni 2013 Asylsuchende vor ihrer Unterkunft rassistisch beschimpft und angegriffen; in allen Fällen ermittelt der Staatsschutz. In Merseburg, südlich von Halle an der Saale, schlug am 25. Oktober ein Mann aus einer Gruppe heraus auf einen Flüchtling ein, der auf dem Nachhauseweg war.

Nordrhein-Westfalen

An einer im Umbau befindlichen Asylunterkunft in Essen-Frintrop schlugen Metallgeschosse ein, die laut Polizei am 21. Oktober offenbar aus einer Schleuder abgegeben wurden. In Duisburg zündeten Unbekannte im Treppenhaus eines bewohnten Flüchtlingshauses am 26. Oktober ein »Bengalisches Feuer«, woraufhin die Polizei eine 13-köpfige Ermittlungskommission einrichtete. Ebenfalls in Duisburg brannte am 13. November eine zwischenzeitlich geschlossene Unterkunft vollständig ab, die erneut zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Diskussion war.

Mecklenburg-Vorpommern

In Greifswald wurden am 16. April zwei Asylsuchende in der Nähe ihrer Unterkunft ins Gesicht geschlagen und in der Nacht zum 13. Juni verfolgte ein Auto auf der Insel Rügen zwei Flüchtlinge und raste auf sie zu; sie konnten sich nur durch einen Sprung in den Straßengraben retten. Bei beiden Taten will die Polizei einen »fremdenfeindlichen Hintergrund nicht ausschließen«. In Eggesin (Landkreis Vorpommern-Greifswald) wurde der Staatsschutz eingeschaltet, weil am 7. und 11. November Unbekannte die Tür eines Hauses einwarfen, in dem Asylsuchende wohnen.

Bayern

Am 18. Oktober brannte eine bewohnte Unterkunft in Gemünden (Landkreis Main-Spessart), wobei die Polizei von Brandstiftung ausgeht. In Elchingen warfen Unbekannte am 25. November die Scheiben eines geplanten Wohnhauses für Flüchtlinge ein. Hier übernahm der Staatsschutz die Untersuchungen.

Baden-Württemberg

Am 21. Juli brannte in Bad Buchau (Landkreis Biberach) ein bewohntes Flüchtlingshaus und am 19. Oktober ein weiteres in Wehr (Landkreis Waldshut). Hier benutzten die TäterInnen Brandbeschleuniger. In beiden Fällen ermittelt die Polizei gegen Unbekannt.



^ *Aufkleber gegenüber einer Asylunterkunft im vorpommerschen Friedland*

Noch mehr Taten

Im thüringischen Arnstadt warfen am 21. Juli 2013 zwei Bundeswehrsoldaten Feuerwerkskörper auf eine Asylunterkunft und am 20. August traten und schlugen in Schmiedeberg (Sachsen) mehrere AngreiferInnen auf einen Flüchtling ein. In Berlin-Hellersdorf ging am 3. September in der Nähe der dortigen Unterkunft ein Papiercontainer in Flammen auf und in Schöneiche (Brandenburg) gab es am 18. November einen Buttersäureanschlag.

Kein Ende in Sicht

In den Monaten Januar und Februar 2014 haben »Pro Asyl« und die »Amadeu Antonio Stiftung« bereits 21 Brandstiftungen und Sachbeschädigungen an Asylunterkünften registriert. Die Gewaltwelle war also kein Intermezzo, sondern hält an. Dies macht ein Brandanschlag in der Nacht zum 8. Januar 2014 in Germering bei München deutlich. Unbekannte zündeten auf einem abgelegenen Gelände am Stadtrand die Holzfassade einer Baracke an, in der die Flüchtlinge schliefen. Sie konnten sich nur in Sicherheit bringen, weil einer der Bewohner um fünf Uhr morgens nach Hause kam und Alarm schlug. Bis heute tappt die Polizei im Dunkeln, geht aber von einem »fremdenfeindlichen« Hintergrund oder Frust als Tatmotiv aus. Gefahndet wird nach einem schwarz gekleideten Mann, der in der Tatnacht in der Nähe gesehen wurde. Obwohl das Feuer einen Teil des Gebäudes und des Dachstuhls zerstörte, müssen die Flüchtlinge weiterhin im unbeschädigten Abschnitt des Holzhauses wohnen.

Bereits in der Silvesternacht 2013/2014 griffen in Sachsen etwa 15 Neonazis mit Feuerwerkskörpern ein Haus von Asylsuchenden in Borna bei Leipzig an und am 7. Februar 2014 wurde ein Flüchtling in Hoyerswerda mehrfach geschlagen – nur zwei Tage nachdem dort die neue Unterkunft eröffnete. Im thüringischen Breitenworbis im Eichsfeld kam es um den Jahreswechsel zu einer ganzen Reihe von Attacken. Bis zum 6. Januar 2014 wurde ein Flüchtlingshaus mehrfach mit Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen und die BewohnerInnen bedroht. Die Polizei vergleicht die Vorfälle mit einem Nachbarschaftsstreit. Auch in Gerstungen bei Eisenach haben Unbekannte am 2. und 3. Februar 2014 die Scheiben einer Asylunterkunft beschädigt.

In Nordrhein-Westfalen gab es in diesem Jahr bereits eine Serie von zehn Bränden. In Heiligenhaus (Kreis Mettmann) wurden zwischen dem 4. und 19. Januar siebenmal Mülltonnen und Möbel angezündet sowie Brandmelder und Feuerlöscher zerstört. Ebenfalls am 19. Januar brannte in Lübbecke bei Minden eine leer stehende Unterkunft. In Mechernich (Kreis Euskirchen) legten Unbekannte am 13. und 19. Februar 2014 Feuer. Ernsthaft zu Schaden kam bisher niemand und die Polizei hat keine Hinweise auf einen »fremdenfeindlichen« Hintergrund. In Essen-Frintrop kam es nach Oktober letzten Jahres erneut zu einem Angriff auf die dortige Asylunterkunft. Am 20. März 2014 schossen erneut Unbekannte mit einer Schleuder Metallkugeln und eine Schraubenmutter auf das Gebäude, in dem mittlerweile 89 Flüchtlinge wohnen. Der Staatsschutz ermittelt wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung.

Auch in Berlin-Hellersdorf reißen die Attacken auf die Flüchtlingsunterkunft nicht ab. Am 14. März 2014 veranstalteten 15 Neonazis eine regelrechte Hetzjagd auf zwei Asylsuchende, die auf dem Nachhauseweg waren, und warfen Flaschen auf sie. Schließlich versuchten die Angreifer in den Wohnblock einzudringen, was die Flüchtlinge und der Wachschutz verhindern konnten.

Weitere Angriffe gab es am 19. März im brandenburgischen Luckenwalde (Landkreis Teltow-Fläming), wo die Scheiben einer Asylunterkunft eingeworfen wurden und am 29. März brannte in Kassel eine Gartenhütte neben einem neuen Flüchtlingshaus. In Merseburg in Sachsen-Anhalt kam es innerhalb einer Woche zu insgesamt drei Attacken. Am 20., 24. und 26. Februar wurden Flüchtlinge angegriffen und geschlagen. Obwohl die Polizei in allen Fällen wegen rassistischer Motive ermittelt, konnte bei der zweiten Tat ein »fremdenfeindlicher Hintergrund nicht nachgewiesen werden«; es handle sich um einen Raubüberfall.

Bedrohung unverändert hoch

Sind dies alles weitere Fehleinschätzungen, weil das Definitionssystem »Politisch Motivierte Kriminalität« der Polizei versagt? Sicher ist: Die Bedrohung von Flüchtlingen bleibt 2014 unverändert hoch und solange es keine Reform der Erfassung rechter, neonazistischer und Hass-motivierter Straf- und Gewalttaten gibt, werden die politischen Hintergründe zahlreicher Angriffe und Anschläge weiter im Dunkeln bleiben.

Urteile gegen »Objekt 21«

Die Prozesse gegen Mitglieder des deutsch-österreichischen Neonazi-Netzwerks »Objekt 21« haben tiefe Einblicke in eine Szene aus organisierter Kriminalität und militanten Rechten gewährt.

von Martina Renner

In den letzten Wochen hatte man den Eindruck, dass mehr deutsche Neonazis in Österreich zu Haftstrafen verurteilt werden, als in der BRD. Denn rund um das militant-neonazistische und kriminelle Netzwerk »Objekt 21« reiht sich vor mehreren Gerichten seit dem Sommer 2013 Prozess an Prozess. Angeklagt werden nicht nur Neonazis aus Österreich wegen Verstößen nach Paragraph 3 des Gesetzes gegen die Wiederbetätigung im Sinne der NSDAP und wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Unter den zu Haftstrafen Verurteilten sind auch Neonazis aus Thüringen und Sachsen-Anhalt. So verhandelte Ende April 2014 das Landesgericht Wels gegen Andreas Putyra aus dem westthüringischen Gotha. Er soll die Nummer Drei im streng hierarchischen Gefüge des »Objekt 21« und für den so genannten »Escortservice« – im Klartext: Prostitution – verantwortlich gewesen sein. Putyra wurde bereits im November 2012 in seiner Heimatstadt Gotha auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Wels festgenommen. Er machte umfassende Aussagen, die zu weiteren Ermittlungsverfahren und Verhaftungen von Neonazis aus Thüringen und Sachsen-Anhalt führten. Putyra war zudem wesentlicher Belastungszeuge in einem Prozess gegen sieben Mitglieder und Hintermänner des »Freizeit- und Kulturvereins Objekt 21«, die im Oktober 2013 zu Gefängnisstrafen zwischen 18 Monaten und sechs Jahren wegen Verstoßes gegen das NS-Wiederbetätigungsverbot verurteilt wurden.

NS-Ideologie

Den Reigen der in Oberösterreich nun für Jahre hinter Schloß und Riegel einsitzenden Rechten aus der Bundesrepublik eröffnete Philip Tschentscher. Der gebürtige Hesse und politische Ziehsohn des umtriebigen Neonazis Manfred Roeder war in der Erfurter »Kameradschaft Freiheitskämpfer« aktiv, während er in der Thüringer Landeshauptstadt versuchte zu studieren. Danach zog er nach Sachsen-Anhalt, wo er gemeinsam mit zwei weiteren Neonazis in Görschen im Burgenlandkreis einen Dreiseitenhof bewohnte. Dort stellten die Sicherheitsbehörden mehrfach auch Autos mit Kennzeichen aus Österreich fest. Tschentscher, der als Liedermacher unter dem Namen »Reichstrunkenbold« auftrat und zwei CDs produzierte, ist Hitlerist erster Güte. War dies bis dato nur durch seine Gesangsdarbietungen und Redebeiträge auf Neonazi-Veranstaltungen bekannt, so war das Verfahren in Österreich letzter Beleg für dessen NS-Anhängerschaft. Tschentscher wurden nicht nur seine Liedtexte voller Vernichtungsphantasien gegen Jüdinnen und Juden sowie Menschen nichtdeutscher Herkunft vorgeworfen. Er finanzierte seinen Lebensunterhalt offenkundig mit dem Verkauf von NS-Devotionalien. Mit seinem Transporter war er in Deutschland und Österreich unterwegs, um bei entsprechenden Events von der SS-Fahne über den Bierkrug mit Hakenkreuz bis hin zu Armbinden, Uniformen und SS-Tischstandarten all das anzubieten, was die »Kameraden« benötigen. Angesichts Tschentschers politischen Lebenslaufs verwunderte es kaum, dass er am 15. Januar 2014 im Gerichtssaal ein Bekenntnis zu seiner Gesinnung und seinem Wirken abgab. Ein Facebook-Freundeskreis »Freiheit für Philip« wird das gern gesehen haben, das Gericht auch. Von drei Verhandlungstagen musste so nur einer durchgeführt werden. Das Verfahren endete mit einer Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis.

Kooperation mit Rotlichtszene

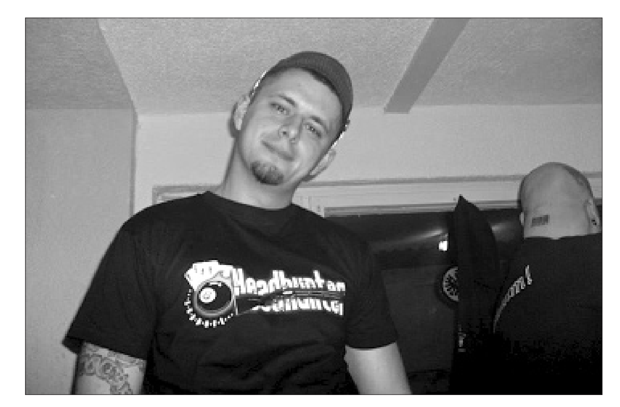
Ein weiterer Angeklagter war Steffen Mäder aus Thüringen. Er wurde am 12. März 2014 vom Landesgericht Korneuburg zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Ihm wurden die Beteiligung an Brandstiftung, Einbrüchen und die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zur Last gelegt. Eine Einnahmequelle zur Finanzierung des braunen Wohnprojektes »Objekt 21« und von Waffen war offenkundig eine enge Zusammenarbeit mit der kriminellen Rotlichtszene. So übernahmen Neonazis aus dem »Objekt 21« für den Bordellbetreiber Alexander Gerhardinger das schmutzige Geschäft, wenn es darum ging, Konkurrenz vom Markt zu vertreiben. Gerhardinger wurde ebenfalls im April 2014 der Prozess gemacht; er wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Daneben waren Neonazis aus dem »Objekt 21« auch im Drogenhandel unterwegs. Drogen dienten den Vorderen im Gefüge der Organisation dazu, untere Chargen finanziell abhängig und erpressbar zu machen. Der Endzwanziger Mäder gehört zum Umfeld der »Blood & Honour«-Band »SKD« (»Sonderkommando Dirlewanger«) aus der Region Gotha. Die Bandmitglieder und das Umfeld sind seit Jahren eine Herausforderung für AntifaschistInnen und Polizei in Thüringen. Erst besaßen sie in der Gemeinde Crawinkel im Landkreis Gotha eine Immobilie, in der auch oft österreichischer Besuch gesichtet wurde, nun verlagerten sie ihre Basis ins nahe Ballstädt. Dort erwarben sie ein Wohnhaus mit großem Versammlungsraum. Mäder, einer der Käufer der dortigen »Alten Bäckerei«, ist nicht der einzige Bewohner, der nun im Gefängnis sitzt. Auch Mario Kelch, Bassist bei »SKD«, trat im Sommer 2013 eine Haftstrafe wegen eines Körperverletzungsdelikts an. Und Thomas Wagner, Schlagzeuger und Bandleader bei »SKD«, sitzt seit Februar 2014 im Gefängnis. Ihm wird zur Last gelegt, zusammen mit anderen Thüringer Neonazis eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt brutal überfallen zu haben. Die zum Teil schwerverletzten jungen Leute aus dem kleinen Ort wurden von einem Rollkommando von Neonazis überrascht und zusammengeprügelt. Der Überfall ist Ausdruck des militanten Drucks, den die neuen und ungeliebten Dorfbewohner versuchen auf den Rest der Gemeinde auszuüben, die sich geschlossen gegen die neue braune Immobilie wehrt.

Abhängigkeiten

Die Aussagen von Putyra vor Gericht machten deutlich, wie das System »Objekt 21« funktionierte. Der Neonazi wurde direkt nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen eines Körperverletzungsdelikts von Tschentscher angesprochen und nach Österreich geholt. Tschentscher, offenkundig auch Headhunter der Organisation, bot Unterkunft, »Kameradschaft« und Arbeit an. Putyra machte sich psychisch wie materiell abhängig und genoss seine Vertrauensstelle beim Leiter des »Objekt 21«, Jürgen Windhofer. Die enge »Bruderschaft«, besiegelt mit Insignien der Organisation als Tattoo, aus deren Farbgebung sowie Runenanzahl und -art auch die Stellung und die Anzahl der für das »Objekt« begangenen Straftaten abzulesen war, reichte sogar bis in den Knast. So suchte Putyra einen Anwaltsgehilfen einer prominenten Wiener Kanzlei auf und bot Geld, falls er seine Aussagen zurück nehme. Gegen den Mann wird nun ermittelt. Verwundern würde so ein Angebot kaum. Denn im »Objekt 21« gab es eine spezielle »Rechtsschutzversicherung«. So wurde für jeden Monat Haft ein Geldbetrag zurückgelegt, der dann zur Auszahlung kommen sollte, wenn der Inhaftierte keine Aussagen gemacht hat.

Weitere Ermittlungen?

Das Ermittlungsverfahren gegen den Anwaltsgehilfen wird nicht das letzte im Kontext des braunen Hauses in Desselbrunn gewesen sein. Neben









^ v. o. n. u. Steffen Mäder, CD Cover, Jürgen Windhofer, Philip Tschentscher

Mäder und Putyra wurden in den bisherigen Verhandlungen die Namen weiterer deutscher Neonazis erwähnt, die regelmäßig im »Objekt 21« zugegen waren oder an Straftaten beteiligt gewesen sein sollen. Dabei ist auffällig, dass das Landeskriminalamt in Thüringen die Ermittlungen in Österreich zum Anlass nahm, im August 2013 Wohnobjekte im Zusammenhang mit Mäder zu durchsuchen. Zwar beobachten auch in Sachsen-Anhalt die Behörden den Prozess in Österreich, doch von Maßnahmen gegen die Neonazi-Immobilie in Görschen, die auch mit der Produktion von RechtsRock in Verbindung gebracht wird, hat man bisher nichts gehört. Ebenso wenig ist das enge Verhältnis der bayerischen Neonaziszene zum »Objekt 21« aufgearbeitet. In einer Antwort des Bayerischen Staatsministeriums des Innern auf eine schriftliche Frage der Landtagsabgeordneten Katharina Schulze heißt es, dass sowohl Neonazis aus Niederbayern Kontakte zum »Objekt 21« unterhielten, als auch Gegenbesuche aus Österreich bei Veranstaltungen und Versammlungen der extrem rechten Szene bekannt seien. Die dann in der Antwort aufgezählten Straftaten bayerischer Neonazis, die nach polizeilichen Erkenntnissen mit dem »Objekt 21« in Verbindung stehen, passen sehr gut in das Bild einer kriminellen und zugleich hoch ideologisierten Szene. So finden sich neben klassischen Verfahren aus dem Bereich rechter Straftaten, wie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, dem Verstoß gegen das Uniformverbot oder Körperverletzungsdelikte, auch Verstöße gegen das Waffengesetz, Raub, Diebstahl und Drogenhandel. Da verwundert es, wenn das Bayerische Innenministerium auf die Frage nach Verbindungen der Neonaziszene zur organisierten Kriminalität ausführt, es gebe nur individuell-persönliche Kontakte, eine strukturell oder strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit sei nicht zu beobachten. Genau diese getrennte Betrachtung der beiden Kriminalitätsbereiche »Organisierte Kriminalität« und »Politisch motivierte Kriminalität« durch die Sicherheitsbehörden hatte in Österreich dazu geführt, dass das Zusammenspiel einer Organisation im Sinne des Neonazismus und der Finanzierung und Absicherung durch allgemeine bis schwere Kriminalität nicht erkannt wurde. Neonazis als Hehler, Zuhälter oder Auftragsverbrecher sind offenkundig für die Behörden kaum vorstellbar. Doch warum eigentlich nicht?

Waffenfunde

Im Kontext der Durchsuchungsmaßnahmen bei BewohnerInnen und NutzerInnen des »Objekt 21« stellte die österreichische Polizei Berge von Waffen sicher. Darunter auch halbautomatische und automatische Waffen sowie Substanzen zur Herstellung von Sprengvorrichtungen. Es ist naheliegend, dass sich das Netzwerk rund um das »Objekt 21« und die militanten Strukturen insbesondere in Thüringen über gemeinsame Wege Waffen besorgten. Aussagen im Verfahren legen nahe, dass bundesdeutsche Neonazis an Schießübungen in Österreich teilnahmen und Waffen von dort nach Deutschland geschmuggelt wurden. Teilweise bezogen aber Neonazis aus dem »Objekt 21« ihre Schusswaffen aus Thüringen. Und noch etwas wurde in den Prozessen deutlich. Frauen spielten in der Organisation insbesondere bei der Waffenbeschaffung und dem -transport eine wesentliche Rolle. Sie waren aber auch an Schießübungen beteiligt. Auch mit dem Sturmgewehr »AK 47« waren sie bestens vertraut. Im Prozess mimten die braunen Kameradinnen dennoch nur die unbedarften Freundinnen der Objektler. Auch beim Überfall der Neonazis in Ballstädt waren Neonazistinnen unter den OrganisatorInnen und am Tatort zugegen.

Im Rahmen der Aussagen vor Gericht wurden weitere bundesdeutsche Neonazis benannt, die bisher nicht angeklagt wurden. So fiel häufiger der Name Matthias S. aus dem Landkreis Gotha. Andere Neonazis waren den ZeugInnen aber lediglich mit Spitznamen im Gedächtnis geblieben. Somit bleiben nach den Prozessen einige Fragen über Beteiligte und Strukturen offen. Aber ein Fazit ist vorläufig schon möglich: Ländergrenzen sind für Neonazis einfach nur Striche auf der Landkarte. Für Ermittlungsbehörden sind sie jedoch offenkundig Hürden. Für AntifaschistInnen ist es mit Blick auf die gemeinsame Bedrohung durch diese grenzüberschreitenden Netzwerke notwendig, die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren.

Nazi-Besatzungsdenkmal in Ungarn

In Budapest haben die Bauarbeiten für ein umstrittenes Denkmal zu Erinnerung an die Nazi-Zeit in Ungarn begonnen. Das Mahnmal auf dem Freiheitsplatz der Stadt soll einen deutschen Reichsadler darstellen, der den »Erzengel Gabriel«, der symbolisch für Ungarn steht, angreift. Das Denkmal soll ausdrücklich »allen Opfern« des Zeitraumes März 1944 bis April 1945 gewidmet sein. Kurz nach ihrer Wiederwahl setzt die Regierung Orbán damit ein ideologisches Zeichen: Ungarn sei Opfer der Nazis gewesen und nur eingeschränkt oder gar nicht verantwortlich für den Holocaust an ungarischen Jüdinnen und Juden gewesen. Der Opfermythos, der damit offenbar gestärkt werden soll, wird von HistorikerInnen heftig kritisiert. Ungarn habe mit großem Eifer Menschen deportiert und sich sogar von deutschen Aufforderungen zu Mäßigung und mehr Systematik nicht stoppen lassen. Formal sei das Land zwar besetzt, faktisch aber einer der wichtigsten Verbündeten Deutschlands gewesen. Das Denkmal sei somit eine Geschichtsfälschung; TäterInnen würden zu Opfern gemacht.

BdV ehrt Guido Knopp

Der »Bund der Vertriebenen« (BdV) hat den Journalisten und Historiker Guido Knopp »für sein journalistisches Engagement bei der wahrhaftigen Vermittlung unserer Geschichte« mit der BdV-Ehrenplakette geehrt. Am 9. April 2014 wurde ihm diese in der »Katholischen Akademie« in Berlin verliehen. Er habe eine lebendige Filmstruktur geschaffen, »die bei den Nichtbetroffenen und Nachgeborenen Verständnis für ein Leben im Krieg, in den Diktaturen aber auch in der Nachkriegszeit erzeugte«. Seine Filme hätten bei über 6 Millionen ZuschauerInnen Empathie für das Schicksal der Vertriebenen geschaffen. Knopp habe der BdV-Stiftung »Zentrum gegen Vertreibung« seine Sammlung von rund 1.000 ZeitzeugInnenaufnahmen geschenkt. Der Preis wurde im Rahmen des Jahresempfangs des BdV verliehen, an dem unter anderem die Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm.

»Club 88« geschlossen

Nach über 17 Jahren Schankbetrieb hat die Kneipe »Club 88« im schleswig-holsteinischen Neumünster geschlossen. Der Szene-Treffpunkt, in dem auch Live-Konzerte stattfanden, zog zeitweise Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet an. InitiatorInnen waren neben der Betreiberin Christiane Dolscheid auch Tim Bartling. Der Club hatte offenbar finanzielle Probleme. Ein Grund dafür könnte die innerstädtische Konkurrenz der bereits seit zehn Jahren bestehenden Szene-Kneipe »Titanic« sein. Diese ist ebenfalls Treffpunkt der Neonazi-Szene, versucht sich jedoch öffentlich als »normale« Kneipe zu verkaufen.

Europa-Treffen der Neonazi-Parteien

VertreterInnen der europäischen Neonazi-Parteien trafen sich am ersten März-Wochenende 2014 in Rom, um gemeinsam den kommenden Europawahlkampf vorzubereiten. Die italienische Partei »Forza Nuova« (FN) hatte die spanische »Democracia Nacional« (DN), die griechische »Morgenröte« (Chrysi Avgi), die britische »British National Party« (BNP) sowie die deutsche NPD in ein Vier-Sterne-Hotel eingeladen. Die Versammlung stand unter dem Motto »Europa erwacht« und zog mehr als einhundert SympathisantInnen an. Vereinzelt zeigten diese den Hitlergruß. Aus Deutschland war Jens Pühse als »Auslandsbeauftragter« für die NPD angereist.

»Miss-RNF« abgesägt

Der »Ring Nationaler Frauen« (RNF), die Frauenorganisation der NPD, hat am 29. März 2014 einen neuen Bundesvorstand gewählt. Der Wahl waren interne Streitigkeiten über die bisherige Vorsitzende Sigrid Schüßler vorausgegangen. Laut Andrea Röpke, die die Organisation seit Jahren beobachtet, empfanden die »traditionsbewussten und volkstreuen« Aktivistinnen im RNF ihre Vorsitzende als »zu modern«. Dekadenz und moderne Angepasstheit wurden ihr vorgeworfen. Auf der Internetseite des RNF hieß es jedoch lediglich, dass Schüßler der Bundesvorstandswahl in Berlin unentschuldigt fernblieb. Zur neuen Vorsitzenden wurde Ricarda Riefling gewählt. Als Schatzmeisterin wurden Heidrun Walde und Gitta Schüßler für »Presse und Öffentlichkeitsarbeit« in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Bundesvorstand ist Monique Möller, die das Amt der »Interessentenbetreuung« und Betreuung sozialer Netzwerke übernehmen wird. Weitere »Beisitzer« sind Maria Fank aus Berlin und Edda Schmidt aus Baden-Württemberg. Die Versammlung wurde von einem Mann, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Frank Schwerdt, geleitet.

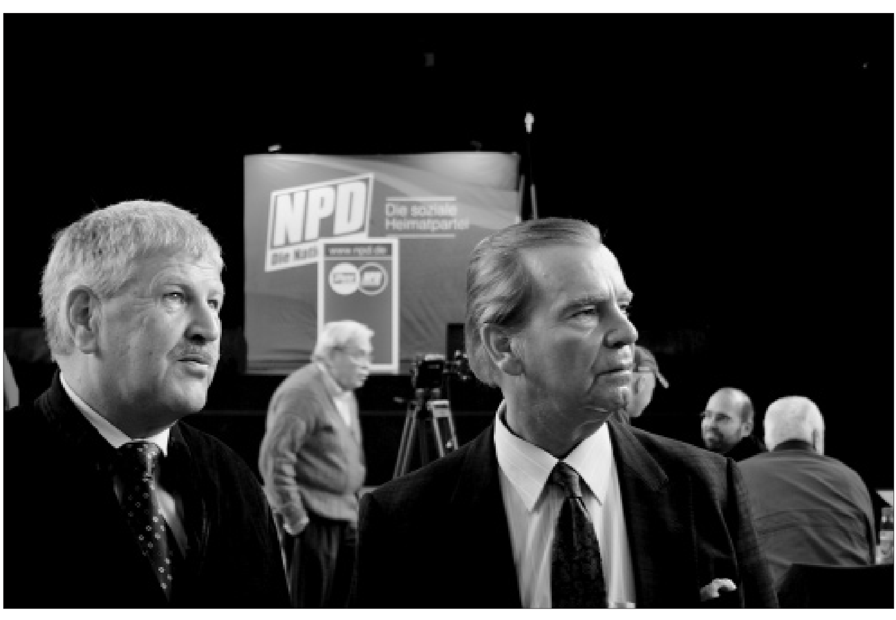
»Friedensmahnwachen«

Ausgehend von Berlin gibt es seit März 2014 nach Angaben der VeranstalterInnen in mehr als 32 deutschen Städten Friedensmahnwachen. Da diese immer montags stattfinden, treten sie auch unter dem Namen »Montagsdemonstrationen« auf. Anlass der öffentlichen Aktionen ist der Konflikt in der Ukraine. Der Impuls, zu den Friedensdemonstrationen aufzurufen, war die nach Wahrnehmung der VeranstalterInnen einseitige, anti-russische Berichterstattung deutscher Medien. Ein wesentlicher Initiator der Demonstrationen in Berlin ist der ehemalige Rundfunkmoderator Ken Jebsen, der 2011 wegen antisemitischer Äußerungen beim »rbb« entlassen wurde. Zu den Rednern gehörte auch »Compact«-Chefredakteur Jürgen Elsässer, der in seiner Rede mit antisemitischen Assoziationsketten argumentierte. Die politische Diffusität der Veranstaltungen wurde rasch von antisemitischen, verschwörungstheoretischen und antiamerikanischen Inhalten dominiert. Bei Veranstaltungen in Magdeburg, Berlin und Erfurt redeten sogenannte »Reichsbürger«, die die Auffassung vertreten, Deutschland sei seit 1945 ein besetztes, nicht-souveränes Land. In Magdeburg, Berlin und München waren immer wieder Neonazis unter den TeilnehmerInnen zu finden. Zu den OrganisatorInnen in Halle (Saale) gehört auch der ehemalige B&H-Kader Sven Liebig. Organisationen wie der »Friedensratschlag« und »Attac« distanzierten sich inzwischen von den OrganisatorInnen der montäglichen Demonstrationen und deren Inhalten.

Seriös im Hintergrund

Zwei Westberliner Urgesteine der extremen Rechten reichen seit Jahrzehnten ihre helfenden Hände, wenn es seriöser Ansprechpartner bedarf. Hans-Ulrich Pieper und Wolfgang Seifert waren 2001 Kandidaten für »Die Republikaner«. Später unterstützten sie die NPD.

von Fabian Kunow



Udo Voigt zusammen mit Hans-Ulrich Pieper

Politische Akteure, die sich dauerhaft etablieren wollen, benötigen eine Infrastruktur, wie beispielsweise Immobilien. Deshalb muss Berlins Neonaziszene einige schmerzliche Rückschläge hinnehmen: die Schließung der Kneipe »Zum Henker«, der baldige Verlust des Nationalen Widerstand-Stützpunkts in der Lückstraße in Berlin-Lichtenberg und die Aufgabe des nationalen Jugendzentrums im Süden des Bezirks Neukölln, das sich in einem Gewächshaus befand. Für die NPD und andere Protagonisten der extremen Rechten ist es in Berlin schwierig, ohne Probleme öffentliche Räume oder private Veranstaltungsorte anzumieten. Kommt es dennoch zu Saalveranstaltungen der extremen Rechten, hat oft einer der beiden Westberliner Urgesteine Hans-Ulrich Pieper und Wolfgang Seifert die Hände mit im Spiel. Beide treten als Unternehmer auf und wirken auf Außenstehende so gar nicht wie klischeehafte »Rechtsextreme«, was ihnen bei der Bereitstellung von Infrastruktur in die Hände spielt.

Piepers »Dienstagsgespräche«

Eigentlich ist Pieper Historiker. Der 1948 geborene tritt aber auch als Politik- und Unternehmensberater auf. Gegenüber dem Wirt der in Berlin-Charlottenburg ansässigen »Filmbühne am Steinplatz« gab er sich als »Geschäftsführer einer Agentur für Konferenzen und Kongresse« aus. Hier hatte er sich seit 2013 zu mindestens drei »Dienstagsgesprächen« getroffen, bevor er die Örtlichkeit Anfang dieses Jahres aufgrund von Presseberichten verlor. Das »Dienstagsgespräch« findet an jedem zweiten Dienstag im Monat statt und firmiert mittlerweile auch als »Diskurs + Dialog – Gesprächskreis auch für politisch nicht korrekte Kommunikation«. AdressatInnen sind nach eigenem Bekunden »Führungskräfte der Wirtschaft, der Medien, Verwaltung und der Streitkräfte«. Die von Pieper seit den frühen Neunzigerjahren organisierten Abendrunden sollen »dem besseren Kennenlernen in ungezwungener Atmosphäre dienen«. Die großen Namen der Wirtschaft oder die Rechtsausleger der bürgerlichen Parteien wie Heinrich Lummer, Jürgen Möllemann oder Egon Bahr kommen, anders als früher, nicht mehr zu ihm. So muss er bei seinen Veranstaltungen mit saftigen Eintrittspreisen im Ambiente einer »geschlossenen Gesellschaft« auf die üblichen Redner der extremen Rechten zurückgreifen. Doch selbst dann gehen Rechtspopulisten wie der für Mai 2013 angefragte Manfred Rouhs von der Partei »Pro Deutschland« auf Distanz. Er witterte hinter der Einladung einen Versuch, seine Partei »trickreich mit rechtsextremen Bezügen zu kompromittieren«.
Piepers Starredner im September 2013 bekam erst gar keine Möglichkeit aufzutreten: er hatte den britischen Buchautor und Holocaust-Leugner David Irving eingeladen. Diesem war aber die Einreise untersagt worden, solange der Bayerische Verwaltungsgerichtshof noch nicht entschieden hat, ob Irvings Aufenthaltsverbot in Deutschland erloschen ist.
Neben der Organisation des »Dienstagsgesprächs«, bei dem schon NPD-Politiker wie Udo Voigt und Holger Apfel ein Podium bekamen oder als Zuhörer zu Gast sind, hilft Pieper der NPD auch auf anderem Wege. 2001 wurde er einer der Spitzenkandidaten der NPD für die Wahl zum Abgeordnetenhaus. Er sollte die Bürgerlichen im Westteil der Stadt ansprechen. Allerdings ging das Ergebnis mit 2,2 Prozent der Stimmen in seinem Bezirk Spandau, wie auch im Berliner Durchschnitt, zurück. Zudem begleitete er NPD-Funktionäre zu Parteiveranstaltungen der Konkurrenz, um die WählerInnenschaft im Rechtsaußen-Reservoir zu umwerben. So besuchte Pieper zusammen mit NPD-Kader Uwe Meenen am 14. April 2013 den AfD-Bundes- und Gründungsparteitag in Berlin, während vor der Tür der aktivistische Teil der NPD eine Kundgebung abhielt.

Vom Vermieter zum »Organisationsbüro«

Wolfgang Seifert erwarb 1998 nach mehrjährigem Leerstand das zwangsarisierte Grundstück der Villa Garbáty in der damaligen rechten Hochburg Pankow. Von 1999 bis 2003 vermietete er das Gelände an «Die Republikaner« (REP), die dort ihre Bundeszentrale errichteten. In dieser Zeit fanden dort Parteitreffen statt. 2001 und 2006 kandidierte er bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen für die Partei und ebenfalls im Jahr 2001 war er Vorsitzender des REP-Bundesschiedsgerichts und geschäftsführender Vorsitzender der parteinahen Gottlieb-Fichte-Stiftung. Als sich die REPs immer stärker im Niedergang befanden, kam es zum Richtungsstreit. Der Berliner Landesverband galt mit seinem Spitzenkandidaten 2006 dem konkurrierenden Parteiflügel um den Düsseldorfer Björn Clemens als zu NPD-nah. Tatsächlich finden sich in der Berliner NPD heute einige Funktionäre mit REP-Biographien.
Die Telefonnummer der von Seifert betriebenen Zeitarbeitsfirma »Allround Service GmbH Büro- und Hostessendienst« war 2007 gleichzeitig der Kontakt zum »Organisationsbüro« des »Dienstagsgesprächs« von Pieper. Außerdem soll die Firma 2009 als Quartiermacher für den NPD-Bundesparteitag in Berlin-Reinickendorf gedient haben. Im Winter 2010/2011 stellte Seifert ein Druckereiangebot für Plakate auf und gab dieses an die NPD weiter.
Eines wird also deutlich: Protagonisten wie Pieper und Seifert sind für Parteien der extremen Rechten im Hintergrund essenziell, wenn sie das Korsett einer subkulturell geprägten Szene verlassen wollen.



^ *Bernd Lucke*

Von Erfurt nach Straßburg

Mit dem Wegfall der Drei-Prozent-Hürde sind die Chancen der »Alternative für Deutschland« auf Sitze im zukünftigen Europäischen Parlament deutlich gestiegen. Parallel zu dem Wahlkampf, den die Partei führt, muss sie sich mit ihrer inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung beschäftigen.

von Phillip Becher

Wenn in den späten Stunden des 25. Mai dieses Jahres die in Deutschland abgegebenen Stimmen zur Wahl des Europäischen Parlaments ausgezählt sein werden, dürfte feststehen, wie die Zusammensetzung der Sitze aus der Bundesrepublik für die nächsten fünf Jahre aussieht. Von besonderem Interesse ist ohne Zweifel das Abschneiden der Parteien der extremen Rechten. Neben den schon beinahe als »klassisch« zu bezeichnenden BewerberInnen von der NPD und den »Republikanern«, ist vor allem der bundesweite Antritt der »pro«-Bewegung zu verzeichnen. Diese tritt unter dem für nicht in Nordrhein-Westfalen wohnende WählerInnen irritierenden Label »pro NRW« an. Neben diesen kleineren Parteien, rückt besonders das Abschneiden der Euro- und EU-kritischen »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Fokus. Diese Relevanz rührt zum einen von der Stärke der AfD her, die bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent knapp den Parlamentseinzug verpasst hatte, nun aber in einigen Wahlumfragen bei sechs Prozent steht. Zum anderen könnte der Wahlabend einen Hinweis zur Beantwortung der Frage liefern, inwieweit die AfD als Faktor einer nachholenden Modernisierung der – laut dem Sozialwissenschaftler Alexander Häusler – als »rechtspopulistisches Entwicklungsland« betrachteten Bundesrepublik wirken wird. Bereits die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit in der Partei zeigen auf, in welche Richtung diese vermeintliche »Modernisierung« weisen könnte. Auf ihrem ersten Programmparteitag in Erfurt am 22. und 23. März dieses Jahres musste der sich mittels seines »volkswirtschaftlichen Sachverstandes« gekonnt als Teil der »Gegenelite« zum derzeitigen politischen Personal in Szene setzende Bernd Lucke zum ersten Mal mit seiner Basis auseinandersetzen. Bis dato wirkte Lucke nach außen hin als vorzeigbarer Musterknabe, der als Ökonomie-Professor der talkshowkompatiblen Gesellschaftsgruppe der »ExpertInnen« angehört und mit seiner langjährigen CDU-Mitgliedschaft dem »Extremismus« unverdächtig zu sein scheint. Innerhalb der Partei kam ihm die Rolle als Gesamtmediator zu, der die heterogene Formation, die durch ihre gemeinsame radikale Ablehnung sozialer Gleichheitsvorstellungen geeint wird, zusammenhält. In Erfurt zeigte die AfD erstmals Ansätze eines politischen Eigenlebens. Luckes Versuch, seine Position als Führer, der sein Charisma weniger aus der Rolle eines Volkstribuns als vielmehr aus oben genannter Experten-Aura gewann, auch formal und satzungsgemäß festzuschreiben und ihn auch real als Vorsitzenden zu installieren, fiel bei den Delegierten durch. Lucke zog die Satzungsreform zurück. Diese Absage an das »Prinzip Lucke« dürfte jedoch vorübergehend sein und sollte nicht als ein fundamentaler Bruch missdeutet werden. Dass die Partei ihm die Zustimmung in dieser Frage wohl kaum aus progressiven Motiven heraus verwehrt haben dürfte, machten auch die Äußerungen in puncto Stellung zu privaten Lebensformen deutlich. Der Soziologe Andreas Kemper hat in einer von der »Friedrich-Ebert-Stiftung« publizierten Stu-

die zu den familien- und geschlechterpolitischen AfD-Positionen der Partei das Potential zugesprochen »mit ihrer bundesweiten politischen Struktur eine katalytische […] Funktion für größere antifeministische Demonstrationen« erfüllen zu können. Die Kampagne der Jugendabteilung der AfD »Junge Alternative« (JA) mit dem Titel »Gleichberechtigung statt Gleichmacherei« gab den Startschuss für eine offensiver nach außen getragene Haltung in dieser Frage. Ausgestattet mit Schildern auf denen »Ich bin kein/e Feminist/in, weil…« und eine entsprechende individuelle Begründung zu lesen war, ließen sich junge JA-AktivistInnen ablichten und veröffentlichten die Fotos auf ihrer Facebook-Seite. Kemper unterscheidet ferner folgende für diese Diskussion aber auch für weitere Politikfelder wichtigen Strömungen: unter anderem die sich selbst als liberal-konservative Schnittmenge begreifende Strömung »Kolibri« (Konservative und Liberale in der AfD) und die traditionalistischen Positionen zuneigende »Patriotische Plattform«, die für eine in ihren Augen ratsame weitere Normalisierung des Nationalismus eintritt und diesen im Rahmen ihrer Gründungserklärung mit dem Konkurrenzprinzip der bürgerlichen Gesellschaft begründet: »Nicht länger wollen wir uns einreden lassen, es sei anrüchig, für unsere Interessen, die Interessen unseres Landes, einzutreten. Wie im bürgerlichen Leben jeder zunächst sein Interesse verfolgt, so ist das auch unter Staaten der Normalzustand. Wir eifern keinen Idealen hinterher, sondern orientieren uns an dem, was als normal gilt: wie im Staat so auch im Volk und in der Familie.« Dass diese Positionen keineswegs eine alleinige Domäne der selbsternannten »Patrioten« sind, zeigt Alexander Gauland. Der hessische Staatssekretär a.D. zeichnet nicht nur für zahlreiche Mitteilungen der AfD zur internationalen Politik verantwortlich, er äußerte sich auch bereits in den Jahren seiner Karriere als CDU-Politiker zur Gestaltung von Außenpolitik. Ein an mehreren Stellen wiederholtes Credo, so 1991 in seinem Buch »Was ist Konservatismus. Streitschrift gegen die falschen deutschen Traditionen. Westliche Werte aus konservativer Sicht« und 2002 in der von ihm verfassten »Anleitung zum Konservativsein«, geht davon aus, dass eine spezifische konservative Außenpolitik nicht existiere, sondern dass es nur eine mit Hinblick auf die nationalen Interessen richtige oder falsche Außenpolitik eines Landes gebe. Interessant in diesem Zusammenhang: Gauland erklärte am 26. Januar 2014 im Interview mit dem Nachrichtensender »n-tv«, dass er »vielen Personen bei ‹Kolibri› mit großer Sympathie« gegenüber stehe, »aber ich bin nicht formal Mitglied«. Die Zentrifugalkräfte der unterschiedlichen Flügel innerhalb der AfD halten sich also in Grenzen und die inhaltlichen Übereinstimmungen kommen Luckes oben genannten Mediationsbemühungen weiterhin entgegen. Bemerkenswert ist auch Gaulands, nicht ganz überzeugende, Erklärung in dem Gespräch: »Ich weiß gar nicht, was ‹Rechts› ist. Ich weiß auch nicht, was der ‹rechte Rand› ist.« Anders als in der Frage des Parteiaufbaus lautet das Motto bei den bereits im Februar in Aschaffenburg gewählten vorderen sechs Plätzen der KandidatInnen-Liste »business as usual«: Die Position des Spitzenkandidaten bekleidet Bernd Lucke, während ihm Hans-Olaf Henkel – ehemaliger Präsident des Bundes der deutschen Industrie – auf Platz zwei folgt. Dieser Spiritus Rector der AfD und ihrer Vorläuferorganisation, der »Wahlalternative 2013«, hatte bereits in seinem 2009 verfassten Buch »Die Abwracker« sein persönliches politisches Grundsatzprogramm festgelegt und darin den aus seiner Sicht grassierenden »Neosozialismus« zur Wurzel allen Übels erklärt. Als eine Art Vorläufer der von Bundespräsident Gauck Anfang dieses Jahres öffentlichkeitswirksam angestoßenen Exkulpation des Neoliberalismus, rät Henkel in seiner Veröffentlichung zu einer von ihm unter anderem mit den Namen Ludwig Erhard, Walter Eucken und Friedrich August von Hayek verbundenen »sozial verantwortlichen Volkswirtschaft« als Lösungsvorschlag. Für eine solche Linie garantieren innerhalb der AfD auch der Tübinger VWL-Emeritus Joachim Starbatty und die auf dem Schnittpunkt von Marktradikalismus und erzkonservativen Gesellschaftsvorstellungen agierende Netzwerkerin Beatrix von Storch. Sie befinden sich ebenso auf den oberen Listenplätzen wie Bernd Kölmel und Ulrike Trebesius, die bereits erfolglos zur letzten Bundestagswahl kandidiert hatten. Schaut man sich weitere Inhalte der mit »Mut zu Deutschland« überschriebenen Wahlkampagne an, sticht das Spielen der nationalen Karte deutlich ins Auge. Die berechtigten Sorgen vieler Menschen um den Schutz ihrer Kommunikation und ihrer Privatsphäre sowie der Frust über undemokratische Entscheidungsprozesse in der EU werden auf entsprechende Bahnen gelenkt, sodass es auf den Wahlplakaten heißt: »Washington spioniert. Brüssel diktiert. Berlin pariert!« Unverhohlen wird suggeriert, dass sich nur ausländische Dienste der Überwachung schuldig machten. Außerdem wird die führende Rolle Deutschlands in der EU und damit auch die Verantwortung der Bundesrepublik für die Politik in Europa kaschiert. Der Klassiker einer jeden rechten Wahlkampagne, »Einwanderung braucht klare Regeln!«, fehlt ebenfalls nicht. Schließlich taucht auch das Vorbild Schweiz auf, die in den letzten Jahren mehrmals zu trauriger Berühmtheit gelangte als das Land, in dem mit direktdemokratischen Verfahren rückschrittlicher Politik der Weg gebahnt wurde. Die AfD proklamiert: »Die Schweiz ist für Volksentscheide. Wir auch!«. Wer angesichts des – nach dem Wegfall der Sperrklausel bei dieser Wahl inzwischen sicheren – Einzugs der AfD ins EU-Parlament nun dazu tendiert, für Europa-Wahlen wieder die Aufrichtung der vom Bundesverfassungsgericht gekippten Drei- oder sogar die bei Bundes- und Landtagswahlen weiterhin geltende Fünf-Prozent-Hürde herbeizusehnen, verkennt allerdings den Kern der Sache. Den gesellschaftlichen Grundproblemen, die zur Neuformierung auf Seiten der Rechten geführt haben, ist politisch beizukommen und nicht mit undemokratischen Sperrklauseln. Die Gegenprobe liegt inzwischen durch die kürzlich erfolgten bayerischen Kommunalwahlen vor, bei denen die AfD nur mäßige Ergebnisse einfahren konnte. Dort besteht zwar in der Tat eine undemokratische Beteiligungshürde, die es Parteien und Wählervereinigungen erschwert, überhaupt auf dem Stimmzettel zu landen. Beim Sitzverteilungsverfahren selbst gilt jedoch keine Sperrklausel. Dass die AfD als Austragungsort ihres Parteitags das ostdeutsche Erfurt wählte, darf nicht als Zufall betrachtet werden. Denn gerade dort, wo sie bereits bei der Bundestagswahl überdurchschnittlich abschnitt, winken der Partei im Herbst bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Erfolge – trotz fortbestehender Fünf-Prozent-Hürde. Die oben erwähnte und in Ostdeutschland über Rückhalt verfügende »Patriotische Plattform« könnte hierdurch weiteren Auftrieb erlangen und die Rechtskurve der Partei noch stärker verschärfen.

Mehr als Rechtspopulismus

Die Führung der Thüringer »Alternative für Deutschland« positioniert die Partei am rechten Rand – und könnte damit 2014 Erfolge feiern.

von Paul Wellsow



Im Interview mit dem »Deutschlandfunk« sprach Matthias Wohlfahrt im März 2014 Klartext: »Wir gehen auf bürgerkriegsähnliche Zustände zu!«, warnte der Sprecher des Thüringer Landesverbandes der »Alternative für Deutschland« (AfD). Schuld sei eine »fehlgelenkte Integrations- und Einwanderungspolitik«. Entstanden seien »Parallelgesellschaften mit Paralleljustizen, mit Blut, was da fließt, was wir schon gar nicht mehr veröffentlichen in Zeitungen – die Fakten würden uns zu sehr erschrecken«, halluziniert er. Für rassistische Schläger brachte er Verständnis auf: »[W]enn ich das sehe, wie ein Afrikaner an der Bushaltestelle von irgendwelchen Rechten zusammengeschlagen worden ist, sehe ich aber auch den Hintergrund: Ich sehe den Hintergrund, dass möglicherweise durch eine lasche Handhabung mit kriminell agierenden Einwanderern so eine Antistimmung gefördert wird«. Eine Abneigung gegenüber MigrantInnen sei, so sagte Wohlfarth dem Sender, »biologisch normal«.

Für »Familie, Heimat, Nation«

Der Thüringer Landesverband der AfD ist von Streit durchzogen, mehrfach wechselten die Vorsitzenden. Immer wieder ist es Wohlfahrt, der polarisiert. Er sei ein »völkisch-christlicher Missionar«, warf ihm der Sprecher der AfD im Ilmkreis/Gotha Rüdiger Schmitt öffentlich vor. Dennoch holte die AfD mit ihren 300 Mitgliedern 6,2 % der Stimmen in Thüringen bei der Bundestagswahl im September 2013. Derzeit arbeitet der Verband an seinem Programm für die Landtagswahl am 14. September 2014. Zum Einstieg in die Debatte hatte die Partei am 7. Dezember 2013 Günter Scholdt zu einem Referat eingeladen und das Manuskript des Professors aus dem Saarland auf der Website der Partei veröffentlicht. Politisch ist Scholdt kein unbeschriebenes Blatt. In dem neurechten Verlag »Edition Antaios« publizierte er zwei Bücher, unter anderem »Das konservative Prinzip«. Darin feilt er am rechten Weltbild jener LeserInnen, die sich vor der Moderne und einer demokratischen, egalitären Gesellschaft fürchten. Seit 2005 schrieb er wiederholt in den neurechten Blättern »Junge Freiheit« (JF) und »Sezession«, in der »Preußischen Allgemeinen Zeitung« und referierte beim »Institut für Staatspolitik« und auf dem rechten »Zwischentag«.

In seinem Thüringer Vortrag über den »historische[n] Auftrag der AfD« polemisierte Scholdt gegen »Muster-Demokraten«, jammerte über »grassierenden Antigermanismus« sowie Frauenquoten und bekannte sich zum »Rechts-Sein«. Das bedeutet für ihn »dem modernistischen Zeitgeist zu widerstehen und klassische konservative Tugenden zu pflegen«, »an gewachsenen Bindungen wie Familie, Heimat, Nation festzuhalten«, gegen »eine konzeptionslose Einwanderungspolitik« Front zu machen und die »inakzeptable Schicht an Leistungsempfängern samt üppig ins Kraut schießende Sozialindustrie und Gesinnungsbürokratie als bedrohliche Zukunftshypothek« abzulehnen. Auch forderte er, »sich aus einer fremdbestimmten Haltung zur eigenen Geschichte zu lösen und Historiografie wieder einmal jenseits von aktuellen geschichtspolitischen Opportunitäten zu gestatten«. Kritik an Antisemitismus nannte Scholdt in einem Atemzug mit einer angeblich existierenden »Gesinnungsindustrie«. Er rief die AfD auf: »Befreien Sie uns von einem Korrektheits-Terror, der wie Mehltau auf Deutschland liegt!«.

Kontakte zur extremen Rechten

Auch prononcierte Vertreter der Thüringer AfD verhehlen rechte Positionen nicht. So hat Björn Höcke, zweiter Vorsitzender der Thüringer AfD und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, auf Facebook angeklickt, dass ihm die »Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein« gefällt, die in Leipzig mit antimuslimischer Hetze gegen den Bau einer Moschee agitiert. Ebenso gefällt ihm in dem Social Network die Organisation »Geert Wilders Supporters Austria«, die für sich mit dem Slogan wirbt: »Gegen die Islamisierung Europas!« Wilders ist Chef der rechtspopulistischen Partei »Partij voor de Vrijheid« aus den Niederlanden. Und auch der Direktkandidat der AfD zur Bundestagswahl im Wahlkreis Gotha/Ilmkreis, Jens Dietrich, zeigt seine Nähe zur »Neuen Rechten«. Auf seinem Facebook-Profil empfahl er wiederholt Artikel der JF.

Im April 2013 hatte der skandalträchtige Paul Latussek zur Gründung des AfD-Verbandes Ilmkreis eingeladen. Nachdem die Presse über seine Mitarbeit in der AfD berichtete, distanzierte man sich pflichtschuldig von ihm. Die Gründung des Verbandes sei unabgesprochen erfolgt, hieß es vom Landesvorstand. Der Ex-Spitzenfunktionär des »Bundes der Vertriebenen« Latussek hatte einst den Holocaust verharmlost, wurde wegen Volksverhetzung verurteilt und trat als Referent bei neofaschistischen Organisationen auf. Bis heute pflegt er gute Kontakte in die extreme Rechte. Vor einem möglichen Ausschluss aus der AfD wolle man ihn noch anhören, teilte AfD-Sprecher Wohlfahrt im Mai 2013 mit. Mit David Köckert war sogar ein militanter Neonazi Mitglied in der Thüringer AfD. Der MDR berichtete, dass die Behörden Köckert »zum Umfeld des mittlerweile verbotenen militanten Neonazi-Netzwerks Blood & Honour« zählten. Am 20. Februar 2014 verließ der Initiator von rassistischen Aufmärschen in Greiz (s. drr Nr. 146) die AfD und erklärte seinen Eintritt in die NPD.

Einzug in den Landtag?

Trotz Streit, schwachen organisatorischen Strukturen und einem klarem Rechtskurs: Die Wahlumfragen sehen die AfD in Thüringen stabil zwischen drei und sieben Prozent. Der Sprung in Stadträte und Kreistage bei den parallel zur Europawahl am 25. Mai stattfindenden Kommunalwahlen und in den Thüringer Landtag bei den Wahlen am 14. September 2014 könnte gelingen.



Mit rechten Tönen zum Erfolg

Die »Alternative für Deutschland« hat bei den bayerischen Kommunalwahlen im März 2014 die ersten Mandate gewonnen. Im aktuellen Europawahlkampf bedient sie in Bayern erneut rechte Ressentiments.

von Robert Andreasch

Am 6. März 2014 kamen über 100 SympathisantInnen zur Wahlkampfveranstaltung »Europa am Scheideweg« der »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Münchner »Hofbräukeller«. Zum Publikum gehörte auch Emmanuel Bordez, »secretary general« der ultrarechten »Europe of Freedom & Democracy« (EFD)-Fraktion im europäischen Parlament sowie Benjamin Nolte, zu diesem Zeitpunkt noch stellvertretender Bundesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA). Beim »Burschentag 2010« in Eisenach hatte der Burschenschafter der »Danubia München« einen rassistischen Skandal ausgelöst, als er einem schwarzen »Bundesbruder« öffentlich eine Banane überreichte. Am 29. März ist Nolte von seinem Amt zurückgetreten. Wilfried Biedermann (München) begrüßte die Anwesenden. Ende der 1990er Jahre war er Kreisvorsitzender beim »Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland« (BfB), dessen früheres Präsidiumsmitglied Bruno Bandulet (Bad Kissingen) heute ebenfalls die bayerische AfD unterstützt.

Zuerst referierte Ewald Stadler, einst Politiker der österreichischen Rechtsaußenparteien FPÖ und BZÖ. Stadler zeigte das Bild eines Kunstwerks aus einem Gebäude der Europäischen Union und legte gegen Freimaurer los: »Für jeden Eingeweihten sofort erkennbar: aha, da bin i daheim, mit dem blauen Schurz, ja, nämlich das Winkeleisen. Darauf die Bruderkette. Unter dem Winkeleisen und der Bruderkette is a Weltkugel, damit man weiß, unter wessen Kontrolle und Macht die Welt zu stehen hat [...] Dieser Geist möchte sozusagen eine von den Nationen und von allen Werten losgelöste neue Weltordnung einrichten«. Das europäische Parlament dürften »wir Europäer [...] nicht zu einer Quatschbude für die Amerikaner verkommen lassen«. Die Europäische Union müsse eine christliche, abendländische Einrichtung sein, die Türkei habe »natürlich« nichts in der Union verloren. Was alles genauso beklatscht wurde wie Stadlers Verfolgungsangst: »Das was ich Ihnen jetzt gesagt habe, wird wahrscheinlich in a paar Monaten oder in paar Jahren schon strafbar sein [...] sie dürfen dann bestimmte Dinge nicht mehr sagen, bis hin zum sogenannten Antiziganismus, sie dürfen dann zum Zigeuner nimmer Zigeuner sagen«.

Der zweite Referent des Abends, Karl Albrecht Schachtschneider (Berlin), zeigte sich angetan: »Ich kann nur sagen, dass ich ausdrücklich jeden Satz gut finde«. Obwohl er vor allem staatsrechtliche Fragen behandelte, streifte auch er einige rechte Dauerbrenner. Schachtschneider beklagte beispielsweise, dass eine »OneWorld« geschaffen werden solle und verwies auf Thilo Sarrazin (»Der Moralismus, unter dem wir so schrecklich leiden, der von der Meinungsäußerungsfreiheit und der Redefreiheit nur wenig übriglässt«). Das Publikum applaudierte begeistert, auch bei seiner antimuslimischen Schlussbemerkung über eine »Islamisierung« durch die »Macht der Bäuche«.

Der Landesvorsitzende

Der AfD-Landeschef André Wächter (München) war an diesem Abend nicht anwesend. Gewählt hatten ihn die Delegierten im vorigen Jahr auf dem Parteitag in Eibach, als sich der Landesverband zutiefst zerstritten präsentierte und der Bundesbankmitarbeiter eine Art Konsenskandidat für die verfeindeten Grüppchen darstellte. Politische Aussagen Wächters sind sehr selten, es gibt zum Beispiel aus dem Kommunalwahlkampf nur eine einzige Pressemitteilung von ihm: »Eine Zuwanderung nur zum Zweck von den Sozialleistungen in Deutschland zu profitieren, lehnen wir aber strikt ab.«, heißt es darin.

Kein Einzelfall

Die rechten Tendenzen von München sind kein Einzelfall: Die Gewerkschaft »ver.di« machte im Januar 2014 in Nürnberg eine Vielzahl rechter facebook-Postings des lokalen AfD-Vorsitzenden Martin Sichert öffentlich. Zum 8. Mai 2012 hatte er beispielsweise geschrieben: »kein Tag des Sieges, ein Tag der Trauer. Einen Tag des Sieges zu feiern nach einem Krieg, aus dem die zwei größten Massenmörder des 20. Jahrhunderts als Sieger hervorgingen halte ich für extrem makaber«. Und die bayerische »Junge Alternative« unter Tobias Matthias Peterka (Bayreuth) polemisiert aktuell auf ihrer Homepage gegen Feminismus: »Aber der Hypertrophie des Gendermainstreaming, welche dem verzweifelten Epigonentum von zuspätgekommenen Wochenendrevoluzzern zu entspringen pflegt, laufen wir sicher nicht hinterher«.

Wahlergebnisse

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 schnitt die AfD in Bayern mit 4,3 Prozent der Zweitstimmen im Vergleich zum Bundesgebiet unterdurchschnittlich ab. Bei den Kommunalwahlen im März 2014 gewann sie jedoch erste Mandate: in Forchheim (1 Sitz), in Vaterstetten (gemeinsame Liste mit der »Freien Bürger Union«, 2 Sitze), in Augsburg (4 Sitze) sowie im Kreistag des Landkreises Ebersberg (2 Sitze). In München, wo die AfD mit rechten und antimuslimischen Parolen (»Integration ist Bringschuld«, »religiöse Großbauprojekte nur bei Zustimmung der Anwohner«) geworben hatte, zogen André Wächter und Fritz Schmude in den Stadtrat ein. Schmude gehörte bis März 2014 der extrem rechten »Bürgerbewegung Pax Europa« (BPE) an. Im Bezirksausschuss München-Feldmoching trat Martin Zech kurz nach der Wahl von der CSU zur AfD über: »Den Linksruck der Union kann ich nicht länger mittragen«, begründete er seine Entscheidung. Plakate mit rassistischen und nationalistischen Parolen sollen in Bayern nun auch zu einem Erfolg der AfD bei der Europawahl beitragen: »Washington spioniert – Brüssel diktiert – Berlin pariert«, »Vielfalt statt Gleichmacherei« und »Zuwanderung braucht klare Regeln«.

Die Freiheit, die ich meine

Thilo Sarrazin hat ein neues Buch über »die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland« geschrieben. Die mediale Rezeption ist im Vergleich zu seinem Skandalwerk »Deutschland schafft sich ab« geringer.

von Margarete Schlüter



^ *SPD-Rechter Sarrazin im März in Berlin – die Veranstaltung wurde verhindert*

Eifrig bewarben etablierte Zeitungen wie »Die Welt«, die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und »Die Zeit« Thilo Sarrazins neues Buch »Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland« schon vor der Veröffentlichung. In dem knapp 400-seitigen Buch knüpft er an seinen Bestseller »Deutschland schafft sich ab« von 2010 an, indem er unter Berufung auf freie Meinungsäußerung sozialdarwinistische, klassistische und biologistische Muster aufgreift. Am 21. Februar 2014 brachte die »Bild« einen Vorabdruck eines Kapitels des Buches. Am 24. Februar erhielt der Autor dann in Berlin im Haus der Bundespressekonferenz das Wort. Ein Ort mit dem Anspruch, »Pressekonferenzen mit maßgeblichen Personen aus Politik, Wirtschaft und Kultur« durchzuführen. Dort stellte er vor jenen sein Buch vor, von denen er sich in der Vergangenheit besonders missverstanden und geächtet fühlte: den JournalistInnen. Dabei blendet Sarrazin aber aus, dass in der knapp sechswöchigen Debatte um sein Erstlingswerk »Deutschland schafft sich ab« nach einer Phase der Empörung und Kritik auch wohlwollende Kommentare zu lesen waren. Auch über das neueste Werk – publiziert bei der »Deutschen Verlags-Anstalt« mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren – ist in den Medien erneut breit diskutiert worden.

Mediale Rezeption

Die intensive mediale Rezeption des neuen Buches dauerte knapp zwei Wochen und war, wie »Die Zeit« zutreffend schrieb, »weniger von Kritik denn mit Desinteresse und Spott« gekennzeichnet. Vielfach wurde Sarrazin gekränkte Eitelkeit unterstellt und der Buchinhalt selektiv wiedergegeben, jedoch ohne Kritik am Inhalt. Doch ein solches Verfahren oder die im »Neuen Deutschland« geforderte Strategie der Ignoranz lässt die Aussagen Sarrazins unhinterfragt stehen. Damit wird es möglich, dass seine Positionen Teil öffentlicher Diskurse werden. Mit Berufung auf die freie Meinungsäußerung diskriminiert und reduziert er Menschen auf ihr augenscheinliches Geschlecht, ihre sexuelle Orientierung, ihre Klassenzugehörigkeit, ihre Religion und Kultur. Daher ist es zu begrüßen, wenn solchen Äußerungen auf unterschiedlichen Ebenen begegnet wird. So entlarvte der Politologe Frank Decker in einem Interview mit »Deutschlandradio Kultur« Sarrazin als einen Rechtspopulisten. Dies begründet er damit, dass Sarrazin sich gegen einen Teil der Elite wende, gegen eine »aus seiner Sicht linksliberale [...] Meinungselite [...], die insbesondere das Mediensystem« beherrsche. Zudem vertrete »er rechte Positionen insbesondere in Fragen des Multikulturalismus und der Zuwanderungspolitik«. Sarrazins politische Lösungsvorschläge seien in der Mehrzahl rückwärtsgewandt und trügen zu keiner Problemlösung bei. Christoph Baumgarten vom »Humanistischen Pressedienst« hielt resigniert fest, dass der »Zug […] abgefahren« sei: »Die falschen Fakten sind längst zu Mythen geworden, die im Raum kursieren, von Forum zu Forum, Stammtisch zu Stammtisch, tradiert und bei Bedarf gesteigert werden, bis sie als unumstößliche Wahrheiten gelten.« Zudem seien die Positionen von Sarrazin beispielhaft für gesellschaftlichen Rassismus. Um eine Diskurshegemonie durch eine andere zu ersetzen, bedürfe es Zeit sowie entsprechender politischer und gesellschaftlicher Kräfte, die es derzeit jedoch nicht gebe.

In der Onlineausgabe von »der Freitag« wurde die mediale Rezeption der »teilweise absurden Auffassungen« als fragwürdig begriffen. Schließlich müssten MedienvertreterInnen sich verantwortungsbewusst fragen, »wem sie eine Plattform und wie lange bieten wollen«.

Der »konkret«-Autor Felix Klopotek hat das Buch als »eine Antikritik, eine Antwort auf die liberale Polemik gegen Deutschland schafft sich ab« begriffen. Sarrazin wolle mit allen KritikerInnen und einer vermeintlich überwiegend links geprägten Medienlandschaft abrechnen. Diese sei getrieben von einer ‹Religion des Gleichheitswahns› und tabuisiere Unterschiede zwischen den Menschen. Sarrazin leitet daraus die »Vierzehn Axiome des Tugendwahns« ab, die der Migrationsexperte Klaus Jürgen Bade zutreffenderweise als Meinungskarikaturen bezeichnet.

Lobende Worte

Zustimmung erhielt Sarrazin mit seiner Behauptung, dass es innerhalb der Medien eine Schweigespirale gebe: Von »verdeckte[n] Formen der Formierung und Meinungskontrolle« (»der freitag«) sowie Konformitätsdruck (»SWR«) ist die Rede. Und der »öffentliche Diskurs [befinde sich] in einem erbärmlichen Zustand« (»Deutschlandradio Kultur«). Rechte Medien bliesen in ein ähnliches Horn. Das Monatsmagazin »Zuerst!« machte eine Deutschland dominierende »political correctness« aus und »Kopp online« zufolge herrsche in Deutschland eine Meinungsdiktatur. Die neurechte Zeitschrift »eigentümlich frei« erkannte in dem Buch einen »präzise[n] und nüchterne[n] liberale[n] Beitrag« zur Meinungsfreiheit. Und die NPD meinte, es seien »unbequeme Wahrheiten für die bundesdeutschen Gesinnungswächter«, die Sarrazin präsentiere.

Allein die breite Rezeption des Buches erlaubt es nicht, von eingeschränkter Meinungsfreiheit in Deutschland zu reden. Vielmehr handelt es sich bei Sarrazins Argumentation um eine rechtspopulistische Strategie, um unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit bestehende gesellschaftliche Diskriminierungen zu verfestigen.

Zentrum geschlossen

Die Beschränkung auf publizistische Arbeit mit der »Blauen Narzisse« reichte Felix Menzel nicht mehr. Mit einem eigenen Zentrum wollte der Vorsitzende des »Vereins Journalismus und Jugendkultur Chemnitz« eine breitere Öffentlichkeit erreichen und zugleich Anlaufstelle sein.

von Andreas Speit

Im Dresdener Stadtteil Am Weißen Hirsch hat das »Zentrum für Jugend, Identität und Kultur« seinen Sitz schließen müssen. Am Lahmannring 18a hat der bayerische Hauseigentümer ein Schild aufhängen lassen, dass dort wieder Büro- oder Praxisräume zu vermieten seien. »Ich habe das Mietverhältnis beendet«, bestätigt der Eigentümer.

Kein Jahr konnte das »Zentrum« um Felix Menzel von der sächsischen Landeshauptstadt aus seinen Kampf für die »Reinhaltung der abendländischen Kultur« im vorpolitischen Raum ausfechten. Am 1. Juli 2013 hatte Menzel das »Zentrum«, dessen Träger der »Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V.« war, eröffnet. Mit den NachbarInnen, sagte der 27-Jährige im Sommer der taz, hätte er gerne eine »Gartenfete« gefeiert. Die anderen MieterInnen im Haus waren über den neuen Mieter, der sich in seiner Heimatstadt in der »Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz« stark engagierte, allerdings wenig erfreut. Die Stimmung im Haus erreichte auch den Eigentümer.

Vor Ort trat Menzel bemüht freundlich und politisch moderat auf. Vor zehn Jahren gründete er die Internetzeitung »Blaue Narzisse« (BN), die sich selbst einer »liberal-konservativen-neurechten Szene« zurechnet und an SchülerInnen, StudentInnen und junge Intellektuelle adressiert ist. Die Verteilung der Druckfassung war früher an Schulen in Chemnitz verboten. Die »Pennale Burschenschaft« ist bis heute umstritten. Auf eine kleine Anfrage der »Linken« im Dresdener Landtag antwortete das Landesinnenministerium am 29. März dieses Jahres, dass diese »Pennale Burschenschaft« von September 2004 bis April 2006 vom Verfassungsschutz Sachsen beobachtet wurde. Mehrere Veranstaltungen hätten in »einem rechtsextremen Zusammenhang« gestanden. Der Staatsregierung würden noch »weitere Erkenntnisse« vorliegen, hieß es weiter, »deren Mitteilung jedoch überwiegende Belange des Geheimschutzes [...] entgegenstehen«.

Auf dem Internetportal der BN zeigt sich deren Stoßrichtung. Groß präsentiert wird seit April dieses Jahres das aktuelle Buch von Akif Pirinçci »Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderung«. Seit Wochen ist Pirinçci der neue Star der »Neuen Rechten«. Seine Ausfälle gegen die »Grünen«, die eine »Mischung aus ‹Schämt euch!›-Attitüde, Technikfeindlichkeit, Kindersex-Sehnsüchten, Selbsthass« präsentierten, gegen »Ausländer«, die sich nicht »anständig« benehmen und integrieren würden, gegen die durch »feministisch-pazifistische Gehirnwäsche« »schwanz-schwachen deutschen Jungmänner«, und die »absurde Medienwelt«, in der »der gesunde Menschenverstand« ausgeschaltet sei, gefallen in diesem Milieu. Bei der BN weiß Max Erdinger unter dem Titel »Pirinçci kotzt uns frei«, was nun zu tun sei: »Konservative Autoren sollten endlich aufhören, bieder und höflich zu schreiben«. Marc P. Ihle indes beklagt: »Das Europawahlprogramm der CDU bietet wenig Substanz und birgt Enttäuschungen. Droht dem bürgerlichen Lager die Balkanisierung mit einer starken AfD? Ein weiterer Linksrutsch scheint unausweichlich.« Auf 120 AutorInnen will die BN zurückgreifen können.

In den Regalen im Souterrain standen die Bücher ihrer ideologischen Vorbilder, der »Konservativen Revolution«, einer antidemokratischen Strömung der Weimarer Republik, die in diesen Kreisen nicht als teilweise mitverantwortliche intellektuelle Wegbereiterin des Nationalsozialismus betrachtet wird. Mit den Neonazis und der extremen Rechten, will Menzel nichts gemein haben – nach außen hin. Für die NPD und ihre »Pseudointellektuellen« wie Jürgen Gansel hat er, der in Halle Politik und Medienwissenschaft studierte, nur ein mitleidiges Lächeln übrig, verschweigt jedoch, dass die Distanz gar nicht so groß ist: Bei der Weihnachtsfeier des »Wartburgkreis Boten«, eines NPD-Regional-Blattes, war der Vater von zwei Kindern als Referent geladen. Am 10. Dezember 2011 sollte er laut Einladung in Eisenach über das Thema »Der Einbruch der Wirklichkeit in die heile Medienwelt. Warum Ausländergewalt ein Schlüsselthema ist.« referieren. Von 16.00 bis 17.30 Uhr hieß es in der Einladung, die der NPD-Kader Patrick Wieschke, 2002 verurteilt unter anderem wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und einer Sachbeschädigung, heute Bundesorganisationsleiter und Thüringischer Landesvorsitzender der Partei, unterschrieben hat. Das Thema verwundert nicht. In der Einladung wird darauf hingewiesen, dass Menzel Redakteur des Portals »DeutscheOpfer.de« sei, das Gewalt gegen Deutsche bewusst der Gewalt gegen »Ausländer« gegenüberstellt, um von einer großen antideutschen Bedrohung und übertrieben dargestellter rassistischer Alltäglichkeit sprechen zu können. Heute wird Menzel auf der Webseite als »Redakteur für den Chronikteil« angeben.

Das Portal zählt zu dem Netzwerk des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) mit Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt, bei dem Menzel mitwirkt, und das selbst über NPD-Kontakte verfügt: Gründungsmitglied Götz Kubitschek sprach 2010 offen auf dem Portal »Sezession im Netz« über die Schulung des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer.

»Dieses Netzwerk hat sich früher als ‹Neue Rechte› bezeichnet«, sagt Fabian Virchow, Leiter der Forschungsstelle Rechtsextremismus/Neonazismus an der FH-Düsseldorf. Ihre »Strategie ist eine Strategie der Beeinflussung der Eliten und des medialen Diskurses«. Als Schritt in diese Richtung dürfte der Vortrag von Felix Menzel am 11. Februar 2014 bei der »Alternative für Deutschland«/Mittelsachsen gewertet werden. Der Umdeutung von Begriffen und der Einflussnahme auf demokratische Parteien werde eine deutlich größere Rolle zugeschrieben als eigenen Parteibildungsprojekten, so Virchow.



»Wer ist John Galt?«

Im Straßenbild einiger westdeutscher Großstädte verleiten Aufkleber mit seltsamen Inhalten zur Spurensuche.

von Jens Breuer

»Wer ist John Galt?«, schallt einem die Frage von einem Straßenschild entgegen. Wer? Der schlichte, rechteckige Aufkleber gibt keine Auskunft. Jegliche Hinweise fehlen. Dabei soll hier kein Rätsel formuliert werden, sondern ein Statement, eines, das in Deutschland wohl nur wenige verstehen.

»Wer ist schon John Galt?«, mit dieser zynisch gemeinten Frage wird der Roman »Atlas Shrugged« eröffnet, der 1957 von der US-Amerikanerin Ayn Rand (1905-1982) veröffentlicht wurde. Zwei Jahre später, 1959, erschien er im Holle-Verlag auf Deutsch, unter dem Titel »Atlas wirft die Welt ab«. Während das Buch in den USA zum Bestseller avanciert, von dem es heißt, es sei das meist gekaufte Buch, war die Nachfrage in Deutschland spärlich. 2012 erschien im »Verlag Kai M. John«, München, eine neue Übersetzung mit dem Titel »Der Streik«. Das Epos umfasst in dieser Fassung 1.259 Seiten. Im Mittelpunkt steht die Unternehmerin Dagny Taggart, die mit ihrem Bruder James die Eisenbahnlinie »Taggart Transcontinental« führt. Er ist ein Lebemann, der über seine Kontakte zu den führenden PolitikerInnen und den MeinungsführerInnen des Landes Vorteile für sich und die Firma sichert. Dagny hingegen ist ehrgeizig, stets bestrebt durch eigene Arbeit und Qualität die Firma erfolgreich zu betreiben und auszubauen. Es herrschen schwierige Zeiten, das Land geht zunehmend vor die Hunde. Die Frage, wer John Galt sei, ist dabei eine Art Ausdruck für ›wen interessiert's‹ – Dagny interessiert es. Entlang ihres Kampfes gegen den voranschreitenden Abstieg ihrer Firma, der Wirtschaft, des Landes wird die Geschichte entwickelt – mit langen Dialogen und unterschiedlichsten Handlungssträngen. Das Buch, eine zentrale Inspirationsquelle der US-amerikanischen Rechten, ist keine politische Kampfschrift im herkömmlichen Sinne, sondern ein literarisches Epos, das die Gesellschaftskritik in die Geschichte einbettet und mitunter in Metaphern gefasst ist. Und es ist ausschweifend, Monologe ziehen sich über Seiten.

Am Anfang des Buches erinnert sich Eddie Willers, Dagnys engster Mitarbeiter, an eine Episode aus seiner Kindheit. Eines Nachts war eine Eiche von einem Blitz getroffen worden. »Sie lag entzweit am Boden, und er blickte in ihren Stamm wie in die Mündung eines schwarzen Tunnels. Der Stamm war nur noch eine leere Hülle, sein Kern war längst weggefault.« Ebenso verhalte es sich mit der Gesellschaft. Sie sterbe von innen heraus. Der Grund: Leistungsstarke UnternehmerInnen werden in ihrer einzig am Eigennutzen orientierten Arbeit von der Gesellschaft behindert, deren PolitikerInnen und MeinungsführerInnen diesen Antrieb als puren Egoismus verurteilen. Opportun sei es einzig, sich am Allgemeinwohl zu orientieren. Überspitzt und stereotypisch stehen hier also Radikallibertäre und RadikalsozialistInnen gegenüber. Nur ist das Handeln letzterer nicht wirklich egalitären Vorstellungen verpflichtet, sondern besteht einzig in dem Wunsch nach eigenem Machtgewinn – nicht durch eigene Arbeit, sondern über Netzwerke gegenseitiger Vorteilnahme, Bestechung und vor allem Erpressung. »Wir sind auf Macht aus, und wir meinen es ernst«, erklären sie dem Unternehmer Hank Rearden. Und weiter, dass das herrschende System auf Schuld aufbaue: »Es gibt keine Möglichkeit, unschuldige Menschen zu kontrollieren. Die einzige Macht, die eine Regierung hat, liegt darin, gegen Kriminelle vorzugehen. Und wenn es nicht genug Kriminelle gibt, dann macht man eben welche. Man erklärt so viele Dinge zum Verbrechen, dass es für die Menschen nicht mehr möglich ist zu leben, ohne Gesetze zu brechen. Wer will schon einen Staat mit gesetzestreuen Bürgern? Wer hat etwas davon? Aber verabschieden Sie Gesetze, die weder beachtet noch umgesetzt noch objektiv interpretiert werden können, und Sie schaffen eine Nation aus Gesetzesbrechern – dann profitieren Sie von der Schuld.« Manche UnternehmerInnen spielen bei diesem Spiel gerne mit, andere nicht. Die, die sich dem Intrigenspiel verschließen, gehen zu Grunde oder verschwinden plötzlich, nicht ohne mit einem letzten Akt ihr Werk (eine Erfindung, Bergwerk, Firma, Fabrik) zu zerstören. Diese Verweigerung liegt dem Titel des Buches zugrunde. Der Titan Atlas, aus der griechischen Mythologie, der die Welt auf seinen Schultern trägt, ist dazu nicht mehr gewillt. Die ›Schaffenden‹ treten in den Streik. Nicht nur ›die Bosse‹, sondern auch abhängig Beschäftigte, die für ihre Leistung und ihr Können einen entsprechenden Lohn erwarten. So einer war John Galt, Ingenieur in einer Motorenfabrik, die der Belegschaft von den Erben geschenkt wurde. Gemeinsam beschlossen sie, dass alle entsprechend ihren Fähigkeiten arbeiten, aber entsprechend ihren Bedürfnissen entlohnt werden sollten. Dieser ›leistungsungerechten‹ Bezahlung verweigert sich Galt: »Ich werde den Motor der Welt anhalten.«, droht er, taucht unter und lässt seinen Worten Taten folgen. Er ist es, der die UnternehmerInnen zur Aufgabe überredet, um dieses System nicht weiter zu unterstützen. Als Ausflucht bietet er ihnen ein rein kapitalistisches, ein neoliberales Utopia an, das geschützt und von der Welt abgeschirmt in einem Tal in oder nahe bei den Rocky Mountains liegt. JedeR arbeitet nur für seinen oder ihren Profit. Transferleistungen gibt es nicht. Unterdessen geht die Welt ›da draußen‹ unter. Tausende, Millionen sterben, kann zwischen den Zeilen herausgelesen werden. Die Schuld der MachthaberInnen, nicht der UnternehmerInnen, so die Botschaft.

Ayn Rand, die in der Sowjetunion aufgewachsen ist und 1926 in die USA auswanderte, entwirft mit ihrem Roman einen radikalen Gegenentwurf zum zentralistischen realsozialistischen Staat. Unter Rechtskonservativen, Libertären und jenen, die den Staat auf ein absolutes Minimum

beschränken wollen und das Individuum als eigenverantwortlich in allen Lebenslagen erachten, genießt die Philosophin in den USA Kultstatus und beeinflusst die Tagespolitik. In der Debatte um Obamas Gesundheitsreform las der texanische Senator Ted Cruz (Republikaner) im Rahmen seiner 21-stündigen Rede, oder besser Anklage, gegen »Obamacare« am 25. September 2013 auch aus »Atlas Shrugged« vor und zog mehr als Parallelen zwischen dem Reformvorschlag und der Fiktion. Für einen Vertreter des »Tea Party«-Flügels (s. drr Nr. 138) in der Partei nicht ungewöhnlich. Dass das Buch dort AnhängerInnen finden kann, leuchtet ein in Anbetracht der Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung: für wirklich viele BürgerInnen Ausdruck des ›kommunistischen Regimes‹ Washingtons unter Barak Obama.

Eingedeutscht

Doch woher kommt der Aufkleber mit der Frage nach der Identität John Galts in deutschen Gefilden? Verkauft wird er vom »LibertyStore.de« der »Winter u. Krammig GbR« mit Sitz im hessischen Mainhausen. 100 Stück kosten hier 8,49 Euro. Es ist nicht das einzige Motiv, das sie führen. »Steuern sind Raub«, heißt es auf einem anderen. Die »Produktbeschreibung« erläutert: »Die Zwangserhebung von Steuern stellt eine Form der Enteignung (Raub) dar, welche mit dem prinzipiellen Recht auf Eigentum nicht vereinbar ist. Das gewaltsame Entreißen von Eigentum, welches durch die eigene Arbeitskraft erwirtschaftet wurde, gleicht der Entreißung der Arbeitskraft selbst.« Es ist die Sprache US-amerikanischer Libertärer, die sich hier widerspiegelt. Ein drittes Motiv ist gedacht, um »freiheitsfeindliche Propaganda« zu überkleben: »Totalitäre Strukturen auflösen. Roten und brauen Sozialismus ablehnen! Für die individuelle Freiheit«, heißt es noch. Daneben ein verfremdetes Logo der »Antifaschistischen Aktion«, auf dem »Libertäre Aktion« steht. Die rote Fahne im Vordergrund ›schmückt‹ eine Klapperschlange samt dem Slogan »Dont tread on me« (»Komm mir nicht zu nahe«) und ist der »Tea Party« entlehnt – wie vieles andere auch. Ein im Webshop erhältliches T-Shirt trägt den Aufdruck: »End Gov«. ›Gov‹ als Kurzform für ›government‹, Regierung. Beworben wird es mit dem Slogan, wiederum auf Englisch: »The difference between government and pizza is that I asked for pizza.« Auf ihrem Facebook-Account präsentieren sie ähnlich den »Identitären« kleine Bildchen mit Slogans und Zitaten. Eines zitiert Murray Rothbard: »Wenn Du wissen möchtest, wie Libertäre den Staat und all seine Handlungen betrachten, stelle dir den Staat als eine kriminelle Bande vor, und schon ergeben sich auf logische Weise alle libertären Standpunkte von selbst.« Bei so viel Staatsfeindlichkeit sollten ›ExtremismustheoretikerInnen‹ im Grunde aufhorchen. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die hier immanent vertreten werden, müssten eigentlich zur Definition einer neuen ›Extremismusform‹ führen. Doch warum jenseits dessen mit dem Thema beschäftigen? Zunächst, die Gesellschaft, die ihnen vorschwebt, ist zutiefst asozial. Die Abwertung von Menschen gehört zum System. Die »Libertäre Aktion« gibt auf ihrem Facebook-Account zwar den US-amerikanischen Libertären Ron Paul wie folgt wieder: »Libertarians are incapable of being racist because racism is a collectivist idea.« (»Libertäre sind nicht in der Lage rassistisch zu sein, weil Rassismus eine kollektivistische Idee ist.«). In der Logik von Radikallibertären müsste das auch zutreffen. Doch sobald die Rede auf Kosten im Kontext von Einwanderung kommt, bricht ihre Fremdenfeindlichkeit deutlich heraus. Das zeigt sich in den USA bei der »Tea Party«. Und wem dieses Spektrum in Deutschland nahe steht, offenbart ein Blick in das Monatsmagazin »eigentümlich frei«, das Heft für mehr oder weniger libertäre Ideen. Tatsächlich werden hier Radikalliberale hofiert. Gleichwohl finden in dem Heft auch VertreterInnen des »Instituts für Staatspolitik« ihren Platz, jene, für die der Staat, die Gemeinschaft an vorderster Stelle steht.

Mehr als Theater

Es wundert auch nicht, dass das Magazin der Inszenierung »Der Streik« am Kölner Schauspielhaus großes Interesse entgegen bringt. Passend schreibt Autor Dominic Röltgen in seiner Einleitung, dass das Stück »vor allem thematisch […] die deutsche Theaterwelt, die in erster Linie sehr linkslastig ist, gehörig auf den Kopf« stelle – es geht zunächst also wieder um einen vermeintlichen Tabubruch, der Interesse weckt. Die Produktion, die erste des neuen Intendanten Stefan Bachmann und neuen Chefdramaturgen Jens Groß, ist gewaltig ausgefallen und nutzt die gesamte



Bühne in einer ehemaligen Fabrikhalle. Wieder und wieder haben sie das Skript eindampfen müssen, erzählt Bachmann im Anschluss an eine Vorstellung. Vier Stunden Theater bilden die Essenz der über 1.200 Seiten. Im Publikumsgespräch macht vor allem Bachmann deutlich, wie ihn die Lektüre irritiert hat – und wie er Rand aufgesessen ist. »Die allgemeingültigen und zeitlosen Beobachtungen in dem Buch finde ich auch am spannendsten«, sagt er: »Beispielsweise die Mechanismen, wie Politik funktioniert. Wie viele Dinge so zerrieben werden, ist tatsächlich auch das Quälende an der Demokratie – ihr Fluch und Segen. Da steckt sie auf jeden Fall einen Stachel hinein.« Nicht nur den Stachel, Rand lehnt Politik ab. PolitikerInnen sind für sie das Gegenteil der ›heldenhaften‹ UnternehmerInnen. Sie kommen an keiner Stelle in ihrem Buch gut weg. Und noch eines hat Bachmann gelernt: »Das andere, woran das Buch erinnert, ist für mich, wie schnell wir dazu tendieren, Verantwortung an die Politik abzugeben. Ich denke, egal wie arm oder reich man ist, man kann eigentlich immer selbst Verantwortung für sein eigenes Leben übernehmen.« Keine Aussage zeigt besser, wie es um die reflexiven Fähigkeiten des Intendanten bestellt ist, der hier neoliberaler respektive libertärer Ideologie aufsitzt. Doch zumindest hinsichtlich seiner eigenen Sparte ist ihm bewusst, welche Konsequenzen sie in sich trägt: »Das Lustige ist ja, dass wir vom Theater hier ja eigentlich aus einer absurden Situation heraus argumentieren, denn uns würde es von Randschen Gesichtspunkten aus betrachtet gar nicht geben.« Und auch eine »Libertäre Aktion« dürfte es nach libertärer Vorstellung nicht geben. Wessen Credo ›mir geht nichts über mich‹ ist, kann wohl kaum versuchen, in einer Gruppe gemeinsame Interessen zu verwirklichen. Das ist ein offenkundiger Widerspruch, der den Zuspruch wohl stets auch limitieren wird.

»Wiener Akademikerball« floppt

Der »Wiener Akademikerball« extrem rechter Studentenkorporationen war 2014 wegen der geringen BesucherInnenzahl und des Fernbleibens Prominenter ein Reinfall. Die anschließende öffentliche Auseinandersetzung wird nun von Debatten über »linksextreme« Gewalt begleitet.

von Judith Goetz

Nur noch 400 bis 600 BesucherInnen kamen am 24. Januar 2014 zum »Wiener Akademikerball« in die Hofburg. Seit 1952 hatte der »Wiener Korporationsring« (WKR), ein Dachverband deutschnationaler Burschenschaften, jedes Jahr den Ball ausgerichtet. Teilweise nahmen bis zu 3.000 Personen teil. Doch schon im vergangenen Jahr waren es bloß noch etwa 1.000. Immer lauter wurde die Kritik daran, dass der Ball mit zahlreichen VertreterInnen der extremen Rechten im repräsentativsten Gebäude der österreichischen Republik stattfindet. Die Betreibergesellschaft der Wiener Hofburg reagierte darauf und sagte den Saal 2012 für künftige Veranstaltungen ab. Daraufhin sprang die Wiener Landesgruppe der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) als Mieterin der Räume ein, nannte den Ball in »Akademikerball« um und ermöglichte so die Fortführung am gewohnten Ort.

Tiefpunkt

Zwar lassen sich in Österreich zahlreiche Überschneidungen zwischen deutschnationalen Burschenschaftern und der FPÖ feststellen, zahlreiche Abgeordnete der Partei sind Korporierte. Dennoch dürfte der Umstand, dass der Ball nun von einer Partei ausgerichtet wird, in burschenschaftlichen Kreisen nicht von allen goutiert werden: »Vor allem die Deutschen weigern sich, eine FPÖ-Veranstaltung zu beehren. Dem tat auch die Werbetour des ballverantwortlichen Udo Guggenbichler keinen Abbruch«, sagte Heribert Schiedel vom »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands« (DÖW). Zudem hatten in den vergangenen Jahren international bekannte Größen der extremen Rechten, wie der Gründer der »Kontinent Europa Stiftung« Patrick Brinkmann oder die PolitikerInnen des französischen »Front National« Bruno Gollnisch, Jean-Marie und Marine Le Pen sowie VertreterInnen der »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«), der NPD oder der »Lega Nord« den Ball besucht. Aber auch derartige braune Prominenz blieb in diesem Jahr aus, wie Schiedel bestätigt: »Während der harte Kern der deutschen Burschenschaften, mehrheitlich in der BG (Anm. d. Red.: »Burschenschaftliche Gemeinschaft«) mit den ‹ostmärkischen› verbunden, dem Ball weiter treu blieb, glänzten insbesondere die auswärtigen Corps durch Abwesenheit.« Insofern lässt sich die Kritik am Ball als bedeutendes Vernetzungstreffen der europäischen extremen Rechten, das es in der Vergangenheit zweifellos war, nur mehr bedingt halten. Die Proteste, die inzwischen von zahlreichen Organisationen getragen werden, haben in Österreich zu einer Verschlechterung des Meinungsklimas gegenüber Burschenschaftern beigetragen.

»Linksextremismus-Diskussion«

Spätestens seit der Etablierung der Proteste gegen den Ball verstärken sich in Österreich Tendenzen, die bereits aus Deutschland bekannte Debatte um »Extremismus«, nach der die Gesellschaft in einem Hufeisen-Modell mit einer vermeintlich neutralen »Mitte« und ihren »extremistischen« Rändern gedacht wird, voranzutreiben. Bis vor kurzem fand sich die Gleichsetzung von »Linksextremismus« und »Rechtsextremismus« nur in einem Interview mit dem Politikwissenschaftler Anton Pelinka, in Berichten des »Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung« seit 2010 oder in einzelnen Äußerungen der FPÖ. Inzwischen sind jedoch auch österreichische Tageszeitungen gefüllt mit der überzeichneten Rede von »linksextremer« Gewalt. Während in den ersten Jahren der Berichterstattung über die Proteste gegen den WKR-Ball lediglich über »Randalierer«, »Verwüstungen« und »Vandalen« geschrieben wurde, scheinen JournalistInnen nun auf den Zug der FPÖ aufgesprungen zu sein und führen die Debatten über »Linksextremismus« unkritisch fort. Die extreme Rechte wird so verharmlost und AntifaschistInnen werden in »Gut« und »Böse« gespalten. So beispielsweise auch im Zuge des repressiven Vorgehens der Polizei gegen die Proteste gegen den WKR-Ball: Die Demonstrationen 2010 und 2011 wurden alternativlos



^ *Solidaritätsaktion für Josef*

untersagt und 2014 die Kundgebung des bürgerlichen Bündnisses »Jetzt Zeichen setzen!«, in dem sich unter anderem Holocaustüberlebende und die Israelitische Kultusgemeinde engagieren, vor der Hofburg verboten. Nach Demonstrationsverboten, nach Platzverweisen und Sperrzonen und nachdem die Proteste 2011 im Rahmen des gegen Massenproteste gerichteten EU-Forschungsprogramms »Godiac« (»Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe«) beobachtet wurden, hätte man eigentlich glauben können, dass die Repression der Polizei nicht mehr zu toppen wäre. Dennoch hat sie 2014 neue Formen angenommen: Die gesamte Wiener Innenstadt wurde zur Sperrzone erklärt und in neun Bezirken der Stadt mitten im Winter das Tragen von Hauben und Schals mittels eines Vermummungsverbots untersagt. Seit den Protesten sitzt zudem Josef S. aus Jena in Untersuchungshaft. Ihm wird auf Basis einer spärlichen Beweislage unter anderem Landfriedensbruch, die Rädelsführerschaft im Zuge von Sachbeschädigungen während der Proteste gegen den »Akademikerball« sowie der Versuch, Polizisten mit einem Mülleimer anzugreifen, vorgeworfen. Bisherige Freilassungsanträge wurden mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Der Prozess wird frühestens Ende Mai stattfinden. Die Vermutung liegt nahe, dass durch die österreichische Justiz hier ein Exempel gegen das medial und politisch konstruierte Feindbild der deutschen »linksextremen Berufsrandalierer« statuiert werden soll.

Antisemitismus im Comic

Am 28. Januar diesen Jahres nahm die französische Polizei vorübergehend den 32-jährigen Noël Gérard fest. Bekannter ist dieser unter seinem Künstler- und Tarnnamen Joe le Corbeau – »Joe die Krähe«. Aufgrund der Festnahme wurde seine wahre Identität bekannt, die er bis dahin, auch mithilfe gefälschter Führerscheinpapiere, verschleierte.

von Bernard Schmid



Die Staatsanwaltschaft wirft ihm die Aufnahme und Verbreitung eines Fotos vor, das im Herbst 2013 vor der jüdischen Schule Ohr-Torah im südwestfranzösischen Toulouse aufgenommen wurde. Darauf zeigt ein nicht näher identifizierter Mann den so genannten »salut de la quenelle« (»Knödel-Gruß«). Es handelt sich dabei um eine Geste, die in den letzten Jahren durch den französischen Theatermacher, mittlerweile bekannten Antisemiten und Soral-Weggefährten, Dieudonné M'bala M'bala popularisiert wurde. Die ursprüngliche Bedeutung des »Grußes« symbolisiert dabei so viel wie die Absicht, der vorgestellten Gegenseite »einen Knödel tief in den Hintern zu schieben«. Aufgrund der Orte, an denen die Geste oft gezeigt wurde - dazu zählt auch das Mahnmal für die Shoah in Berlin, bei der Alain Soral persönlich in Erscheinung trat - kommt ihm eine offen antisemitische Bedeutung zu.

In diesem Fall war dies ebenfalls eindeutig. Die jüdische Schule Ohr-Torah ist jener Ort, an dem der von djihadistischen Ideen beeinflusste Terrorist Mohammed Merah im März 2012 drei Kinder und einen Lehrer erschoss.

Am 27. März beantragte die Staatsanwaltschaft eine gerichtliche einstweilige Verfügung, um die Schließung der Webseite von Joe Le Corbeau zu erreichen. Über diese verbreitete er Fotos wie das oben genannte, das ihm ein Strafverfahren eintrug, aber auch die von ihm verfassten und im antisemitischen Milieu beliebten Comicbände. Deren Strickmuster bestehen in der Regel daraus, die Titelseiten oder ausgewählte Zeichnungen der populären Bände von »Tim und Struppi« – dem Werk des belgischen Zeichners Hergé – zu entfremden und mit einer antisemitischen Aussage zu verbinden.

Die Rolle des Hauptprotagonisten Tintin (»Tim«) wird dabei regelmäßig mit Dieudonné ersetzt: Er ermittelt und kommt, so die Darstellung, von offizieller Seite verbreiteten »Geschichtslügen« auf die Spur. Der »Kapitän Haddock« aus dem Comic trägt nunmehr die Züge des 47-jährigen rechtsextremen Schriftstellers Paul-Eric Blanrue.

Das Cover von »Objectif six millions« (»Ziel sechs Millionen«) etwa zeigt den Comichelden Tim als Dieudonné und seinen ewigen Begleiter Kapitän Haddock als Blanrue sowie den Professor Robert Faurisson anstelle der Comicfigur des »Professor Bienleins«. Der pensionierte Literaturprofessor ist seit 1979 der wohl bekannteste Holocaustleugner in Frankreich. Für diesen Band wurde Hergés Originaltitel »On a marché sur la lune« (deutsch: »Reiseziel Mond«) abgewandelt. Statt auf die Raketenabschussrampe, die im Originalcomic zu sehen ist, fahren Dieudonné, Blanrue sowie Faurisson auf eine gigantische Baustelle zu. Auf ihr wird eine Riesenfigur gefertigt, unter deren Konturen der, jährlich von Alain Soral und Dieudonné für »Leistungen« in Sachen Geschichtsrevisionismus verliehene, Pokal des »Quenelle d'Or« (»Goldener Knödel«) zu erkennen ist. Aus »Die Juwelen der Sängerin«, dem Titel eines anderen Bands von Hergé, wurde »Die Juwelen von Tel Aviv«.

Die Titelseite von Noël Gérards »L'étoile mystérieuse« (»Der geheimnisvolle Stern«) – dieselbe Überschrift trägt einer der Comicbände von Hergé – ziert eine Globuskugel, an der sich eine männliche Figur mit hässlicher Fratze und gekrümmter Nase festkrallt. Die Furcht einflößende Figur im Zentrum der Zeichnung ist identisch mit jener auf dem Plakat, das in Frankreich unter der Nazibesatzung für den Film »Le péril juif« (»Die jüdische Gefahr«) warb. Es handelte sich um die Übersetzung des NS-Propagandafilms »Jud Süß«.

Inzwischen lebt Noël Gérard, der infolge der Einleitung des Strafverfahrens gegen ihn und der Aufdeckung seiner Identität von seinem früheren Arbeitgeber gefeuert wurde – er war bis dahin als Informatiker im Rathaus von Aix-en-Provence tätig – , überwiegend von seiner so genannten Kunst. Dass ihm die Geldquelle durch den Verkauf antisemitischer Machwerke versiegt, ist jedoch so schnell nicht zu erwarten: Schon Anfang Februar verkündete er bei einer Pressekonferenz, er werde eine neue Webseite einrichten unter dem Namen Croah.fr. Ihr Name bedeutet so viel wie »Krächz«, spielt also auf den Ruflaut von Krähen an. Inzwischen existiert diese neue Webseite, über die auch sein Online-Geschäft unter dem Namen Boutiquenelle, zusammengesetzt aus boutique und quenelle, zu erreichen ist.

Am 4. Mai 2014 sollte Noël Gérard als Stargast neben dem französischen antisemitischen Schriftsteller Alain Soral (»Ich bin nicht rechtsextrem, sondern französischer Nationalsozialist«) auf dem »Europäischen Kongress der Dissidenz« in Brüssel auftreten. Eingeladen hatte der belgische Parlamentsabgeordnete Laurent Louis von der Splitterformation »Debout les Belges« (ungefähr: »Aufrecht, Ihr Belgier!«). Allerdings wurde der Kongress wegen »Gefahr für die öffentliche Ordnung« abgesagt. Auch stellte die »Belgische Liga gegen Antisemitismus« (LBCA) Strafanzeigen wegen antisemitischer Hetze.

Nur eine Haftstrafe würde Noël Gérards antisemitischen Treiben wohl vorläufig ein Ende setzen.

Ultrarechte als Verhandlungspartner

Für die einen sind sie als neue Regierung ein Hoffnungsschimmer und gelten als Partner zur Befriedung, für die anderen sind sie »faschistische Putschisten«. Wer waren und sind die aktiven nationalistischen Kräfte, die in Kiew auf dem Maidan auftraten und in der Übergangsregierung der Ukraine an den Hebeln der Macht sitzen?

von Orest Bindas/Kiew



^ *Olej Tyahnybok mit faschistischem Gruß*

Die Maidan-Bewegung ist hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer ideologischen und politischen Orientierung sehr ausdifferenziert. Geeint ist sie lediglich in ihrer Kritik an dem System Janukowitsch. Das Finanzsystem der Ukraine befand sich vergangenes Jahr an der Grenze zum Bankrott. Die Wirtschaft stagnierte, das politische System stand einerseits unter starkem Druck durch die Oppositionskräfte, andererseits wurde die Macht der Familie, wie die Konzentration politischer und ökonomischer Ressourcen rund um die Angehörigen und das Umfeld Wiktor Janukowitschs genannt wurde, immer stärker. Dessen Regime gab sozial-populistische Parolen aus und versprach eine »sofortige Verbesserung des Lebens«. Da es dazu jedoch nicht das notwendige Kapital gab, demontierte es das soziale System und führte neoliberale und autoritäre Reformen durch. Dies sorgte für breite Unzufriedenheit. Die ersten Proteste gegen Janukowitsch mündeten in der »Orangen Revolution« 2004.

Der Sieg und die weitere Entwicklung nach der »Orangen Revolution« 2004 riefen im nationalistischen Lager starke Enttäuschung hervor. Die aktiven Ultrarechten sahen sich (wieder einmal) durch die Liberalen ausgenutzt, wie es zum Beispiel auch während der Massenproteste 2001 »Ukraine ohne Kutschma« der Fall war. Damals wurden mehr als ein Dutzend Mitglieder der ultrarechten paramilitärischen Organisation UNA-UNSO (s. drr Nr. 120) zu langen Haftstrafen verurteilt. Apathie und Enttäuschung wuchsen täglich, besonders unter denen, die die »Orange Revolution« aktiv unterstützt und auf positive Veränderungen gehofft hatten.

Gesamtukrainische Vereinigung »Freiheit«

Stärkster Bezugspunkt für die nationalistisch orientierten AktivistInnen wurde der Parlamentsabgeordnete Oleh Tyahnybok, der als einziger Abgeordneter der marginalen »Sozial-nazionalna Partija Ukrajini« (»Sozialnationale Partei der Ukraine«, SNPU) im Parlament saß. Er wurde 2004 aus dem Parteienbündnis »Nascha Ukrajina« (»Unsere Ukraine«) des damaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko wegen einer antisemitischen Provokation ausgeschlossen. Tyahnybok wurde im selben Jahr Vorsitzender der SNPU, benannte sie in »Wseukrajinske Objednannja ‹Swoboda›« (»Gesamtukrainische Vereinigung ‹Freiheit›«, WOS) – kurz »Swoboda« (»Freiheit«) – um und forcierte deren Ausbau (s. drr Nr. 129). Seine Partei erhielt umfangreiche Unterstützung. Woher sie stammte, blieb unklar.

Bei den Regionalwahlen 2010 verdrängte »Swoboda« in der traditionell nationalistischen Westukraine die »Vaterlands«-Partei von Julia Timoschenko, der damaligen Ministerpräsidentin. Gestärkt durch diese Erfolge trieb »Swoboda« ihre Verbreitung im Zentrum und Osten der Ukraine voran (s. drr Nr. 129). Sie wurde zum Sammelpunkt der nationalistischen Kräfte und AktivistInnen.

In der Amtszeit Wiktor Juschtschenkos (2005 bis 2010), des Staatspräsidenten nach der »Orangen Revolution«, wurde im nationaldemokratischen und nationalliberalen Spektrum die ideologische Hegemonie des Hurra-Patriotismus ausgebaut. Viele ihrer Kader sind alte Nationalradikale und Neonazis. Diese Spektren kompensierten ihren Mangel an nationalistisch orientierten Intellektuellen im Osten und Süden durch die Kooperation mit Neonazi-Skinheads, Fußballhooligans und -fans, das heißt mit Subkulturen, die unter Jugendlichen relativ populär sind und über eine breite soziale Basis verfügen.

Die Machtergreifung des autoritären und russlandorientierten Wiktor Janukowitsch war ein Geschenk für »Swoboda«. Zum einen marginalisierte er die »Vaterlandspartei« Julia Timoschenkos, zum anderen vernichtete er faktisch die Partei Wiktor Juschtschenkos. Janukowitsch und seine »Partei der Regionen« wurden durch ihre prorussische Orientierung der ideale Feind, nicht nur für die National-Radikalen, sondern auch für die National-Liberalen. Sie sahen in dem engen Verhältnis Janukowitschs zu Russland und der aktuellen russischen Politik die permanente Drohung zur Einschränkung oder sogar Vernichtung der ukrainischen staatlichen Souveränität. Außerdem unterstützte »Swoboda« soziale Proteste, in erster Linie in den Regionen, in denen sie nicht so stark vertreten war und kaum Unterstützung in der Bevölkerung fand. In einigen Städten, wie in Lviv (Lemberg), Ternopil, Simferopol und der Hauptstadt, gelang es ihr, Linke zu bedrängen, die – im Gegensatz zu den Liberalen – nicht mit Neonazis in sozialen Initiativen zusammenarbeiten wollten.

Es gab ständig skandalöse Auftritte von »Swoboda«-Politikern. Durch die permanente Berichterstattung der Medien war »Swoboda« massiv im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, was die Bewegung stärkte. Bei den Parlamentswahlen 2012 erhielt »Swoboda« 10,4 Prozent und war damit im Parlament (»Werchownaja Rada«) vertreten. Ihre Abgeordneten brachten eine Reihe konservativer und reaktionärer Gesetzesprojekte ein, wie zum Beispiel das Abtreibungsverbot oder die Einführung eines Nationalitätenvermerks im Pass. Abgeordnete der Partei wurden wegen fremdenfeindlicher und rassistischer Taten mehrmals belangt. Sie betrieben eine massiv geschichtsrevisionistische Politik in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Straßenkämpfer aus den Reihen der Partei, ihrer offiziellen Jugendstruktur MO «Sokol« (Jugendorganisation »Falke«) und ihrer nicht-offiziellen paramilitärischen Jugendorganisation C 14 unter Führung von Jewhen Karas überfielen mehrmals Linke, soziale AktivistInnen, Homosexuelle und MigrantInnen. »Swoboda« ist eine rassistische Partei, die ethnozentrische und antisemitische Ideen verbreitet, was sich außer im Programm auch in den nichtoffiziellen radikalen und rassistischen Äußerungen und Handlungen von Mitgliedern der »Swoboda« zeigt.

»Swoboda« war Teil des Oppositionsbündnisses »Komitee des Widerstandes gegen die Diktatur«, das sich gegen Wiktor Janukowitsch richtete. Darin waren außerdem die »Vaterlandspartei« Timoschenkos durch den aktuellen Premierminister Arsenij Jazenjuk und die Partei »Udar«



(»Schlag«) durch Wladimir Klitschko vertreten. Charakteristisch für diese Parteien ist, dass sie zum großen Teil einen rein virtuellen Charakter besitzen und über keine aktive Basis verfügen. In »Swoboda« hingegen sind Straßenkämpfer und AktivistInnen organisiert – wodurch sie den Charakter einer »Spezialeinheit der Opposition« erhielt und ihr das Image einer Avantgarde des Straßenwiderstandes während oppositioneller Veranstaltungen einbrachte.
Mit dieser Rolle nahm sie an den Protesten, dem »Euromaidan«, teil. Von Anfang an provozierten und unterstützten Aktivisten von »Swoboda« Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sie lancierten nationalistische Parolen wie »Ruhm der Ukraine!«, »Ruhm den Helden!«, »Ruhm der Nation!« und »Tod den Feinden!«. Sie schufen eine patriotische Hegemonie durch das Singen der Nationalhymne zu jeder Stunde, ständige Andachten sowie das Verwenden staatlicher Symbole. Es kann sein, dass die Teilnahme von »Swoboda« an den Verhandlungen mit Janukowitsch und daraufhin die Versuche, die Menschen auf dem Maidan (zunächst) ruhig zu halten, zu einem Verlust der Unterstützung für »Swoboda« führte. Durch Tyahnyboks Kooperation mit den Liberalen und seine offenkundige Bereitschaft, Vertreter des neuen Establishments zu werden, musste er seine Radikalität und seine Bereitschaft, auf der Straße zu eskalieren, aufgeben. Nach der Flucht Janukowitschs nach Russland wurde die »Swoboda« Teil der neuen Koalition und erhielt eine Reihe wichtiger Posten in der Regierung, darunter das Amt des Vize-Premierministers, und eine Reihe von Gouverneursposten. Die Koalition aus Neonazis, Nationalradikalen, Konservativen und Nationaldemokraten stellt damit, trotz der gefallenen Unterstützung für »Swoboda«, eine ernstzunehmende politische Kraft für das ultrarechte Spektrum dar.

Der »Rechte Sektor« (»Prawij Sektor«)

Der »Rechte Sektor« setzt sich aus VertreterInnen nazistischer, ultrarechter und national-radikaler Organisationen zusammen, die vor allem in der »Swoboda« organisiert waren oder sind. Im Wesentlichen sind das paramilitärische Strukturen wie »Trisub imeni Stepana Bandera« (»Dreizack Stepan Bandera«), »UNA-UNSO«, Vereinigungen von Fußballhooligans und Ultras sowie Straßenneonazis wie »Bilij Molot« (»Weißer Hammer«) oder »Sozial-Nazionalnaja Asambleja« (»Patrioten der Ukraine« / »Sozial-nationale Vollversammlung«).
Anfangs hatten die Protestaktionen der ultrarechten Aktivisten – auch im »Rechten Sektor« sind Frauen organisiert, aber sehr viel weniger, bei Straßenkämpfen sind sie nicht vertreten – kein einheitliches Markenzeichen. Im Unterschied zu »Swoboda« gab es bei ihnen keine entwickelte Organisationsstruktur, keine bedeutende Anzahl von Kadern und keine professionelle Medienarbeit. Mit der Bezeichnung »Rechter Sektor« bedienen sich seine AktivistInnen der Kultur der ultrarechten Fußballfans, die auf dem postsowjetischen Gebiet eine der stärksten Massen-Jugendkulturen darstellen. Linke AktivistInnen, die auf dem ‹Euromaidan› mehrere Male Auseinandersetzungen mit den Neonazis hatten, machten die inoffizielle Bezeichnung »Rechter Sektor« durch die Medien bekannt.
Zur Publizität des »Rechten Sektors« und seines Anführers, Dmitro Jarosch, trug insbesondere die PR seitens der russischen Presse und Wladimir Putins bei; diese stilisierten sie aus Propagandazwecken zur Hauptkraft des Maidans. Auf dem Maidan selbst und in der Opposition wurde der »Rechte Sektor« bekannt, weil er sich als Alternative zu »tatenlosen Politikern« positionierte und die Elite des Maidans den Protestierenden nichts außer Verhandlungen mit Janukowitsch anbieten konnte. Er forcierte gewaltsame Aktionen und die Rebellion gegen die Regierung. Unter den bekannten Kommandeuren des »Rechten Sektors« befand sich der Tschetschenien-Kriegsveteran Oleksandr Muzitschko, »Sascha Bilij« (»der weiße Sascha«), der später bei der Verhaftung durch die Polizei getötet wurde.
Ungeachtet seines militaristischen Charakters transformierte sich der »Rechte Sektor« nach der Flucht Janukowitschs im März 2014 in Teilen zu einer Partei. Sein Ziel ist es, an Wahlen auf allen Ebenen teilzunehmen. AnalystInnen prognostizieren ihm aktuell nicht mehr als 1,5 Prozent, die er von »Swoboda« abziehen werde. Zur Imageverbesserung verkündete der Anführer des »Rechten Sektors« mehrmals, dieser sei gegen Xenophobie; und »Swoboda« warf er öffentlich Rassismus vor. Der »Dreizack Stepan Banderas«, dessen Anführer ebenfalls Jarosch ist und der einen Großteil der Kader im »Rechten Sektor« stellt, orientiert sich in erster Linie an christlichem Fundamentalismus und Identität, aber nicht an biologischem Rassismus. Dies unterscheidet ihn von den Neonazis von »Patrioten der Ukraine« / »Sozial-nationale Versammlung«, »Weißer Hammer«, Fußballhooligans und Straßennazis, die die Mehrheit des aktiven »Rechten Sektors« bilden.

Pro-russische Nationalisten

Auf der gegnerischen, prorussischen Seite sind derzeit ebenfalls NationalistInnen und UltranationalistInnen aktiv. Zu nennen sind die Organisation »Donezkaja Respublika« (»Donetsk Republik«), die sowohl mit der stalinistischen Organisation »Borba« (»Kampf«) als auch mit der faschistischen »Jewrazijskij Sojuz Molodeschi« (»Eurasische Union der Jugend«) zusammen arbeitete, die »Slawjanskoje Jedinstwo« (»Slawische Einheit«), »Donbasskaja Rus« (»Donbass Rus«), »Soprotiwlenje« (»Widerstand«) und die »Nazionalbolschewitskaja Partija« (»Nationalbolschewistische Partei)«. Charakteristisch für das Spektrum ist die große Anzahl marginaler, orthodoxer und Kosaken-Organisationen, die durch Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Rassismus gekennzeichnet sind. Als Organisationen, die ihren Ursprung in der UdSSR haben, beanspruchen sie für sich »antifaschistisch«, »internationalistisch« zu sein und geben »Völkerfreundschaft« vor. Tatsächlich aber vertreten sie chauvinistische, fremdenfeindliche und patriotische Positionen und Inhalte.

Deutsche Bündnispolitik

Die deutsche Außenpolitik hat die Einbindung der extremen Rechten in die Maidan-Proteste systematisch unterstützt – aus machtpolitischen Gründen. Der Auftritt von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) an der Seite von »Swoboda«-Führer Oleg Tyahnybok am 20. Februar war dabei nur die Spitze des Eisbergs.

von Jörg Kronauer



^ *v. l. n. r.: V. Klitschko, R. Sikorski, F.-W. Steinmeier, O. Tyahnybok, A. Jazenjuk*

Auf dem Maidan war eigentlich Vitali Klitschko der zentrale Bezugspunkt der deutschen Politik. Als sich der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) am 4. Dezember 2013 in die protestierende Menge mischte, tat er das demonstrativ mit dem ehemaligen Profiboxer. Klitschko ist politisch gesehen ein Produkt Berlins. Die CDU-nahe »Konrad-Adenauer-Stiftung« (KAS) hat den Aufbau seiner Partei »UDAR« sorgsam begleitet, deren Personal geschult und dem Parteichef enge Kontakte ins deutsche Außenministerium verschafft. Anders als die Politikerin Julia Timoschenko, die vor allem in den USA bestens vernetzt ist, gilt Klitschko in Kiew seit langem als »Mann der Deutschen«. Ihn in das ukrainische Präsidentenamt zu hieven, wäre wohl der Traum des »Auswärtigen Amts« gewesen.

Taktisches Bündnis

Rückblickend lässt sich rekonstruieren, dass Berlin trotz aller Vorliebe für Klitschko stets das große Ganze im Blick hatte – und das war in Kiew spätestens ab Anfang 2012 die Konsolidierung eines möglichst breiten Oppositionsbündnisses gegen den Premier Wiktori Janukowytsch, um prowestliche Kräfte in der Ukraine wieder an die Macht zu bringen. Am 24. Februar 2012 trat mit Oleg Tyahnybok erstmals ein Funktionär von »Swoboda« auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) auf, die diese gemeinsam mit dem »International Republican Institute« (IRI) und dem »National Democratic Institute« (NDI) organisiert hatte, um – so hieß es formell – über die »Zukunft der ukrainischen Opposition« zu diskutieren. Offenbar gelang es, eine Kooperation zwischen den drei Oppositionsparteien zu initiieren: Im Juli 2012 trafen Timoschenkos Partei »Batkiwschtschyna« – ihrerseits der CDU verbunden – und »Swoboda« taktische Absprachen für die Parlamentswahlen am 28. Oktober 2012. Kurz vor den Wahlen folgten Absprachen zwischen »Batkiwschtschyna« und »UDAR«.

Ausbildung für »Swoboda«

Nach den Wahlen setzte dann die Zusammenarbeit zwischen »Batkiwschtschyna«, »Swoboda« und »UDAR« ein, die stabil genug war, um die Maidan-Proteste zu dominieren. Zu ihrer Stärkung hatte Berlin beigetragen. Zum Beispiel diskutierten auf einer »Fachkonferenz« der KAS in Kiew am 18. Januar 2013 der »Swoboda«-Abgeordnete Igor Miroschnitschenko mit zwei anderen Abgeordneten der Opposition über die »Lehre der Parlamentswahlen 2012«. Ebenfalls 2013 nahm die »Swoboda«-Aktivistin Viktoria Murytsch an einer Seminarreihe der deutschen Stiftung mit dem Titel »Höhere Schule der Politik« teil. Im April und im Juni 2013 begaben sich zwei »Swoboda«-Abgeordnete im Rahmen von Studienreisen der »Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit« (GIZ) für ukrainische Parlamentsmitglieder in die deutsche Hauptstadt. Zur selben Zeit wurden diplomatische Fühler ausgestreckt: Am 29. April 2013 traf der deutsche Botschafter in Kiew mit »Swoboda«-Anführer Tyahnybok zusammen. Die Partei berichtete später, Tyahnybok habe damals »betont«, die »internationale Gemeinschaft« solle »die derzeitige Politik der Janukowitsch-Administration verurteilen«, um so dazu beizutragen, »die Herrschaft des Volkes durchzusetzen und das antiukrainische Regime von Wiktor Janukowitsch zu stürzen«. Im ersten Halbjahr 2013 nahmen weitere EU-Staaten und die USA Gesprächskontakte zu »Swoboda« auf.

Extreme Rechte

Natürlich war den maßgeblich Beteiligten bekannt, dass »Swoboda« gleichzeitig Kontakte in die extreme Rechte Westeuropas unterhielt. »Swoboda«-Funktionäre trafen sich am 29. Mai 2013 in Dresden mit der NPD und vereinbarten, die Beziehungen auszubauen. Bereits am 23. und 24. März 2013 hatte ein »Swoboda«-Aktivist an einem Treffen extrem rechter Organisationen in Stockholm teilgenommen, bei dem der damalige stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Udo Pastörs eine Rede hielt. Die »Svenskarnas Parti« und die italienische »Forza Nuova« waren damals dort ebenso dabei wie auch beim Neonazi-Festival »Boreal« am 13. und 14. September 2013 im norditalienischen Cantù, zu dem auch »Swoboda«-Vertreter kamen. Die Vernetzung wurde im vergangenen Jahr immer enger. Über den Charakter der Partei kann sich in Berlin niemand im Unklaren gewesen sein.

Legitimierung von FaschistInnen

Dennoch hat Berlin nicht nur die Kooperation seines Zöglings Klitschko mit der extrem rechten »Swoboda«, sondern auch die Maidan-Proteste insgesamt stets kritiklos unterstützt, obwohl diese immer stärker auch von FaschistInnen um den »Pravy Sektor« (»Rechter Sektor«) geprägt waren. Am 20. Februar 2014 ließ sich der deutsche Außenminister Steinmeier nach Gesprächen mit »Swoboda«-Führer Oleg Tyahnybok sogar hochoffiziell in der deutschen Botschaft fotografieren. Wozu? Nun: Nur in seiner ganzen Bandbreite und wohl auch nur dank der Gewalttaten des extrem rechten Flügels ist es dem Maidan gelungen, Janukowitsch zu stürzen. Berlin hat offenbar aus machtpolitischen Gründen die Zusammenarbeit der nichtfaschistischen Opposition mit »Swoboda« zunächst in die Wege geleitet und dann anstandslos toleriert. Jüdische Organisationen legten bereits 2013 Protest ein und wiederholten ihn im Januar 2014, als der Maidan zeigte, dass die Einbindung von »Swoboda« faschistische und antisemitische Kräfte stärkte. Geholfen hat es ihnen nichts. Berlin verfolgte den Sturz von Janukowitsch mit allen Mitteln und um jeden Preis – selbst um den Preis einer Einbindung und Legitimierung von FaschistInnen.

»Sławia – Arya«

Seit Beginn der 1990er Jahre haben in Polen neuheidnische Gruppen, die den vorchristlichen Glauben der Slawen zu revitalisieren versuchen, starken Zulauf. Viele AktivistInnen und Gemeinschaften in der Szene verknüpfen ihre Glaubensvorstellungen mit rassistischen und extrem rechten Überzeugungen.

von Filib Schaboński

Die meisten gegenwärtig aktiven neuheidnischen Gruppen in Polen, die sich für die Revitalisierung der vorchristlichen slawischen Religion einsetzen, sind stark von der »Zadruga«-Ideologie beinflusst, die in den 1930er Jahren von Jan Stachniuk entwickelt wurde. Stachniuk kritisierte den Katholizismus als Hauptursache für die politische Schwäche und die ökonomische Rückständigkeit Polens und postulierte die Rückkehr zu einer Kultur des heroischen Kriegertums, wie sie im frühgeschichtlichen Europa existiert habe. Als Vorbilder galten die Figuren der homerischen Epen. Zadruga stehe dabei als ein altes slawisches Wort, das eine »indigene« Form slawischer Ökonomie beschreibe und wurde zum Kernbegriff seiner Ideologie. Rassentheorien spielten dabei noch keine große Rolle. Stachniuk und einige seiner AnhängerInnen kämpften während des 2. Weltkrieges gegen die deutschen Besatzer.

Die älteste bis heute aktive neuheidnische Gruppe in Polen, die dem »arischen« Paradigma folgt, ist die seit den 1990er Jahren aktive Gemeinschaft »Rodzima Wiara« (»Indigener Glaube«). Ihr Ziel ist es, die Einheit der slawischen wie auch nichtslawischen »indoarischen Völker Europas« wiederherzustellen. Eckpfeiler des »indigenen Bewusstseins« jener Gruppe sind die »Reinheit des polnischen Blutes« und die Vision einer Jahrtausende alten, ethnisch homogenen »arischen« Nation, wie sie vor tausenden Jahren existiert habe, bevor infolge unterschiedlicher sprachlicher Entwicklungen und »fremder« kultureller Einflüsse jene Einheit verloren gegangen sei.

Dieses Konzept ermöglicht es Stanisław Potrzebowski, einem Anhänger der »Zadruga«-Ideologie und Gründer von »Rodzima Wiara«, seinen AnhängerInnen als Ausgleich für das Fehlen einer slawischen heiligen Schrift, den »Rigveda« (ältester Text des Hinduismus) als ältestes Dokument der »indoarischen Religion« zur Lektüre zu empfehlen. Ein anderer Veteran dieser Gruppe, Zdzisław Słowiński, sieht die mutmaßlich 10.000 Jahre alte »arische Bauernkultur« durch die »Nomadenkulturen« der TürkInnen und SemitInnen, durch Judentum, Christentum, Islam und Kapitalismus bedroht. Anders als Potrzebowski akzeptiert er die »Germanen« nicht als »Arier« und wirft den Deutschen vor, den »Arier«-Begriff von den Slawen gestohlen und zur Zeit des »Dritten Reich« missbraucht zu haben. Ideologisch und personell eng mit Potrzebowskis Organisation verbunden ist die »Stowarzyszenie na rzecz Tradycji i Kultury ‹Niklot›« (»Vereinigung für Tradition und Kultur ‹Niklot›«), die für politische Aktionen auch mit Gruppen des katholisch-nationalistischen Spektrums wie dem »Ruch Narodowy« kooperiert. Die Gruppe kombiniert in ihrer Programmatik unter anderem die »Zadruga«-Ideologie mit den Lehren der französischen »Nouvelle Droite« und des faschistischen Theoretikers Julius Evola.

Seit der politischen Wende 1990 können sich neuheidnische Gruppen in Polen ungehindert entfalten. In einer Vielzahl von Vereinigungen engagieren sich mittlerweile tausende PolInnen für den »indigenen Glauben«. Neben »Rodzima Wiara« greifen auch viele andere bei der Konstruktion ihrer Glaubensvorstellungen auf rassistische und ethno-nationalistische Konzepte des 19. und 20. Jahrhunderts zurück. So orientiert sich der »Zakon Zadrugi ‹Północny Wilk›« (»Zadruga-Orden ‹Nördlicher Wolf›«) an den Rassetheorien von Houston Stuart Chamberlain und Georges Curvier, dem NS-Ideologen Alfred Rosenberg und an David Lane, dem Schöpfer der »14 Words«. Die Gruppe befürwortet Rassentrennung und eugenische Maßnahmen zum »Schutz der weißen Rasse«. Eine andere Gruppe, der »Zakon Strażników Sławii ‹Wilczy Krąg›« (»Orden der Wächter der Slawen ‹Wolfskreis›«) will den »judäischen Hundegeist« bekämpfen, um den Glauben der »Ario-Slawen« neu zu beleben.

Auch polnische Pagan Metal Bands wie »Saltus« und »Barbarous Pomerania« schwärmen in ihren Liedern von heldenhaften, weißen Ariern. Die international bekannte Band »Graveland« attackiert in ihren Statements Juden, Homosexuelle und Muslime; deren einziges Mitglied Rob Darken sympathisiert mit »Rodzima Wiara«.

Engere Beziehungen zu extrem rechten neuheidnischen Gruppen im deutschsprachigen Raum existieren nicht, dem steht die Anerkennung als »rassisch« gleichwertig entgegen. Die Konzepte der »Nouvelle Droite« könnten dafür auf internationaler Ebene die notwendigen ideologischen Grundlagen schaffen.

Die politischen und religiösen Positionen der hier genannten Gruppen im neuheidnischen Spektrum haben in der polnischen Öffentlichkeit immer wieder für Aufsehen und negative Presse gesorgt. Ihre VertreterInnen treten durch das Abhalten öffentlicher Rituale, Aufmärsche sowie eine Vielzahl von Fanzines und Webseiten an die Öffentlichkeit. Trotz wachsender Bedeutung ist der gesellschaftliche Einfluss dieser Zusammenschlüsse noch gering; auch im rechten politischen Spektrum Polens stoßen sie aufgrund ihrer antikatholischen Positionen häufig auf Misstrauen, dennoch zeigt sich am Beispiel der Zusammenarbeit von »Niklot« und der »Ruch Narodowy«, dass die gegenseitige Abneigung von nationalistischen neuheidnischen und katholischen Organisationen zu schwinden scheint.

Korrektheiten à la Sarrazin

von Margarete Schlüter

Fast zeitgleich mit Thilo Sarrazins neuem Buch »Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland« ist ein Buch erschienen, das aufzeigt, in welchen ideen- und wirkungsgeschichtlichen Zusammenhang Sarrazins Positionen einzuordnen sind.
Dem Autoren Andreas Kemper zufolge stellt sich Sarrazin als ein »Widerstandskämpfer gegen Political Correctness dar«. Einer, der nach eigenen Angaben für Meinungsfreiheit und gegen ‹Meinungsterror› durch die etablierten Medien, Redeverbote und Tabus streite. Damit lenke er jedoch »von der problematischen eigenen politischen Verortung« ab:
Sarrazin folge »der Tradition der Korrektions-Anstalten und eugenischen Bevölkerungskorrekturen«. Um dies belegen zu können, arbeitet Kemper die Geschichte der Ideologie der Menschenkorrekturen seit dem 19. Jahrhundert heraus, die sich »um 1900 […] mit Theorien zur Vererbung von Tüchtigkeit und Intelligenz […] mit den Ideen der rassenhygienischen Bevölkerungspolitik« verband. Mit Bezug auf die Ausarbeitungen Foucaults in »Überwachen und Strafen« stellt er dar, wie neben die Disziplinarmacht in Arbeits- und Zuchthäusern, Schulen und Fabriken die Biomacht in Form von selektiver Einwanderungs- und Familienpolitik trat. In dieser Tradition stehend fordere Sarrazin qualitative Bevölkerungskorrekturen und beziehe sich auf entsprechende Literatur wie das eugenische Magazin »Mankind Quarterly«. Er ziele darauf ab, zwischen Menschen ausgemachte Unterschiede weniger mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern mit Sekundärtugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Ordnung sowie Vererbung zu begründen.
In einem weiteren Schritt unternimmt Kemper eine historische Herleitung und inhaltliche Bestimmung des von Sarrazin verwendeten Begriffs des Tugendterrors. Bereits im 19. Jahrhundert diente dieser der Diffamierung der Primärtugenden wie der Menschenrechte und der Gleichheit der Menschen, um den Sekundärtugenden Geltung zu verschaffen. Als zeitgenössisches Äquivalent ist das Schlagwort ‹Political Correctness› (PC) zu verstehen, da dieses gegen emanzipatorische Anstrengungen angewandt wird.
Kemper ist es gelungen, im historisch-ideologischen Vergleich Sarrazins Menschenbild zu bestimmen. Demnach versuchen Menschen wie Sarrazin mit Rückgriff auf Meinungsfreiheit und gegen ‹Political Correctness› rassistische, klassistische, antifeministische und diskriminierende Inhalte zu verbreiten.

Andreas Kemper: Sarrazin Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster: Unrast-Verlag, 2014, 178 Seiten, 13 Euro.

Oktoberfest-Attentat

von Paul Wellsow

Anfang Januar 2014 kam der Spielfilm »Der blinde Fleck« in die Kinos. Erzählt wird die Geschichte des Anschlags auf das Oktoberfest am 26. September 1980 und das Bemühen eines Journalisten, Licht ins Dunkel der schludrig geführten Ermittlungen und der Vertuschungen zu bringen. Grundlage für den Film ist das Sachbuch »Oktoberfest – Ein Attentat« von 1985, dessen Autor Ulrich Chaussy auch Pate für die Hauptfigur des Films stand und am Drehbuch des Films mitarbeitete. Parallel zum Kinostart wurde sein Buch in einer erweiterten und aktualisierten Auflage erneut veröffentlicht. Lange vergriffen, ist das Standardwerk über den blutigen Anschlag mit 13 Toten und über 200 Verletzten nun endlich wieder erhältlich.
Chaussy hatte anonym zugespielte Akten aus dem Ermittlungsverfahren ausgewertet, intensive eigene Recherchen angestellt und mit AnwältInnen, ErmittlerInnen und ZeugInnen gesprochen. Der Autor zeichnet das Geschehen vom 26. September 1980 nach, zeigt Ermittlungspannen oder mögliche absichtliche Falschermittlungen auf, weist auf offenbar bewusst falsch gelegte Fährten durch die Bayerische Landesregierung und den dubiosen Ex-Staatsschutz-Chef Hans Langemann hin, beleuchtet die paramilitärische Nazigruppe »Wehrsportgruppe Hoffmann« und den rechten Waffensammler Heinz Lembke und deren mögliche Bezüge zu dem Attentat und porträtiert den mutmaßlichen Bombenleger Gundolf Köhler, der sich in verschiedenen Neoanzi-Organisationen bewegte. Kritisch weist er auf das bis heute bekannte Muster hin, den möglichen politischen Hintergrund der Tat zu verdrängen und durch eine Pathologisierung des Täters zu ersetzen, der trotz Hinweisen auf weitere Beteiligte schnell zu einem »Einzeltäter« erklärt wurde.
30 Jahre später hat nun Chaussy das Buch überarbeitet und ergänzt, unter anderem konnte er mittlerweile offiziell einen Großteil der Ermittlungsakten einsehen. Seine Zweifel an der Erzählung sind größer als zuvor, auch weil zentrale Beweismittel verschwunden sind oder vernichtet wurden. Aufgeklärt sei das Oktoberfest-Attentat nicht, resümiert er. Dass die von den Behörden verbreitete Version des Attentats immer wieder in Frage gestellt wurde, ist vor allem Chaussy zu verdanken. Wer sich mit der Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik beschäftigen will, kommt um Chaussys fesselndes Buch nicht herum – es ist bis heute ein Standardwerk.

Ulrich Chaussy: Oktoberfest – Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrorismus begann. Berlin: Ch. Links Verlag, 2014, 272 Seiten, 19,90 Euro (als E-Book 15,99 Euro).

Die »Identitären« in Europa

von Margarete Schlüter

Mit der »Déclaration de guerre« (»Kriegserklärung«) und der Besetzung eines Moscheedaches im französischen Poitiers durch die »Génération Identitaire« im Oktober 2012 fanden die »Identitären« über die Landesgrenzen hinaus in der Presse Erwähnung. Doch im deutschsprachigen Raum existiert bereits seit dem Frühjahr 2011 in Wien die Gruppe »Der Funke«, die sich »identitären« Ideen verschrieben hat.
Die in Wien wohnenden AutorInnen des vorliegenden Bandes haben sich seitdem mit der Organisation und ihrer politischen Verortung innerhalb der »Neuen Rechten« auseinandergesetzt.
Auf Grundlage der Ideologiekritik werden Text-, Bild- und Videomaterial »identitärer« Gruppen analysiert. Gegliedert ist das Buch in vier Abschnitte: Eingehend werden die »Konservative Revolution« der Weimarer Republik und die im Frankreich der 1968er Jahre entstandene »Neue Rechte« als ideologische Stichwortgeberinnen ausgemacht. Im Anschluss daran wird die »Identitäre Bewegung« (IB) in Europa detailliert beschrieben und länderspezifische Unterschiede berücksichtigt. Es wird herausgearbeitet, dass die IB nicht dem Image der »Neuen Rechten« als ein Altherrenclub entspricht. Sie wird als eine neue Generation dargestellt, die sich wie VertreterInnen der extremen Rechten durch Jugendlichkeit, Aktionismus, Popkultur und Corporate Identity auszeichnet. Neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen wird das Internet unter anderem mit seinen sozialen Netzwerken und Blogs zur Verbreitung neurechter Ideologie stark genutzt.
Des Weiteren wird ein Überblick über primär deutschsprachige Zeitschriften, politische Netzwerke, Blogs, Verlage, Thinktanks und (Bildungs-)Zentren der »Neuen Rechten« gegeben. Diese werden von der IB meist wohlwollend rezipiert.
In der Betrachtung des ideologischen Fundaments sowohl der »Neuen Rechten« als auch der europäischen »Identitären« wird deutlich, dass sie sich durch gemeinsame Feindbilder, Begriffe, Menschenbilder, Staatsideen und Strategien auszeichnen.
Den AutorInnen ist eine tiefgreifende kritische Darstellung und Auseinandersetzung mit dem Phänomen der IB gelungen. Positiv hervorzuheben sind zudem die vorgeschlagenen Interventionsmöglichkeiten, um gegen die Aktivitäten und die Ideologie der »Identitären« zu agieren.

Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster: Unrast-Verlag, 2014, 263 Seiten, 16 Euro.



Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung. Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig. Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Otto Belina (Seite 1)
Mark Mühlhaus (Seiten 3, 9, 10, 15, 22)
Roland Geisheimer (Seiten 4, 20)
inforiot.de (Seite 6)
apabiz (Seite 19)
Christian Ditsch (Seite 24)
dpa (Seite 32)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Berger + Herrmann, GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.